Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, den 15. Oktober 1925 | 5. Jahrgang • Nr. 228

Ein Jahrzehnt Kommunistischer Jugendverband

Der Weg des KJVD. zu Lenin

Heute abend wird im „Volkspark" der 9. Verbandskongreß des KJVD. eröffnet. Aus Kreisen der Kommunistischen Jugend ging uns dazu nachstehender Artikel über die zehnjährige Entwicklung und die jetzige politische Linie des KJVD. zu. Red. d. „Klassenkampf".

1. Vom 8. zum 9. Kongreß

Der kommende Verbandskongreß des KJVD. wird neben anderen wichtigen Aufgaben auch das letzte Jahr seiner Arbeit nach dem Leipziger Kongreß überprüfen müssen und die notwendigen Lehren daraus ziehen. Das letzte Jahr der Entwicklung des KJVD. ging unter großen Fehlern vor sich. Der Verband hat eine schwere Krise als Folge des Oktobers durchgemacht. Auf dem 8. Kongreß in Leipzig übernahm eine zum großen Teil vollkommen neue Führergruppe die Führung des Verbandes, deren unbestrittenes Verdienst es ist und war, daß sie gemeinsam mit der linken Gruppe innerhalb der Partei Klarheit geschaffen hat über den Brandlerismus und dessen opportunistische Abweichungen und diesen im Jugendverband sowohl wie in der Partei den Boden entzog.

Innerhalb des Jugendverbandes wurden aber auch die Fehler der linken Gruppe mitgemacht und kamen in der praktischen Arbeit zum Ausdruck, was wir offen eingestehen. So wurde die Einheitsfronttaktik lange Zeit überhaupt abgelehnt. Die **Betriebszellenarbeit** war infolge dieser Einstellung zum Scheindasein verurteilt und konnte sich nie zum wirklichen Leben entwickeln. Eine wirkliche Massenarbeit wurde im vergangenen Jahr nicht geleistet. Diese ist nur möglich bei einer guten Verwurzelung in den Betrieben, was wiederum nur möglich ist, wenn der politische Kurs des Verbandes auf die Betriebe gerichtet ist, und gerade dieses fehlte. Dazu kam noch, daß die neuen Leitungen sich oft erst die notwendigen praktischen Erfahrungen aneignen mußten. Die Autorität der Leitungen bestand oftmals nicht in einer guten, praktischen, erfolgreichen Arbeit. Jede Kritik wurde als „rechter Angriff" unterdrückt. Kurzum, der Jugendverband hat im wesentlichen die Fehler der Partei, wie sie im Ecki-Brief aufgezeigt werden, mitgemacht. Es ist aber auch ein besonderes Verdienst, daß die Mehrheit des Jugendverbandes seine Fehler früher erkannt hat als die Partei und daraus die nötigen Schlüsse zog, wie sie in der Stellungnahme auf dem 10. Parteitag zum Ausdruck kamen. Dieser Umstand kommt auch in der täglichen Arbeit des Jugendverbandes zum Ausdruck und wird zu Erfolgen führen, wie wir sie bereits in der **Kampagne für die Russland-Delegation der arbeitenden Jugend** sehen, und auch auf anderen Gebieten.

Bei allen Fehlern und Mängeln der Arbeit des KJVD., die ehrlich erkannt und ausgesprochen werden müssen, war dieses vergangene Jahr für die feste Verankerung und Wiederherstellung der kommunistischen Grundsätze in bezug auf die **Staatstheorie** und die Anwendung der Einheitsfronttaktik, welche von Brandler opportunistisch verseucht worden waren, sehr fruchtbar. Und in diesem Sinne hat der 8. Leipziger Kongreß seine Bedeutung und seinen Wert in der Geschichte des KJVD. In diesem Sinne sind auch die besten Elemente der ehemaligen linken Gruppe, die zugleich die Fehler abgestreift und sich die notwendigen praktischen Fähigkeiten angeeignet haben, notwendig und berechtigt für die Führung des Verbandes unter Heranziehung aller Schichten und Funktionäre des Verbandes.

2. Die bisherigen Verbandskongresse des KJVD.

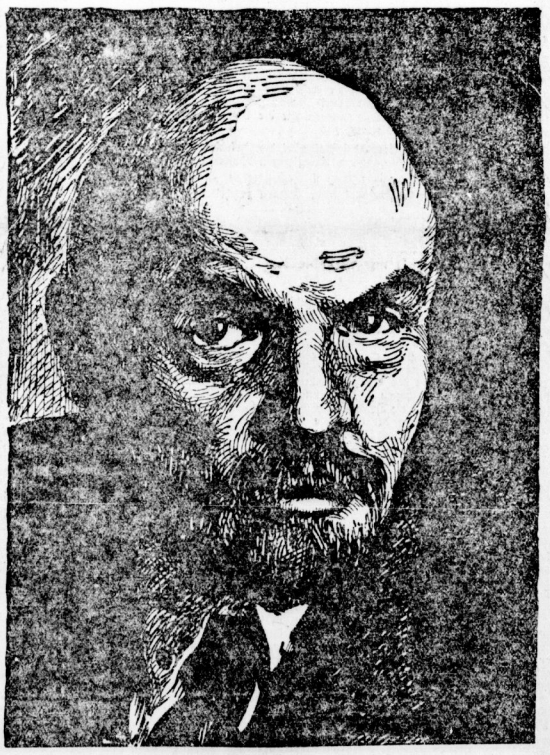
Als **erster Kongreß** des KJVD. wird die **Reichskonferenz gezählt, welche am 26. und 27. Oktober 1918 in Berlin stattfand.** In Wirklichkeit ist aber die **Jenaer Konferenz Ostern 1916 die eigentliche Geburtsstunde des jetzigen** KJVD. Die Jenaer Konferenz schuf die Plattform, auf welcher sich die proletarische Jugend zum Kampf gegen den Krieg und die Sozialverräter zusammenfand. Die Jenaer Konferenz war die Wurzel, aus welcher alle späteren Richtungen der proletarischen Jugend während und nach dem Kriege emporgewachsen sind. Auch noch eine andere Reichskonferenz, welche für den Kampf gegen den Krieg der proletarischen Jugend Deutschlands von großer Wichtigkeit war, fand vor dem sogenannten ersten **Kongreß 1917 in Halle statt.**

Die Reichskonferenz am 26. und 27. Oktober 1918, welche als die erste gezählt wird, hat vor allem ihre Bedeutung darin, daß sie nach einer Zeit der Zerfahrenheit und des Richtungsstreites, welcher seine Ursache in den verschiedenen Richtungen der Parteien hatte, die revolutionäre proletarische Jugend wieder zu einer einheitlichen Organisation zusammenfaßte unter dem Namen **„Freie sozialistische Jugend".** So wurde — zum Beispiel die Berliner Organisation — stark von der USPD. beeinflußt, andere Gruppen vertraten die KAPD.-ristischen Tendenzen, während wieder andere sich parteineutral einstellten. **Die Mehrheit stand aber an der Seite der Spartakusgruppe.** Die Konferenz erhält weiter ihr Gepräge durch die Anwesenheit des unvergeßlichen Führers der proletarischen Jugend Deutschlands, Karl Liebknechts, welcher kurz vorher aus dem Zuchthaus herauskam und unter dem Jubel der proletarischen Jugend durch die Straßen Berlins getragen wurde. Es wurde auf diesem Kongreß beschlossen, Leitsätze und einen Aufruf herauszugeben, die sich beide **auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellten.** Ferner wurden die Jenaer Leitsätze, die ebenfalls den schärfsten kompromißlosen Klassenkampf forderten, erneut bestätigt. Dieser Kongreß war von 57 Vertretern aus 17 Orten Deutschlands beschickt, welche zirka 4000 Mitglieder vertraten.

Die 2. Reichskonferenz fand in Berlin am 22. und 23. Februar 1919 statt. Diese Tagung trat unmittelbar nach den Januar-Kämpfen zusammen. Die Spartakusgruppe hatte sich als Folge der unentschlossenen und unklaren Haltung der USPD. in dieser Situation von dieser losgelöst und sich mit der Gruppe der „Internationalen Kommunisten" zur Kommunistischen Partei vereinigt. Trotzdem die Verbandszeitung **„Die Junge Garde"** vollkommen im Sinne der Kommunistischen Partei geleitet wurde und auch die ausschlaggebenden Leitungen von Genossen besetzt waren, die vollkommen mit der Kommunistischen Partei übereinstimmten, gab es viele Gruppen der FSJ., die sich an die USPD. anlehnten und auch von dieser Unterstützung erhielten. So entbrannte denn der **Streit um die politische Richtung** in voller Schärfe innerhalb der proletarischen Jugend. Dieser politische Richtungsstreit drückte dem zweiten Kongreß den Stempel auf. Die Stellungnahme zu der KPD. und USPD. und deren programmatische Festlegung, waren die wichtigsten Fragen, die zur Debatte standen. Auf der Konferenz waren 51 Delegierte anwesend, welche 73 Ortsgruppen vertraten mit 12 000 Mitgliedern.

Zur Frage des Verhältnisses zu den Parteien erklärte sich die Konferenz erneut für die Jenaer Beschlüsse und in klarer Konsequenz dessen **sprach die Konferenz ihre Sympathie für den Kommunismus und die Kommunistische Partei** aus. Dies bedeutete eine Festigung der organisatorischen und politischen Grundlage des Jugendverbandes und eine **Absage für alle „Neutralitätsapostel"** und Anhänger der USPD. Mit dieser Konferenz wurde der **Klärungsprozeß** eingeleitet, der ein halbes Jahr später **zur Trennung** von den zentristischen Elementen führte.

Diese Spaltung von den zentristischen Elementen der USPD. fand auf dem **3. Reichskongreß, welcher vom 18. bis 20. Oktober 1919 in Weimar** tagte, statt. Der 2. Kongreß hatte wohl seine Sympathie für **die KPD. ausgesprochen, aber noch nicht restlos die Konsequenz** gezogen und sich ebenfalls auf den Boden des Programms der KPD. gestellt. Nach dem 2. Kongreß begann sich die USPD. eifrig um die Jugend zu bemühen und versuchte, Boden zu gewinnen. Sie arbeitete dabei oft ganz nach dem Muster der alten SPD., indem Jugendausschüsse eingesetzt und ähnliche Maßnahmen getroffen wurden. Die USPD. beschloß auf ihrem Parteitag im März 1919, eine eigene Jugendzeitung herauszugeben, weil das Verbandsorgan die „Junge Garde" vollkommen im Sinne der KPD. geleitet wurde. Die offizielle Gründung einer eigenen Jugendorganisation wurde nicht beschlossen, weil man mit Recht fürchtete, Offiziere ohne Mitglieder zu haben. Diese Kobereien führten schon nach der Februarkonferenz zur Lostrennung einiger Ortsgruppen und Organisationen, so in Königsberg (Ostpreußen) und Plauen (Vogtland). Auch in Hamburg und Leipzig kamen diese Tendenzen zum Ausdruck. Nach dreimonatigem Zögern setzte der Parteivorstand seinen Plan der Herausgabe einer eigenen Jugendzeitung in die Wirklichkeit um. Sie erschien unter dem Namen **„Freie Jugend"** unter der Leitung von Engelbert Graf unter dem schärfsten Protest und Boykott der FSJ. In der Zeit bis zum 3. Kongreß führte die FSJ. große Massenbewegungen und entwickelte sich sehr stark. So wurde in Gera (Thüringen) im Juni 1919 eine Lehrlingsbewegung geführt, bei der es gelang, zwei Lehrlingsversammlungen zu machen, die annähernd von 1500 Lehrlingen besucht waren. In Berlin und Hamburg wurde eine ungeheure Massenbewegung der Fortbildungsschüler geführt, an der beispielsweise in Berlin selbst nach Schätzungen der bürgerlichen Presse 25 000 Fortbildungsschüler und -schülerinnen beteiligt waren. **Diese Schulbewegung war verbunden mit der Arbeit der Betriebsvertrauensleute in den Betrieben.** Diese Bewegung erregte ungeheures Aufsehen und die schärfsten Repressalien gegen die FSJ. setzten ein. Der Berliner Organisation gelang es, im Verlauf dieser Bewegung 2000 neue Mitglieder zu gewinnen. Ueberall, auch in den anderen Bezirken, wurde rege gearbeitet. Diese Tätigkeit zeitigte einen starken Mitgliederzustrom. So zählte der Berliner Bezirk 60 Ortsgruppen mit 6000 Mitgliedern, Thüringen 5000 Mitglieder, **alle 17 Bezirke des Reiches 35 000 Mitglieder.**



Auf der 3. Reichskonferenz waren 200 Delegierte aus 750 Orten mit 35 000 Mitgliedern vertreten.

Die Stellungnahme zu den Parteien wurde **mit überwältigender Mehrheit auf diesem Kongreß zugunsten des Kommunismus und der KPD. entschieden.** Der entsprechende Antrag wurde gegen nur 36 Stimmen von den fast 400 vertretenen Stimmen angenommen. Ferner wurde ein Zusatzantrag beschlossen, wonach alle, die gegen den Antrag gestimmt hatten, als ausgeschlossen zu betrachten seien, nachdem diese Gruppe sich vorher schon als selbständige Organisation konstituiert hatte. Damit war die Spaltung vollzogen und die auf dem Boden der USPD. stehenden Delegierten verließen den Saal.

Ein Antrag auf Namensänderung in Freie Kommunistische Jugend wurde abgelehnt. **Dagegen beschloß der Kongreß nahezu einmütig, daß die Jugendinternationale als Sektion der K.I. beitreten solle und stellte sich so auf den Boden der 3. Internationale.**

Der 4. Kongreß am 9. und 10. Mai 1920 in Berlin stand vor allem im Zeichen der **Auseinandersetzung mit den Anhängern der KAPD.** Diese hatte sich nach dem Heidelberger Parteitag als selbständige Partei konstituiert, so mußte notwendigerweise auch innerhalb des Jugendverbandes diese KAPD.-Frage aufgerollt werden. Die Kernfrage war die **Stellungnahme zu den Gewerkschaften und zum Parlamentarismus.** Trotz der Schärfe der Gegensätze wurden diese durch eine sehr **sachliche Diskussion** ausgetragen.

Zur politischen Lage standen sich drei Resolutionen gegenüber: Die erste, die in Gemeinschaft mit dem Spartakusbund für Wahlbeteiligung eintrat, die zweite, die politisch für den Spartakusbund war, die aber die Wahlbeteiligung in der damaligen Situation ablehnte und die dritte Resolution, die sich auf den Boden der KAPD. stellte.

Angenommen wurde die erste Resolution, welche 137 Stimmen erhielt. Für die zweite wurden 66 Stimmen abgegeben, die dritte erhielt 53 Stimmen. Auf dieser Konferenz lehnten ferner die Anhänger der KAPD. die Aufstellung wirtschaftlicher Minimalforderungen ab.

Diese Konferenz hat die politische Klärung wichtiger Fragen weit über den Rahmen der Jugend gefördert. Zugleich zeigte sie, daß die FSJ. organisatorisch gefestigt war. Trotz der Depression nach dem Kapp-Putsch waren **200 Delegierte aus 350 Orten anwesend, welche 22 000 Mitglieder vertraten.**

Auf dieser Konferenz wurde die politische Scheidung von den KAPD.-Leuten vollzogen. Die organisatorische Trennung wurde dann später nach einer gründlichen Diskussion im Verband auf dem Reichsausschuß am 11. und 12. September 1920 durchgeführt.

Der 5. Reichskongreß fand im Dezember 1920 nach dem Vereinigungskongreß der linken USPD. mit dem Spartakusbund in Berlin statt. Er führte auch den größten Teil der proletarischen Elemente der **sozialistischen Proletarierjugend,** welche sich nach der Spaltung auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0001

dem Weimarer Kongreß in Halle vom 14. bis 16. Dezember 1919 als selbständige Organisation konstituiert hatte, wieder in die alte revolutionäre Organisation der Kommunistischen Jugend.

Der 6. Reichskongreß in Halle vom 10. bis 12. September 1921 fand statt, nachdem der 3. Weltkongreß der KJ. und der Jenaer Parteitag die Lehren der Märzaktion und die Taktik der KPD. festgelegt hatte. Der hallische Kongreß hat seine große Bedeutung darin, daß er **zum ersten Male klar die Methode der Massenarbeit in den Betrieben und sonders in den Gewerkschaften richtigstellte.** Ferner schuf der Kongreß zum ersten Male ein vollkommen klares Verhältnis zur KPD., die sich mit der linken USPD. im Dezember 1920 vereinigt hatte. **Er räumte restlos auf mit dem Gedanken der Parteineutralität und mit der Psychologie der Avantgarde.** Der Kongreß hat im wesentlichen zum ersten Male klar die Grundlage gelegt für die Vermittlichung des Schlachtrufes des 3. Weltkongresses: **„Heran an die Massen!"**

Der 7. Reichskongreß in Chemnitz 1923 am 31. März und 1. April machte weitere Fortschritte nach dieser Richtung und stellte auch schon die ersten Erfolge fest. Der Jugendverband hatte durch die Massenkampagne des RAUD. und der Betriebsrätebewegung große Massen von Jugendlichen in seinen Reihen erfaßt. Der Ruhrbezirk konnte in Chemnitz die ersten Erfolge in der Betriebszellenarbeit aufzeigen. Die Bedeutung des Chemnitzer Kongresses lag ferner darin, daß er **in schärfster Weise abrechnete mit der kleinbürgerlichen Ideologie des freideutschen Latschertums innerhalb des Jugendverbandes.** Der 7. Reichskongreß war Ausdruck der **Entwicklung unseres Verbandes zur Massenorganisation,** was natürlich nicht nur in den Arbeitsmethoden unseres Verbandes seine Ursache hatte, sondern in der ganzen politischen Situation. Der große Mangel und Fehler dieses Kongresses war es, daß er im wesentlichen **die politischen Fehler Brandlers und des Leipziger Parteitages mitmachte und nicht die opportunistischen Abweichungen in der Anwendung der Einheitsfrontaktik** und in der Staatstheorie erkannte.

Die Entwicklung des Verbandes zur Massenorganisation wurde unterbrochen durch die Oktoberniederlage 1923 und die darauffolgende schwere Krise in der KPD. und des Jugendverbandes.

Der 8. Reichskongreß am 10., 11. und 12. Mai 1924 trat zusammen nach heftigen Fraktionskämpfen im Jugendverband und in der Partei. Diese waren die Folge der Oktoberniederlage und der dadurch offenbar gewordenen opportunistischen Fehler der Partei und der Jugend. Die Wichtigkeit des 8. Kongresses besteht darin, daß er diese brandlerischen Fehler auch im Jugendverband aufzeigte und diesen den Boden entzogen hat. Der Kongreß entschied sich mit Mehrheit für die Linke und brachte dadurch die am meisten bolschewistische Gruppe zum Sieg. Dieser Kongreß hat den Jugendverband aus dem Sumpf des Opportunismus herausgeführt und dadurch die Voraussetzung für seine Weiterentwicklung geschaffen. Das ist die Bedeutung und das Verdienst des 8. Kongresses, wenn er auch auf der anderen Seite falsche Auffassungen zur Einheitsfrontaktik und zur Parole der Arbeiter-Regierung und einigen anderen Fragen brachte, was die notwendige Reaktion auf Brandlers Fehler war.

3. Unser 9. Verbandskongreß in Halle vom 15. bis 18. Oktober 1925.

findet statt in einer Zeit, wo der Verband **seinen politischen Kurs mit aller Energie auf die durch die Diskussion geklärte und richtiggestellte Einheitsfrontaktik zu legen beginnt.** Dadurch wird eine **wesentliche Voraussetzung geschaffen für eine erfolgreiche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit,** welches die Grundlagen unserer Massenarbeit sind. Wir stehen schon mitten in einer Massenkampagne der arbeitenden Jugend für eine Rußland-Delegation **Zögernd und schrittweise gewinnen wir Boden unter der sozialdemokratischen und parteilosen Jugend.** Aber es ist der Anfang und unser heute zu eröffnende Verbandskongreß muß alle Voraussetzungen für die Fortführung und Weiterführung dieser Massenarbeit schaffen. Dazu ist notwendig: Gründlichkeit und Sachlichkeit unserer Arbeit, Reinigung von aller Nachlässigkeit und Pflicht vergessenheit. **Den Kurs auf die Betriebs und Gewerkschaften!** Verstärkt unsere Mitgliederkaders aus der arbeitenden Jugend der Großbetriebe!

In diesem Sinne muß unser 9. Verbandskongreß ein Marksteln sein auf dem Wege zu den Massen.

Arno.

Der Genser Verbandskongreß des legalen KJVD. verboten

Auf Grund eines nicht mehr bestehenden Gesetzes

Wir müssen unserer „Klassenkampf"-Meldung vom 12. Oktober über das Verbot des Mitteldeutschen Jugendtages durch die Thüringer Regierung hinzufügen, daß **dieses Verbot sich nicht nur auf den Jugendtag, sondern auch auf den Verbandskongreß des KJVD. und sogar auf die geschlossene Sitzung der Plenarzentrale des KJVD.** bezieht. Das Tollste aber ist, daß dieses Verbot auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes **vom 19. April 1908** erfolgt ist, **eines Gesetzes, das seit 1918 außer Kraft gesetzt ist.**

Dieses Verbot ist nicht mehr und nicht weniger als die **Erklärung der tatsächlichen Illegalität des KJVD.** Nicht genug damit, daß der Jugendtag als „eine die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdende Kundgebung" verboten wird, geht die faszistische Sattler-Regierung sogar dazu über, den Verbandskongreß des völlig legalen KJVD. zu verbieten, ja sie verweigert sogar der Plenarzentrale des Verbandes das Recht des Zusammentritts.

Und warum das alles? Warum **dieser offene Verfassungsbruch der Thüringer Regierung gegen den Kommunistischen Jugendverband?** Hören wir die Begründung. Dort heißt es u. a.:

„Der Zweck der gesamten Veranstaltung wird in dem Aufruf der mitteldeutschen Bezirke des KJVD. und der mitteldeutschen Bezirke des KJ., veröffentlicht in Nr. 223 der kommunistischen „Neuen Zeitung" vom 1. Oktober näher dargelegt. Danach tritt der Verbandskongreß u. a. „zur Prüfung und Klärung" der Frage zusammen, die revolutionäre Jungarbeiterschaft Deutschlands zum revolutionären Klassenkampf zusammenzufinden". Weiter wird in diesem Aufruf ausgeführt:

Die Fragen, mit denen sich der Verbandskongreß zu befassen hat, sind deshalb die Fragen der gesamten Jungarbeiterschaft. Zum Zeichen des Verbundenseins mit der revolutionären Organisation der Jungarbeiterschaft, daß die Jungarbeiterschaft Mitteldeutschlands den Kampf des KJVD. als den ihrigen ansieht, rufen wir alle . . . auf . . . zu demonstrieren . . . unter dem blutigroten Banner des Klassenkampfes und der Revolution müssen die Jungarbeiterbataillone aufmarschieren! Mobilisiert alles! Demonstriert! . . . für die Revolution! . . .

Soweit es sich bei diesem Kongreß um die Behandlung allgemein wirtschaftlicher Fragen, sowie um Fragen des Jugendschutzes und des Jugendrechtes handelt, würde gegen den Kongreß nichts einzuwenden sein, da das Recht zur Beratung und Behandlung derartiger Fragen nicht bestritten werden soll. Als ein Hauptzweck der gesamten Veranstaltungen ist jedoch, wie aus dem erwähnten Aufruf der mitteldeutschen Bezirke des KJVD. und des KJ. hervorgeht, die Betreibung der Frage der Revolution vorgesehen. Der „revolutionäre Klassenkampf" wird in den Vordergrund gestellt.

Man muß schon sagen: Wenn die Thüringer Regierung irgendwo das Wort **„Klassenkampf"** oder **„Revolution"** hört, so wütet sie blindlings gegen die proletarische Jugend und ihre Organisation, den KJVD. In ihrem blinden Eifer passiert ihr leider das Mißgeschick, daß sie sich dabei auf nicht mehr bestehende Gesetze stützt, ja daß sie sogar legale Organisationen für illegal erklärt.

Die gnädige Erlaubnis, sich mit den „allgemeinen wirtschaftlichen Fragen, soweit es sich um die Fragen des Jugendschutzes und des Jugendrechtes handelt", zu beschäftigen und im selben Atemzug das famose „Verbot des Klassenkampfes", ist ein blutiger Hohn auf die tatsächlichen himmelschreienden Zustände gerade, was Jugendschutz und -recht betrifft, in der Hindenburg-Republik.

Im übrigen: Es haben schon größere Geister als Herr Sattler den „Klassenkampf verbieten" wollen, mit dem Erfolg einer unfreiwilligen Propaganda für den Klassenkampf.

Der KJVD. wird auf seinem heute in Halle beginnenden Kongreß Mittel und Wege finden, um seiner revolutionären Pflicht, **die Jungarbeiterschaft für den Klassenkampf zu gewinnen,** zu genügen, trotz Sattler und Konsorten!

Sozialdemokratische Erkenntnis ohne Konsequenzen

Der Völkerbund ein Werkzeug der kapitalistischen Regierungen — Die Folge von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund: Ein zweites 1914 — Nur das Proletariat kann den Frieden sichern

Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt:

„Die Annahme des Kompromisses von Locarno bedeutet den Eintritt in den Völkerbund, der von der Sozialdemokratie in Heidelberg, wie auch in Marseille gefordert wurde. Demgegenüber hat aber gerade die letzte Tagung des Völkerbundes — unser Genfer Korrespondent hat das mit aller Schärfe nachgewiesen — gezeigt, wie jeder Entscheidung, aber besser gesagt, alle Beschlüsse, die nicht gefaßt wurden, der **Stempel der britischen Interessen** aufgedrückt wurde. Daß der Völkerbund in seiner jetzigen Verfassung ein **Werkzeug der kapitalistischen Regierungen** ist, wurde bisher unbestritten anerkannt, daß er aber nunmehr in fortdauernd steigender Entwicklung **einseitig zum Werkzeug britischer Weltpolitik** wurde, ist eine Erkenntnis, die unter Hinsicht auf die Beschlüsse von Locarno besondere Bedeutung erlangt."

„Wenn man festzustellen hat, daß der Völkerbund mehr und mehr ein Instrument der britischen Weltmachtspolitik wird, und wenn unter diesem Gesichtswinkel Deutschland seinen Beitritt erklärt, dann ist das mehr oder weniger eine Entscheidung für die westliche Orientierung. **Damit tritt es in entschiedenen Gegensatz zu Rußland, und die Geschichte der Jahre vor 1914 hat gezeigt, daß, wenn einmal die Lager voneinander geschieden sind, die Entwicklung automatisch ihren Weg nehmen wird.** Deswegen haben wir zunächst einmal festgestellt, daß der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, wie er sich jetzt entwickelt hat, die westliche Orientierung im Gefolge haben dürfte!"

„Heute ergeht sich aus der Gestaltung der Dinge schon gewiß, daß **die Beauftragten der Kapitalistenklasse in den einzelnen Regierungen außerstande sind, den Völkern den Frieden zu bringen, trotz des Sicherheitspakts und des Völkerbundes. Der Frieden der Völker, das wird sich mit aller Deutlichkeit erweisen, kann nur herbeigeführt werden unter dem Druck der Arbeiterklassen aller Länder, und auch nur dann, wenn es gelungen ist, die kapitalistische Profitwirtschaft, die notwendigerweise zum Imperialismus drängt (drängt? — Sie ist heute imperialistisch, D. Red.) für alle Zeiten auszuschalten."**

Die „Leipziger Volkszeitung" stellt fest, daß der Heidelberger Parteitag der SPD. und der Marseiller Kongreß der französischen Sozialdemokratie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangen. Gleichzeitig sagt die „Volkszeitung" klar und eindeutig: **Der Völkerbund ist ein Werkzeug der kapitalistischen Regierungen,** er ist ein Werkzeug britischer Weltpolitik. Die westliche Orientierung Deutschlands wird „automatisch" ein zweites 1914 zur Folge haben. Es bringt den Krieg Deutschlands gegen Rußland. Kein Kapitalistenminister, kein Sicherheitspakt, kein Völkerbund führt den Frieden herbei. Nur das Proletariat kann ihn herbeiführen, nach Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Was sind die Konsequenzen dieser Lehre?

Der Heidelberger Parteitag und der Marseiller Kongreß verkoppeln uns an die englische Weltpolitik. **Fort mit Heidelberg! Fort mit Marseille! Fort mit dem Völkerbund und dem Sicherheitspakt! Bund mit Sowjet-Rußland!**

Aber so viel Mut und Konsequenz bringt die „Leipziger Volkszeitung" nicht auf. Die Arbeiter müssen den Mut und die Konsequenz aufbringen! Jedem Klassengenossen am Schraubstock, im Bureau, am Pfluge rufen wir die Worte der zweitgrößten sozialdemokratischen Zeitung zu:

Der Sicherheitspakt bringt nicht den Frieden, sondern den Krieg, den Krieg gegen Rußland!

Darum Arbeiter, schließt den roten Block, an dem die **Kriegspläne aller Imperialisten** und ihrer Lakaien zerschellen!

Die Unterwerfung von Locarno perfekt

Es fehlt nur noch die Unterschrift des „Retters"

Berlin, 14. Oktober.

In der Gesamtpresse wird jetzt offen zugegeben, daß die Reise des Staatssekretärs Kempner nach Berlin den ausdrücklichen Zweck hatte, **die Zustimmung der deutschnationalen Kabinettsmitglieder und Hindenburgs zu den bereits fertiggestellten Vertragtext einzuholen.** Die von Luther und Stresemann gegebene Bereitserklärung zum Völkerbundseintritt ohne tatsächliche Aufhebung des Durchmarschrechts soll zur Beruhigung der deutschnationalen Massen, die das wahre Spiel noch nicht durchschauen dürfen, auch **die Unterschrift Hindenburgs tragen.** Die Formel, die Deutschlands Völkerbundeintritt erleichtern soll, besteht in Zusicherung der einzelnen Mächte, **„daß die Anwendung des Artikels 16 in jedem Fall beschränkt sei durch die materiellen Mittel und die geographische Lage des Mitgliedes.** Es handelt sich bei dem „Widerstand" gegen Artikel 16 um ein Manöver zur **Aufrüstung Deutschlands.** Nachdem prinzipielle Einigkeit herrscht, versucht Chamberlain die Konferenz schleunigst zu erledigen, um den deutschen Bettelforderungen in der Räumungsfrage usw. auszuweichen. Wenn teilweise von einer „Krise" der Konferenz geschrieben wird, so ist das einerseits ein Versuch, noch einen Druck auf beide Teile auszuüben, andererseits bedeutet es, daß, wie Briand es ausdrückte, gegenüber den deutschen Wünschen in den meisten Räumungsfragen nur „entgegenkommende Gesten" gezeigt werden sollen. An ein Auseinandergehen der Konferenz ist natürlich nicht zu denken.

*

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 15. Oktober.

Die Verschacherungsverhandlungen in Locarno gehen zu Ende. Es stellt sich heraus, daß gestern eine Sitzung in Locarno nicht abgehalten wurde, weil der Staatssekretär Kempner, der nach Berlin gefahren ist, die Zustimmung des gesamten Kabinetts zu den Abmachungen einzuholen. Zwar meldet der amtliche Bericht nur, daß Kempner den in Berlin verbliebenen Mitgliedern der Regierung nur Bericht erstattet habe, jedoch ist klar, daß Kempner die Zustimmung der Deutschnationalen einholen sollte. Man erfährt denn auch, daß gegen die „in Locarno herangereiften Formulierungen für den Westpakt und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine ernstlichen Bedenken geltend gemacht wurden." Die „Vossische Zeitung" weiß auch aus Locarno zu melden: „Die in Berlin im Laufe des späten Nachmittag von hier bekannt gewordenen Nachrichten heben den vorzüglichen Eindruck hervor. Die Ueberzeugung von dem glücklichen Ausgang der Konferenz ist nunmehr ganz allgemein." Heute wird eine Vollsitzung stattfinden. Die deutsche Delegation, die die Zustimmung des gesamten Kabinetts in der Tasche hat, wird jetzt ihre letzten Zögerungen aufgeben und den Garantiepakt schließen.

*

(Eig. Drahtm.) **Paris,** 15. Oktober.

Der Berichterstatter des „Matin" schreibt aus Locarno:

„Es müsse besonders betont werden, daß die Annahme des Artikels 16 nicht etwa die Neutralität Deutschlands bedeute, der Sinn der Regelung sei lediglich der, daß Deutschland im Falle eines Krieges nicht mehr zu leiden habe, als es tatsächlich imstande ist, daß es zum Beispiel nicht 200 000 Mann aufstellen müsse, wenn sein Heer nur 100 000 Mann stark ist.

Der heldenmütige Kampf der französischen Kommunisten gegen den Marokkokrieg

Es hagelt von Gefängnis- und Geldstrafen!

(Eig. Drahtmeld.) **Paris,** 15. Oktober.

Ueber den Prozeß gegen den Zentral-Aktions-Ausschuß, der auf dem Arbeiter- und Bauernkongreß von über 3 Millionen Arbeitern und Bauern gewählt wurde, erfährt man jetzt näheres. Im Abwesenheitsverfahren sollen die Mitglieder des Aktionskomitees gegen den Krieg in Marokko wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam und anarchistischer Propaganda verurteilt werden, und zwar die Gewerkschaftsführer Monmousseau, die Abgeordneten Cachin und Doriot zu je 13 Monaten Gefängnis und 3000 Franks Geldstrafe, die Abgeordneten Charzeigne und Susanne Gireaud zu je 10 Monaten Gefängnis und 2000 Franks Geldstrafe, der Geschäftsführer der „Humanité" und Maurice Torre zu acht Monaten Gefängnis und 2000 Franks Geldstrafe, vier andere Genossen zu je 6 Monaten Gefängnis und 2000 Franks Geldstrafe. Das Anklagematerial bestand aus gezeichneten Artikeln, die längst in der „Humanité" und in revolutionären Gewerkschaftszeitungen erschienen sind. Am Mittwoch wurden die Geschäftsführer der kommunistischen Zeitungen „Cajere" und „L'Avantgarde" zu je acht Monaten Gefängnis und 2000 Franks Geldstrafe verurteilt.

Antibolschewistenkongreß in Wien

(Eig. Drahtm.) **Wien,** 15. Oktober.

Am Sonntag fand in Wien ein geheimer Kongreß der russischen antibolschewistischen Organisationen statt, an dem 108 Delegierte teilnahmen. In der Diskussion wurde festgestellt, daß die gesamte Tätigkeit der Führer der russischen Emigranten bisher völlig ergebnislos geblieben ist. Der Kongreß beschloß die Herstellung einer nationalen Front und zu deren Verwirklichung die Schaffung einer neuen Organisation, des russischen nationalen Volksbundes. Ferner wurde die Zusammenarbeit mit den in Rußland lebenden Gegenrevolutionären beschlossen. Der Ende dieses Monats in Paris stattfindende Kongreß der russischen Emigranten soll nicht beschickt werden, da er nur den Interessen des Hochadels dient. An dem Kongreß nahmen auch Delegierte der antibolschewistischen Organisationen Rußlands teil.

Wozu Volksopfergelder verwandt werden

Deutschnationale Korruption

Die sozialdemokratische Meißner „Volkszeitung" deckt die schmierige Korruption auf, die von deutschnationaler Seite mit den Geldern des Volksopfers getrieben wurde. Der Geschäftsführer des „Volksopfers", Dr. Meißner, hat mit diesen Geldern den Hinkemann-Skandal im staatlichen Schauspielhaus Dresden finanziert. Ferner erhielt der Jungdeutsche Orden von Meißner eine größere Summe. Durch Bücherrevision wurden diese und andere Korruptionsaffären aufgedeckt.

Jetzt fragen die „Leipziger Neueste Nachrichten" hinterlistig, wie unter der Herrschaft sozialdemokratischer Minister (Arbeits- und Wohlfahrtsministerium) derartige Dinge sich ereignen konnten. Sie beschuldigen den sozialdemokratischen Ministerialrat Dr. Mayer und den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Dehne der Mitschuld an dem Skandal.

Die 23 Disziplinvertreter, die Bundesgenossen der Deutschnationalen, unterstützen nicht nur die Barmatianer im eigenen Lager, sondern auch die Korruption in den Kreisen der Deutschnationalen. Der Kampf gegen alle Korruption bedeutet daher Bruch mit der bürgerlichen Koalitionspolitik!

Rettet Rakosi!

Die kommunistische Fraktion hat im preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Am 20. Oktober d. J. wird Zeitungsmeldungen zufolge der ungarische Unterrichtsminister Kuno von Klebelsberg zu einem offiziellen Besuch nach Berlin kommen, um u. a. auch mit dem preußischen Kultusminister Dr. Becker über die Schaffung eines Instituts zu verhandeln, an dem ungarische Staatsstudenten von deutschen Gelehrten unterrichtet werden sollen.

Die ungarische Horthy-Regierung hat seit sechs Jahren einen unerhörten grausamen Terror an den ungarischen Arbeitern und Bauern verübt, um jede freiheitliche Regung auszurotten. Zu Tausenden sind Arbeiter und Bauern auf Veranlassung oder unter Duldung dieser Regierung hingerichtet und in den Kerkern zu Tode gequält worden. Tausende schmachten noch in den Kerkern und unterliegen den schlimmsten Folterungen und Martern. Zu Tausenden sind die Arbeiter und Bauern von den durch die Regierung unterstützten weißgardistischen Banden erschlagen worden.

Die jüngsten Verhaftungen des ehemaligen Volkskommissars Rakosi und vieler Arbeiter der Sozialistischen Arbeiterpartei, ihre Folterungen und Mißhandlungen zur Erpressung von Geständnissen, die Gefahr neuer Justizverbrechen und Todesurteile zeigen, daß die ungarische Bourgeoisie ihren Rachedurst an den Räterepublikanern immer noch nicht gestillt hat. Die Regierung bereitet die schlimmsten Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse vor. Durch ihre scheußlichen Verbrechen an der Arbeiterklasse hat die Horthy-Regierung den Abscheu jedes anständigen Menschen hervorgerufen, und in allen Ländern der Welt haben große Massenkundgebungen gegen diese Verbrechen stattgefunden. Es ist auch noch zu beachten, daß die ungarische Regierung den gelohnenen deutschen faszistischen Meuchelmördern und Monarchisten fortgesetzt in der bereitwilligsten Weise Aufenthalt gewährt, sie sogar mit Geldmitteln unterstützt und ihnen dadurch ermöglicht, neue konterrevolutionäre Anschläge gegen die deutsche Republik und deren Arbeiterklasse vorzubereiten.

Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ersucht das Staatsministerium, der ungarischen Regierung sofort mitzuteilen, daß es den Empfang des ungarischen Unterrichtsministers solange ablehnt, bis die ungarische Regierung alle politischen Gefangenen freigelassen, den ungarischen Arbeitern und Bauern ein uneingeschränktes Koalitionsrecht gegeben und im übrigen die Gewähr bietet, daß die unerhörten Verfolgungen der Arbeiterklasse eingestellt werden.

*

Außerdem hat die Fraktion folgendes Telegramm abgeschickt:

„An den Ministerpräsidenten Graf Bethlen, Budapest.

Die kommunistische Fraktion des preußischen Landtages erhebt schärfsten Protest gegen die beabsichtigte standgerichtliche Verurteilung von Rakosi und den übrigen revolutionären Arbeitern und fordert deren sofortige Freilassung. Die Fraktion fordert im Landtage, daß die preußische Regierung solange den beabsichtigten Besuch des ungarischen Unterrichtsministers ablehnt, bis die Gefangenen freigelassen, den Arbeitern freies Koalitionsrecht eingeräumt und der weiße Terror eingestellt ist."

*

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands hat sich erneut mit nachfolgendem Telegramm an die ungarische Regierung gewandt:

„An den Ministerpräsidenten Graf Bethlen, Budapest:

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands fordert erneut im Auftrage ihrer 300 000 Mitglieder die sofortige Freilassung von Rakosi und der anderen gefangenen Arbeiter. Die beabsichtigte standgerichtliche Verurteilung zum Tode durch den Strang wäre das schlimmste Justizverbrechen, das den Abscheu aller rechtlich denkenden Menschen hervorrufen muß. Die Rote Hilfe Deutschlands protestiert gegen den unerhörten, blutigen Terror, der seit sechs Jahren an den ungarischen Arbeitern und Bauern von der Regierung und den weißgardistischen Banden verübt wird."

Dem Genossen Rakosi droht der Tod durch den Strang

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Oktober.**

Heute beginnt der Prozeß gegen Rakosi und Genossen vor dem Standgericht. Die Verteidiger haben bisher ihre Klienten noch nicht sprechen können. Im Falle der Schuldigsprechung kann das Urteil nur auf Tod durch den Strang lauten, das in zwei Stunden vollstreckt sein muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0002

Der 30-Millionen-Betrug soll ungesühnt bleiben

Abgelehnte kommunistische Anträge im Barmat-Ausschuß

Wie wir bereits gestern des Näheren mitgeteilt haben, kamen in der letzten Sitzung des Barmat-Ausschusses die bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu dem Urteil, daß lediglich einige Beamte der Staatsbank sich Verfehlungen zuschulden kommen ließen, daß aber politische Persönlichkeiten nur manchmal „unvorsichtig" gewesen seien. Im übrigen habe eine unglückliche Verteilung von Umständen den Staatsbanksäckel um 30 Millionen erleichtert. Die Antwort der Kommunisten auf diese „Feststellungen" haben wir gestern bereits veröffentlicht. Selbstverständlich hat der Ausschuß die kommunistischen Feststellungen ebenso abgelehnt wie die folgenden gestellten Anträge, die aber im Plenum des Landtages wiederkehren werden:

I.

Der Ausschuß wolle beschließen, dem Landtage folgende Anträge vorzulegen:

1. **Das Staatsministerium wirkt beim Justizministerium darauf ein, daß der Strafprozeß gegen Barmat und Kutisker nicht weiterhin verschleppt oder gar eingestellt, sondern sofort auf der Grundlage des Kreditbetrugs, der Beamtenbestechung und des betrügerischen Bankrotts durchgeführt wird.**
2. **Das Strafverfahren ist auf die Abgeordneten Heilmann und Richter wegen Beihilfe zum Staatsbetrug bzw. wegen schwerer Schädigung der Staatsfinanzen auszudehnen.**
3. **Diejenigen Beamten der Seehandlung, die bisher von einem Disziplinar- oder Strafverfahren trotz der erwiesenen Begünstigung der Kreditbetrüger ausgenommen waren, sind sofort ihres Amtes zu entheben und ebenfalls in den Anklagezustand zu versetzen. Sowohl der frühere Präsident der Staatsbank, von Dombois, wie der jetzige Präsident Schröder sind zur Rechenschaft zu ziehen. Gegen von Dombois ist gleichzeitig Anklage wegen Begünstigung der Beamtenbestechung durch Erlaubnis zur Annahme eines sogenannten Schiedsrichterhonorars in Höhe von 54 000 Mk. an Dr. Rühe und Dr. Hellwig zu erheben.**
4. **Zur Kontrolle der Geschäfte der Staatsbank ist der Angestelltenrat heranzuziehen.**
5. **Die Staatsbankleitung hat monatlich dem Landtag eine Uebersicht über die gewährten Kredite und deren Bedingungen zu geben.**
6. **Das Staatsministerium zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Abgeordneten verbietet, Aufsichtsratsposten in privatkapitalistischen Gesellschaften zu bekleiden und gleichzeitig das Staatsministerium zu ersuchen, in diesem Sinne auch auf die Reichsgesetzgebung einzuwirken.**
7. **Das Staatsministerium zu ersuchen, über den Stand des Disziplinarverfahrens gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Richter Auskunft zu geben, und dasselbe mit größter Beschleunigung mit dem Ziel der Entlassung ohne Pension oder irgendwelche Entschädigung durchzuführen.**
8. **Zur Deckung eines Teils des entstandenen Schadens hat das Staatsministerium die Beschlagnahme der Privatvermögen der Familien Barmat, Kutisker, Holzmann, Heilmann, Bauer, Lange-Hegermann durchzuführen.**

II.

Der Ausschuß lehnt die Feststellungen des sogenannten Unterausschusses ab, weil sie in keiner Weise dem wirklichen Ergebnis des Untersuchungsausschusses gerecht werden, sondern eine Kompromißformel darstellen, darauf berechnet, schwere Verfehlungen von Persönlichkeiten, die regierenden Parteien angehören, im mildernden Lichte erscheinen zu lassen und andererseits die wirklichen Ursachen und Zusammenhänge der Korruptionssaisären in Preußen zu verschleiern.

Der Ausschuß stellt fest, daß das Gesamtergebnis des Unterausschusses den tatsächlichen Ergebnissen des Haupt-Untersuchungsausschusses nicht entspricht und beschließt, die Feststellungen der kommunistischen Vertreter des 16. Ausschusses anzunehmen.

Strafantrag gegen Oberstleutnant Duesterberg

(TU.) **Berlin**, 15. Oktober. Die „Deutsche Tageszeitung" meldet: Wegen des von der Stahlhelmleitung Halle-Merseburg an den Innenminister Schiele gerichteten Telegramms, das Anschuldigungen gegen die preußische Regierung enthält, hat der Regierungspräsident Grützner in Merseburg gegen den Verfasser des Telegramms, Oberstleutnant Duesterberg, Strafantrag gestellt.

Das „republikanische" Zentrum

Für die Provinziallandtagswahlen in Brandenburg haben unter dem Kennwort „Bürgerliche Vereinigung" Listenverbindung beschlossen die Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutschvölkische Freiheitspartei, die Deutsche Volkspartei und die Nationalliberale Reichspartei. — Frei Heil! **Was sagen die Reichsbannerkollegen von der SPD. dazu?**

Die Deutschnationalen fordern Verbot des RFB.

Die Severing-Politik vor dem Landtag

Auf der Tagesordnung der Sitzung des **Preußischen Landtags** vom 13. Oktober stand zunächst die **zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern**, und zwar die allgemeine Besprechung mit Ausnahme der Polizeiangelegenheiten. Die Redezeit beträgt für jede Fraktion zusammen für die allgemeine Besprechung und die Polizeiangelegenheiten drei Stunden. Verbunden mit der Beratung werden Anträge und große Anfragen über die Unterbringung der Optanten, über Unwetterschäden und anderes; außerdem wird verbunden **das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Severing.** Im Laufe der Verhandlungen wurde auch ein Mißtrauensvotum der **Deutschen Volkspartei** gegen Severing eingebracht.

Den **Ausschußbericht** erstattete Abg. Heilmann (Soz.). In der allgemeinen Besprechung erhält zuerst das Wort Abg. Hirsch (Soz.). Er versuchte Durchstechereien sozialdemokratischer höherer Beamter durch solche verschiedener deutschnationaler Beamter zu rechtfertigen. Er verteidigte die Politik und das System Severings und renommierte mit dem „Kampf des Geistes", den die SPD. stets geführt hat. Er verwahrte sich entschieden dagegen, jemals gegen die Monarchie gehetzt zu haben!

Milberg (DNVP.) begründete den

Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen Severing

mit Ammen- und Schauergeschichten über den RFB. Angebliche militärische Uebungen und Exerzitien des RFB. und auch des „Reichsbanners", erdichtete Ueberfälle auf Hakenkreuzler, selbst revolutionäre Liedertexte mußten herhalten, um Severing gegen die Kommunisten scharf zu machen. Sein Verlangen nach „mehr Initiative" gegen links von Severing kann nicht anders als offene Forderung nach neuen Verboten revolutionärer Organisationen gedeutet werden. Mit Theaterdonner zog er gegen Hörsing zu Felde. Bezeichnend für die Kriecherei Severings vor der Bourgeoisie war es,

daß der Deutschnationale Severing selbst als Kronzeugen gegen Hörsing und „Reichsbanner" anführen konnte.

Auf Zurufe, warum denn die Deutschnationalen den Mißtrauensantrag gegen Severing eingebracht haben, erwiderte Milberg: **„Wir glauben, daß** der Mißtrauensantrag **abgelehnt wird."** (Kennzeichnend für diese Art „Opposition".)

Peuker-Zentrum wandte sich gegen die Deutschnationalen.

Genosse Schwenk kennzeichnet die krampfhaften Bemühungen der preußischen Regierung, **die schmale Koalitionsbasis nach rechts zu verbreitern.** Das Ministerium Severing hat **eine skandalöse Personalpolitik** getrieben, die den Reaktionären geholfen hat. In der letzten Zeit sind von 162 Beförderungen nur 10 Demokraten und 14 Sozialdemokraten, der große Rest ist deutschnational. Die Besetzung der einkömmlichen Beamtenposten mit Sozialdemokraten bedeutet auch kein Heil für die Arbeiterklasse, denn diese Sorte Beamte hat stets nur nach Futterkrippen gegiert. Die Toleranz Severings bei unerhörten Uebergriffen reaktionärer Beamter, das bewußte Entgegenkommen in der Besetzung von Beamtenstellen mit Reaktionären in linken Gebieten hat den Appetit, die Unverschämtheit der Monarchisten nur gefördert. So und nicht anders ist der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen und ihrer volksparteilichen Konkurrenz zu verstehen.

Genosse Schwenk kennzeichnete ferner die haarsträubenden Fälle, wo Severing Beamte, Stadträte und andere Kommunalbeamte nicht bestätigte, nur, weil sie Kommunisten sind. Weiter wandte er sich gegen die

angebliche Preisabbaupolitik Severings,

der wohl die kleinen Händler mit seiner Schupo schurigelt, dagegen die großen Wucherer ungeschoren läßt.

Genosse Schwenk enthüllte den unsozialen Geist des Severing-Ministeriums, das, auf Kosten jeglicher Wohlfahrt, **Millionen für Rüstungen und Organisierung des Arbeiter-Massenmordes** verpulvert. Was es mit Severings „Demokratie" auf sich hat, beweist das Eingreifen der Teno und der Polizei zugunsten der Unternehmer bei wirtschaftlichen Kämpfen. Genosse Schwenk fragte, wie sich der Severing den Kampf gegen Unternehmer vorstellt, die die Betriebe bewußt stillegen, die Arbeitslosigkeit steigern, um den Arbeitern noch miserablere Lohnbedingungen aufzwingen zu können. Das Gutachten der Braun-Severing-Regierung hat den 750-Millionen-Raub des Marx für die Ruhrindustriellen ermöglicht. Genosse Schwenk bezeichnet die Politik der Sozialdemokraten und ihres Ministers Severing als

Steigbügelhalterei für die Deutschnationalen

und ihre großkapitalistischen Hintermänner. Severing, der durch seine Erlasse die Obdachlosen unter das Vieh rangiert hat, hat sich dadurch selbst zum Hauptknecht und Rausschmeißer wildgewordener Hauspaschas erniedrigt. Von diesem Severing hat die Arbeiterklasse nichts zu erwarten. Genosse Schwenk entlarvte den **„Vorwärts"-Schwindel über die Verantwortlichkeit der Reichsbehörden anläßlich der letzten Monarchistenparade mit Hindenburg bei der Denkmalsenthüllung in der Berliner Hasenheide.**

In Wirklichkeit ist Severing für dieses Monarchistenbrimborium verantwortlich.

Genosse Schwenk kündigte Severing und denen, die hinter ihm stehen, den schärfsten Kampf der Kommunisten an.

Grzimek (Demokrat) raufte sich mit den Deutschnationalen um die Prozentsätze, nach denen die fetten Staatspfründen unter den Futterkrippenjägern von der SPD. bis zu den Hakenkreuzlern verteilt werden sollen. Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

*

Auch ein Mißtrauensvotum der Deutschen Volkspartei gegen Severing

Von der Fraktion der **Deutschen Volkspartei** ist ebenso wie von den Deutschnationalen nunmehr ein **Mißtrauensvotum** gegen den Minister Severing eingebracht worden, das besagt: **„Der Landtag entzieht dem Minister des Innern Severing das nach Artikel 57 der Verfassung erforderliche Vertrauen."**

*

Zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung wurde der kommunistische Antrag gegen den geplanten Empfang eines ungarischen Regierungsmitgliedes wegen der Blutraten der Horthy-Regierung **abgelehnt mit den Stimmen der SPD.**

Leidig (DVp.) begründet das Mißtrauensvotum gegen Severing unter tosendem Beifall der Rechten. Er erinnert die SPD. an die Tage von 1914, wo sie noch mit Gott für König und Vaterland tätig gewesen sei.

Müller (Wirtschaftspartei) fordert Heraufsetzung des **Wahlalters auf 25 Jahre.**

Severings Verteidigung gegen Deutschnationale ist eine förmliche Verbeugung. Er rühmt sich der **zahllosen Ausweisungen von sogenannten lästigen Ausländern,** erinnert daran, daß er die Anweisung gegeben hat, die schwarzweißrote Mörderfahne zu **achten.** In der Angelegenheit des RFB. erklärt er, daß **zurzeit noch nicht genügend Verbotsgründe vorhanden seien, erklärt sich jedoch zum Verbot bereit, wenn die Deutschnationalen ihm die erforderlichen Beweismaterialien dazu beschaffen.** Severing erinnert an den Herbst 1923, wo er als **Retter der Bourgeoisie vor der sozialen Revolution von der Schwerindustrie gelobhudelt** wurde. Stolz wie ein Spanier erklärt er als sein Programm, **die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft auszugleichen zu wollen.**

Genosse Möride brandmarkt, daß unter 1300 Ausgewiesenen **nur ein Gutsbesitzer und ein polnischer Professor** gewesen seien und weist darauf hin, daß Severing den Waffenschiebungen der Faszisten, namentlich an der Ostgrenze, tatenlos zusieht und fordert **energische Maßnahmen** für die aus Polen vertriebenen kleinen Leute, er fordert ferner **Siedlungsland durch Enteignung der Güter der Hohenzollern.** Ein solcher Antrag ist bereits von den Hakenkreuzlern bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt worden.

Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen Minister Severing

(TU.) **Berlin, 14. Oktober.** Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen den Innenminister Severing wird, wie wir erfahren, erst am Donnerstag nächster Woche stattfinden.

Genosse Paul Langner endlich aus der Haft entlassen

(TU.) **Leipzig**, 13. Oktober.

Vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hatte sich heute der kommunistische Parteisekretär **Paul Langner** aus Stuttgart wegen Beihilfe zum Hochverrat zu verantworten. Da ihm **nichts nachgewiesen** werden konnte, kam das Gericht zu einem Freispruch.

Der Genosse Langner hat über ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gesessen. Er wurde gestern gleich nach Verkündung des Urteils freigelassen.

Heftige Kämpfe im Braunschweigischen Landtag

Um den reaktionären Schulerlaß

(TU.) **Braunschweig**, 14. Oktober.

Im Braunschweigischen Landtag gab es heute eine stürmische Debatte über die **Wiedereinführung des Bußtages** als gesetzlichen Feiertag, die Abschaffung des **9. November** als Revolutionsfeiertag und die Einführung des vor einigen Wochen von der braunschweigischen Regierung herausgegebenen **Religionserlasses, der den Schulen wieder den Charakter der Bekenntnisschulen gibt.** In der Debatte zu diesen drei Anträgen kam es zu **stürmischen Auseinandersetzungen** der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die bürgerlichen Abgeordneten. Die Sitzung mußte abgebrochen und auf Donnerstag vertagt werden.

18|

Stepans Teppich

Eine Erzählung aus dem Leben der Wolgadeutschen von Béla Illés.
Deutsch von Stefan J. Klein.

Die Armen trugen alle Habseligkeiten auf den Markt. Für das durch deren Verkauf erzielte Geld wollten sie Brotgetreide kaufen, — aber Brotgetreide war nirgends zu finden. Müller, Kuttners Schwager, dem der Greisenladen des Dorfes gehörte, verkauft keine Handvoll Mehl. Er wollte noch welches kaufen, — denn im Winter wird alles erst recht teuer sein.

Die Kulaken warteten. Sie verkauften nichts und kauften nichts. Dann — fast am gleichen Tage — wollten alle ihre Arbeitstiere veräußern. Müller erwarb sie für billiges Geld.

Die Sache begann so, daß sich Kuttner in die Stadt begab. In Pokrowsk erfuhr er vom Volkskommissariat, Moskaus Hilfe sei unterwegs. Es komme Saatkorn, außerdem Geld für öffentliche Arbeiten, damit die Arbeitslosen ein Verdienst bekämen, und Brot, das zu einem anständigen Preis verkauft werden sollte.

Kuttner nahm das für das Dorf bestimmte Exemplar der „Nachrichten", das die günstigen Mitteilungen enthielt, an sich und eilte ins Dorf zurück. Daheim angelangt, nahm er sich ausnahmsweise nicht einmal zum Umkleiden Zeit. Er steckte ein junges Ferkel in den Sack und eilte zum Pfarrer. Dieser legte, da er Kuttner erblickte, das Buch beiseite, in dem er gerade gelesen hatte und kümmerte sich jetzt nur um den Rauch der Pfeife. Der Rauch stieg in schönen bläulichen Ringen empor. Auf diese seine Kunst war der Pfarrer sehr stolz. Kuttner überreichte das Geschenk und konnte kaum erwarten, mit dem Sprechen zu beginnen. Nachdem die Pfarrersköchin das Ferkel zur Genüge bewundert und mit sich genommen hatte, begann er sofort zu reden. Er schüttete sein Herz aus.

Kuttner berichtete, er habe in der Stadt erfahren, daß Moskau den Hungernden helfen werde. Statt Getreide würden die Leute Geld bekommen, damit sie selbst Brot kaufen.

„Im Winter wird das Brot arg teuer sein!"

„Ja" — nickte der Pfarrer.

„Wenn das Dorf Verstand hätte . . ."

„Ja."

Kuttner erläuterte ausführlich, was er täte, wenn er nicht Vorsitzender des Dorfrates wäre. Er würde seinen ganzen Viehbestand zu Geld machen — Mayer erzählte, daß man in Rostow noch zum alten Preis Brotgetreide bekomme — und für alles Geld Brotgetreide kaufen. Die Leute werden im Winter Geld haben . . .

„Könnte ich dies tun, ich hätte übers Jahr doppelt so viel Vieh wie jetzt."

Der Pfarrer dachte über Kuttners Worte lange nach.

Als er allein geblieben war, ließ er die vermögenderen Bauern einzeln zu sich rufen. Der eine brachte ein kleines Ferkel, der andere ein Huhn, ein dritter nur etwas Mehl — aber allen gefiel in gleichem Maße die Rede des Pfarrers.

Wer den Pfarrer verließ, eilte geradeswegs zu Müller. Dieser war der einzige, der im Dorfe über Vargeld verfügte. Aber Müller wollte auf das Geschäft nicht eingehen.

„Was soll ich jetzt mit dem lebenden Vieh beginnen? Woher zum Teufel soll ich Futter nehmen?"

Aber schließlich kaufte er nach langem Herumreden dennoch alles. Tags darauf sandte er dem Pfarrer einen ganzen Sack Mehl als Geschenk.

Und am Abend dieses Tages traf in Pokrowsk Moskaus erste Getreidesendung ein.

11.

„Na, das hätte der Teufel geglaubt!"

„Seit hundert Jahren beten wir zu Gott, er soll uns gegen die Russen helfen, und jetzt helfen uns die Russen gegen Gott!"

„Gemach Bruder, gemach. Das Moskauer Brot ist noch nicht in Deinem Magen!"

Karl Schmidt war der erste, der Martin hat, er möge mit dem Nachmittagsunterricht wieder beginnen. Und am ersten Tage versammelten sich über 40 Dorfarme in Martins Haus.

Am gleichen Tag hielten auch die Kulaken eine Beratung ab, die stürmisch verlief. Kein Wunder — sie hatten die Tiere für billiges Geld veräußert, und nun brauchten die Dorfarmen kein Brot zu kaufen! Die Kommunisten hatten ihnen wieder einmal in die Suppe gespuckt —, es wird im Winter keine Hungersnot geben!

Zuerst liefen die Kulaken zum Pfarrer, doch war bei diesem nichts zu holen.

„Was sagte ich denn?!" rief der Pfarrer empört. „Sagte ich Euch vielleicht, daß Ihr das Vieh verkaufen sollt? Oder sagte ich Euch vielleicht, daß Ihr Brotgetreide kaufen sollt? Keiner von Euch hat von mir auch nur ein ähnliches Wort vernommen. Ich erzählte Euch nur als interessante Begebenheit, was vor hundert Jahren, zu Zeiten der großen Hungersnot, ein Türke aus Tiflis getan hatte. Daran konnte ich wirklich nicht denken, daß sich ein Christenmensch finden könnte, der die Ruchlosigkeit jenes Türken nachahmen wird wollen, für die er längst im Feuer der Gehenne brennt."

Aber auch bei Müller war nichts zu wollen.

„Wollte ich vielleicht den Kauf? Erblinden soll, wer das behauptet. Ihr wißt ja alle, daß Ihr mir die Tiere aufzwingen mußtet, gegen meinen Willen."

Kuttner wollte um jeden Preis die Einigkeit der Kulaken wieder herstellen.

„Ihr werdet einander doch nicht in so arg böser Zeit in die Haare geraten? Müller wird Euch die Tiere zurückgeben, und Ihr werdet ihm einen Schadenersatz zahlen."

„Sollen wir vielleicht auf den Hunger draufzahlen?" fragten die Kulaken empört.

„Ihr werdet nicht draufzahlen!" beruhigte sie Kuttner. „Wenn Ihr Vernunft annehmt, werdet Ihr nicht draufzahlen. Geratet einander nur ja nicht in die Haare, und Ihr werdet sehen, daß alles wieder in Ordnung kommt."

Zuerst kam die Geldunterstützung ins Dorf, doch erhielt niemand umsonst Geld. Die Leute mußten auf die Steppe hinausgehen und dort tiefe Gruben auswerfen, nach Anweisung städtischer Arbeiter. Im Frühjahr, da die Wolga aus den Ufern trat, würden sich die Gruben mit Wasser füllen, das dann für die Zeiten der Trockenheit zurückblieb. Das ist gut ausgedacht, so muß man der Dürre entgegenwirken!

„Das wird kein genügender Schutz sein", sagte Martin zu Eppstein, als er wieder nach Pokrowsk kam.

„Ich weiß" antwortete Eppstein. „Aber schau' her . . ." Eppstein zog eine große Papierrolle hervor und breitete sie auf dem Tische aus. Martin hatte in der Militärschule das Landkartenlesen erlernt und erkannte jetzt rasch die Wolga, den Ural und den Don. Auf der Landkarte stachen ihm sofort drei unbekannte rote Linien ins Auge, die er auf einer anderen Landkarte vergeblich gesucht hätte.

„Verstehst Du?" fragte Eppstein.

„Kanalisierung? Wird die Arbeit begonnen?"

„Noch nicht. Aber man beschäftigt sich bereits, wie Du siehst, ganz ernsthaft mit dem Plan. Doch ließ ich Dich nicht deshalb kommen. In einer Woche wird das Saatkorn, das Moskau sandte, im Dorfe sein. Die Verteilung dürfte keine leichte Arbeit werden. Sie muß so vorgenommen werden, daß nur jene Saatkorn erhalten, die darauf angewiesen sind, und die produzieren. Gibst Du es jenen, die kein Vieh haben, so werden sie es ganz bestimmt aufessen, und wir können nächstes Jahr wieder nicht ernten. Nun produzieren aber außer den der Genossenschaft angehörenden paar Leuten nur die Kulaken."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Hänisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 5 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Die Unterbezirkskonferenz für Halle-Saalkreis findet am Sonntag, 26. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Halle, Produktiv-Genossenschaft, statt. Die Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Delegierten-Wahlmodus im Rundschreiben Nr. 9 abgedruckt ist.

Bruchdorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Grube.

Gröbzig. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, „Stadt Berlin". Tagesordnung: Efft-Brief.

Passendorf. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, abends 8 Uhr, „Drei Lilien". Tagesordnung: Efft-Brief.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Lützen. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, „Bürgergarten".

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Hettstedt, Großpörner, Molmerswende, Siersleben, Burgörner. Gemeinsame Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, abends 8 Uhr im „Hohenzollernpark" in Hettstedt. Tagesordnung: Die Reorganisation der Partei. Referent vom ZK. ist angemeldet.

Gerbstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Lohmeier.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Tagesordnung: Efft-Brief.

Niemegk. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, bei Rehak.

Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, Gasthof Schmidt.

Wolfen. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Gasthof Klinkig.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Grünewalde. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Mühlberg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, 8 Uhr, „Elbschlößchen".

Dommitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, Parteilokal.

Jessen-Berg. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, „Gesellschaftshaus".

Liebenwerda. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Lebahn. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Liebenwerda. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, „Deutsches Haus".

Neuhaus bei Torgau. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, im Parteilokal.

Rückersdorf. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Schildau. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Zeckerin. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mitgliederversammlung Donnerstag, 5. Oktober, abends 8 Uhr, im „Hotel Monopol".

Zeitz. Org.-Konferenz Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Es müssen erscheinen: Der gesamte Vorstand, die Obergruppenführer, die Zellensekretäre, die Fraktionsführer und der Instruktionsstab. Alles Material mitbringen.

Gera-Roda. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, abends 8 Uhr, Lokal „Zur Wege".

Zeitz. Die Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen am Roten Tag in Naumburg. Abfahrt Sonntag vorm. 6.42 Uhr. Fahrpreis 2 Mark.

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Lenin: **Ausgewählte Werke**	gebd.	9,00 Mk.
Bericht vom 5. Weltkongreß. 2 Bände	brosch.	12,00 „
„ „ „ „	gebd.	15,00 „
Um den Oktober 1917, ein Sammelbuch ...	brosch.	3,00 „
Die Organisation der Betriebszelle, Organisationsfragen und Beschlüsse des V. Weltkongresses	brosch.	0,75 „
Der neue Kurs, Material zur Parteidiskussion ..		0,50 „
Heinz Neumann: **Maslows Offensive gegen den Leninismus**		0,50 „
Losowsky: **Die englisch-russische Gewerkschaftskonferenz**		0,20 „
Die Reorganisation der KPD., Beschlüsse des X. Parteitages	brosch.	0,20 „

Schöngeistige Bücher

John Dos Passos: **Drei Soldaten**	gebd.	3,20 Mk.
Serner: **Der Pfiff um die Ecke**		3,00 „
Serner: **Die Tigerin**		2,75 „
Sinclair: **Der Sumpf**	gebd.	3,20 „
Erzählungen verschiedener Autoren	Band	0,70 „

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

An alle Ortsgruppen!

Betrifft Sonderzug nach Naumburg. Folgende Änderungen sind von den auswärtigen Ortsgruppen zu beachten. Von Ammendorf und Merseburg abfahrende Gruppen lösen Sonntagsfahrkarten auf den beiden Stationen. Ortsgruppen, die über Halle fahren, lösen auf der Heimatstation nur bis Halle; hier Ausgabe der Karten zur Weiterfahrt durch Kamerad Bormann. Fahrzeiten wie folgt: Ab Halle vorm. 8.30 Uhr, ab Ammendorf vorm. 8.40 Uhr, ab Merseburg vorm. 8.54 Uhr. Rückfahrt ab Naumburg abends 6.45 Uhr, Ankunft in Halle abends 8 Uhr.

Um Irrtümer zu vermeiden, wird bekanntgegeben, daß sich der Jungsturm am Sonntag nicht in Gera, sondern geschlossen am Roten Tag in Naumburg beteiligt.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden, die mit nach Naumburg fahren, müssen das Fahrgeld bis Freitag an ihre Gruppenführer einzahlen. Fahrtarienausgabe erfolgt durch Werbebezirksführer. Fahrpreis nicht 2,10 Mark, sondern 2,20 Mark.

Trotz wiederholter Mahnung haben einzelne Gruppenführer der **Abteilung 1, 2, 3** und 4 noch immer nicht die Mitgliederstatistik abgeliefert. Wir wenden uns deshalb heute an die Mitglieder dieser Abteilungen und bitten sie, die in Frage kommenden Kameraden energisch auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Ablieferung der Meldungen heute abend beim Bezirksführer Hermann, Harz 19.

Jungsturm

Bezirk 2 (Süd). Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Bezirksversammlung.

Unterbezirk Saalkreis

Nietleben. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, Gasthof „Zur Sonne" Pflichtversammlung. Alles bestimmt erscheinen.

Ammendorf. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, „Burgschlößchen", Mitgliederversammlung. Spielmannszug geschlossen um 7 Uhr antreten.

Lettin. Freitag, 16. Oktober, „Schwarzer Adler" Mitgliederversammlung.

Teicha-Petersberg. Ortsgruppe beteiligt sich geschlossen am Roten Tag in Naumburg. Treffen 6 Uhr Bahnhof. Abfahrt 6.25 Uhr von Teicha, ab Halle Sonderzug 8.30 Uhr. Fahrgeld 3 Mark.

Beesitz-Holleben. Sonnabend, 17. Oktober, findet bei Schubert eine Mitgliederversammlung statt. Karten mitbringen.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Freitag, 6 Uhr, Pflichtversammlung in „Stadt Leipzig". Antreten 1/2 8 Uhr am Irrgarten. Fahrt nach Naumburg. Abfahrt Sonnabend 6 Uhr mit Spielmannszug. Es hat alles restlos zu erscheinen.

Türnsberg. Freitag, 16. Oktober, in der „Sonne" Pflichtversammlung. Die Gruppenführer sind verantwortlich, daß alles erscheint.

Türnsberg. Sonntag, 18. Oktober, pünktlich 7½ Uhr. Antreten Schulplatz Porbitz zum Abmarsch nach der Bahn. Zug fährt 8.04 Uhr. Kapelle und Spielmannszug muß restlos erscheinen.

Mücheln. Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus" Pflichtversammlung. Nur Nachsichtig und Krankheit gilt als Entschuldigung.

Mücheln. Sonntag, 18. Oktober, vorm. 7.30 Uhr, „Gewerkschaftshaus", Antreten 8 Uhr Abmarsch nach Neumark betr. Beteiligung in Naumburg. Pünktlich erscheinen.

Lauchstädt. Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr abends, bei Richter Vollversammlung. Mitgliedskarten mitbringen. Wer diesmal nicht erscheint, gilt als ausgeschlossen. Die Sachen werden dann am Sonntag abgenommen.

Unterbezirk Mansfeld (Seekreis)

Wimmelburg. Sonntag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Karl Scharfe. Mitgliedskarten mitbringen.

Unterbezirk Mansfeld (Gebirgskreis)

Gerbstedt. Sonntag, 18. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokal Lohmeyer, Versammlung. Spielleute Instrumente mitbringen.

Hettstedt. Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, im „Hohenzollernpark" Mitgliederversammlung.

Staunend billig
sind unsere Preise in 3347
Herren-Bekleidung!

Herren-Mäntel für den Winter, mod. Formen u. Farb., von		27,50 an
Herren-Mäntel für den Winter, das Beste u. Besser, von		45,00 an
Gummi-Mäntel in allen Farben und Formen . . . von		17,50 an
Herren-Anzüge haltbare Stoffe, mod. Farben . . . . von		26,50 an
Herren-Anzüge Ersatz für Maß, eleg. Fassons . . . . von		46,50 an
Herren-Joppen für den Winter, mit warmem Futter, von		17,50 an
Manchester-Anzüge für Herr., ganz gefüttert, von		34,50 an
Herren-Hosen auch in Breeches, gute haltbare Qualität, von		4,95 an
Herren-Windjacken gute, imprägn. Stoffe . . von		10,50 an

Gehrock- und Smoking-Anzüge
Cutaway-Westen in la. Qualität vorrätig
Knaben-Mäntel und -Anzüge
Große Auswahl! Billige Preise!
System Konkurrenzlos
Inhaber: J. Riwitt
11 Leipziger Straße 11

Stadt-Theater
Donnerstag 8 Uhr **Konsul Blaubart**
Ende 10 Uhr
Freitag 7½ Uhr **„Bajadere"**
Ende 11 Uhr
Sonnabend 7½ Uhr Glöckchen des Eremiten
Ende 10½ Uhr
Sonntag 3 Uhr **„Gräfin Marita"**

Lebensmittel
preiswert und gut
E. Sorg
Hermannstraße 7
gegenüber d. Schule

Damentaschen
Ia. Leder
sehr preiswert
Hugo Krasemann
nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus

Gummi-Ablütze
M. Winkler
Glaucharer Str. 27

Ab Freitag wieder
prima fettes
Ziegenfleisch
Pfd. 50 bis 80 Pf.
M. Bornstein
Unterberg 17

Leder
zu bekannt billigen Preisen 288
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 46,
Ecke Geiststraße

Am Riebeckplatz — **C.T** — **Große Ulrichstraße 51**
In beiden Theatern gleichzeitig!
Heute ist der große Tag!
Wieder sind wir in der Lage, unsere Besucher mit einem
ganz ungewöhnlichen Filmwerk, mit einem Meisterfilm im wahrsten Sinne des Wortes
bekannt zu machen
Zweimal von der Zensur verboten gewesen! Jetzt endlich freigegeben!
Das Sittenbild unserer Tage, der Film, in dem wir den Rhythmus unserer Zeit spüren 3319
Elegantes Pack
Zeitbilder aus der Großstadt in 7 Akten von Adolf Lantz u. Heinz Goldberg. Regie: Jaap Speyer

C.T. am Riebeckplatz
Eine Tragödie der Natur:
LAVA
Grandios sind die Bilder, die das Wüten des Vesuvs und Ätna darstellen. Das packendste Filmwerk aller Zeiten.
Auf der Bühne:
Die große Sensation der internationalen Varietés
8 Piccads
in ihrer urkomischen Pantomime:
Die Einbrecher von New-York
Lachsalven ohne Ende!
Die gr. Bühnenschau d. Gegenwart!

C.T. Gr. Ulrichstraße 51
Die Komödie voll urwüchsigster Situationskomik:
Snooky und die Zwillinge
mit dem Wunderaffen Snooky
Stürmischer Heiterkeitserfolg!
Illustrierte
Trianon-Woche Nr. 42
Aktuelle Berichterstattung von Tagesereignissen aus aller Welt

In beiden Theatern verstärktes Orchester!
Anfangszeiten: Werktags 4.00 6.00 8.15 Uhr, Sonntags 3.00 4.50 6.40 8.15 Uhr

Därme
hallische, selbstbearbeitete frische Schlachthofware, alle Sorten kauft man bei 3314
Paul Eßrich
Darmschleimerei
Reideburger Straße 2 — Telephon 4213

5 Frettchen
zu verkaufen
Graborski,
Alsleben a. d. S.

Schäferhd. (R.) 25 Mk. verl. Merseburgerstr 11

Chaiselongues
P. Harnisch,
Merseburg, Delgrate 1
Weißenfels, 1657
Große Ritterstraße 19

Teilzahlung
Fahrräder
Anzahlung 20,- Mk.
Wochenrate 3,- Mk.
Bandonions, Sprechapparate
Schallplatten (Parlophon u. Beka), Phot. Apparate
Ziehharmonikas, Mandolinen
Kleine Anzahlung — Kleine Raten
S. Neumann
Alter Markt 30 290

Ihre
Schirmreparatur
ist fertig
bitte diese abzuholen 3337
Schirm-Heinzel
Leipziger Str. 98/99 Steinweg 19a

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.
Seifenfabrikate
mit der Marke GEG. sind Erzeugnisse genossenschaftlicher
Eigenproduktion
3325
Wir empfehlen unseren werten Hausfrauen
Kernseifen **Rasierseifen**
Schmierseifen **Seifenpulver**
Toiletteseifen **Bleichsoda**
GEG.-Famos das selbsttätige Waschmittel
In allen 37 Verteilungsstellen erhältlich

Unterbezirk Schkeuditz.

Alle Kameraden, die sich nicht an Naumburg beteiligen, müssen wenigstens den Werbetag in Freiroda-Kabelsch mitmachen.

Schkeuditz. Freitag, 16. Oktober, Mitgliederversammlung. Antreten 1/2 8 Uhr Stellplatz.

Schkeuditz. Sonntag, 18. Oktober, Werbemarsch nach Freiroda. Alles restlos antreten Stellplatz. Abmarsch 1 Uhr.

Modelwitz. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kohl.

Modelwitz. Sonntag, 18. Oktober, Werbemarsch nach Freiroda. Antreten 1/2 12 Uhr.

Gräbers und Ermlitz. Sonntag nach Freiroda zum Werbetag. Rechtzeitiger Abmarsch nach Schkeuditz, dort 1 Uhr Abmarsch.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, im „Lindenhof" Pflichtversammlung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Waldschenke" Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen

Unterbezirk Bitterfeld

Alle Ortsgruppen beteiligen sich an der Werbeveranstaltung am Sonnabend, 17. Oktober, in Sandersdorf. Treffpunkt 1/2 8 Uhr an der Straßenkreuzung Säurefabrik.

Bitterfeld. Donnerstag, 15. Oktober, Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen, auch die Neuaufgenommenen.

Sandersdorf. Sonnabend, 17. Oktober, Werbeabend, verbunden mit Fackelumzug, Lichtbildervortrag und Unterhaltungsabend. Die gesamte Arbeiterschaft ist dazu eingeladen.

Wolfen. Die Werbemarken, die noch ausstehen, müssen spätestens bis Freitag abend beim Kameraden Walter Regge abgerechnet werden.

Wolfen. Die Kameraden beteiligen sich am Sonnabend am Werbeabend in Sandersdorf. 1/2 7 Uhr alles antreten in der Thalheimer Straße.

Brehna. Die Ortsgruppe Brehna beteiligt sich Sonnabend am Werbeabend in Sandersdorf. Abfahrt pünktlich 7 Uhr „Gasthof zur Erholung" per Rad.

Holzweißig. Freitag, 16. Oktober, Mitgliederversammlung. Alles restlos erscheinen.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der „Herberge" eine Mitgliederversammlung statt. Erscheinen aller ist Pflicht.

Theißen beteiligt sich geschlossen am Roten Tag in Naumburg. Die Kameraden von Theißen treten vorm. 6.15 Uhr am „Blauen Stern" an, die Kameraden von Streckau vorm. 6.30 Uhr Gasthof Luckenau.

Naubera. Am Sonntag, dem 18. Oktober, beteiligt sich die geschlossene Ortsgruppe am Roten Tag in Naumburg. Abfahrt vorm. 6.40 Uhr (Sonntagsfahrkarte Naumburg lösen). Wir verpflichten alle Kameraden, sich an diesem letzten Gautreffen geschlossen zu beteiligen. Wer nicht erscheint, wird sich in der nächsten Mitgliederversammlung zu verantworten haben.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, „Hotel Monopol", wichtige Funktionärtagung.

Weißenfels. Sonntag, 18. Oktober, Beteiligung am Roten Tag in Naumburg. Antreten 9 Uhr Bahnhof. Alles erscheinen. Arbeitslose erhalten Vergünstigung. Sonntagskarten lösen.

Jungsturm

Weißenfels. Alle Mitglieder, denen es möglich ist, fahren schon Sonnabend nach Naumburg. Treffpunkt 5 Uhr Bahnhof. Sonntagskarten lösen. Fackeln sind noch beim Kameraden Prüfer zu haben.

Hohenmölsen. Sonntag, 18. Oktober Fahrt nach Naumburg vormittags 1/2 7 Uhr vom Bahnhof. Alles muß erscheinen, wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen. Fahrpreis 2,20 Mark.

Teuchern. Sonntag, 18 Oktober, vormittags 1/2 10 Uhr, Sammeln im Gasthof „Zum grünen Baum", 9 Uhr Abmarsch nach dem Bahnhof. Von Brittitz Marsch nach Naumburg. Beteiligung ist Pflicht.

Auf Teilzahlung
liefern wir zu besonders billigen Preisen, kleiner Anzahlung und
niedrigen Ratenzahlungen

Herren-Anzüge Mk. 85, 62, 52 **49**	**Dam.-Mint.-Mäntel** Mk. 45, 35, 28 **18**
Herr.-Winter-Ulster Mk. 82, 65 **53**	**Damen-Kostüme** Mk. 52, 40, 35 **25**

Gummi-Mäntel
für Damen und Herren sehr preiswert
Ohne Anzahlung erhalten unsere alten Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, jede gewünschte Ware
Paul Sommer
Halle a. d. S., Leipziger Straße 14
I. und II. Etage
3331

Genossenschafter! „GEG"-Waschmittel sind die besten und billigsten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Der erste Schritt zur Reorganisation

Die Partei hat sich die wichtige Aufgabe gestellt, die gesamte Organisation auf die Grundlage der **Betriebszellen** umzustellen. Die erste Voraussetzung für die Durchführung dieser Aufgabe ist die Registrierung der Mitgliedschaft nach Betriebs- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Deshalb hat die Bezirksleitung vor längerer Zeit den Ortsleitungen Fragebogen zugestellt, die von jedem Mitglied, ganz gleich, ob im Betrieb beschäftigt oder nicht, ausgefüllt werden müssen. Diese für uns wichtigen Unterlagen sind zum Teil noch nicht eingeschickt, zum anderen Teil unvollständig ausgefüllt worden. Das erschwert ungeheuer die Arbeit. **Jedes Mitglied muß wissen, daß von der gewissenhaften Ausfüllung der Fragebogen die ordnungsgemäße Durchführung der organisatorischen Aufgaben abhängig ist.** Irgendein Fehler bei der Ausfüllung dieser Fragebogen erfordert Nachfragen, die bei einer besseren Kontrolle durch die Ortsleitungen verhindert werden können. Es handelt sich hierbei **nicht nur um eine statistische Feststellung, sondern um eine wichtige organisatorische Maßnahme, die für unsere zukünftige Arbeit von großer Bedeutung ist.**

Wie verfahren wir bei der Registrierung der Parteimitgliedschaft? Die Ortsleitung stellt durch die Unterkassierer jedem Mitglied einen Fragebogen zu, und dieser wieder kontrolliert bei der Einziehung der Fragebogen genau deren Ausfüllung. Hierbei vor allen Dingen beachten, ob die Frage: In welchem Betrieb der Parteigenosse beschäftigt ist, ordnungsgemäß ausgefüllt ist. Es genügt nicht, nur zu schreiben: Metallbetrieb, Ziegelei oder Bauarbeiter, sondern in dieser Rubrik muß die **genaue Bezeichnung des Betriebes oder der Baustirna** eingetragen werden. Für die Großbetriebe, die sich in Bauten, Abteilungen oder Werkstätten gliedern, bedarf es auch dort der gewissenhaften Beantwortung der gestellten Fragen. Die Ortsleitungen **registrieren die Parteigenossen nach Betriebszugehörigkeit,** (die nicht im Betrieb Beschäftigten gesondert) und überweisen dann die verarbeiteten Fragebogen an die Bezirksleitung. Die bisher eingeschickten Fragebogen, die nicht gewissenhaft ausgefüllt sind, werden den Ortsleitungen zur nochmaligen Verarbeitung zurückgewiesen. Wir wollen dadurch unsere Parteigenossen nicht zu Bureaukraten erziehen, sondern diese Arbeit hat den Zweck, die notwendigen Voraussetzungen für eine gute organisatorische Arbeit zu schaffen. Deshalb nochmals: genaue Ausfüllung und sofortige Verarbeitung der Fragebogen, dann werden wir schnell einen Schritt vorwärts kommen bei der Durchführung der Reorganisationsarbeiten.

Wie die Lakaien des Kapitals die Jungarbeiter behandeln

Wieder einmal müssen wir uns mit dem Werkführer Riedel in der **Ammendorfer Papierfabrik beschäftigen.** Vor mehreren Wochen hatten wir ihn wegen unflätiger Behandlung eines Jungarbeiters angeprangert. Am Sonnabend, dem 10. Oktober, hatte der 16jährige Arbeiter Otto Preußer einen Filz verlaufen lassen, wodurch eine Produktionsstockung von ungefähr 10 Minuten entstand. Schon war Riedel zur Stelle, schlug den Jungen **immer mit der Faust ins Gesicht** und riß ihn an den Haaren hin und her. Hätte der Junge sein Gesicht nicht mit den Händen verdeckt, so wäre ihm auch die Nase blutiggeschlagen worden.

Den Unternehmern und ihren Lakaien sagen wir, daß eine Zeit kommen wird, in der die Jungarbeiter mit dafür sorgen werden, daß das tausendmal geschlagene und getretene Proletariat sich die Macht erobert und auch über solche Ausbeuter richtet. Die Kollegen der Ammendorfer Papierfabrik müssen handeln, handeln nach dem Spruch **„Einer für alle und alle für einer"** und in Zukunft solchen Schandtaten sofort entgegentreten. Dazu gehört die Organisierung in der **roten Front aller Schaffenden und tatkräftige Mitarbeit in den Gewerkschaften.**

Eine Belegschaft, die sich selbst ins Gesicht schlägt

Bisher wurde in der zu Löbejün gehörigen **Zuckerfabrik Gottgau** in jedem Betriebsabschnitt (Kampagne) die achtstündige Arbeitszeit, bei dreimaligem Schichtwechsel, noch einigermaßen durchgeführt. Der Fabrikleitung und leider auch einem Teile der Belegschaft war diese Erinnerung an die Kampfzeit 1918/19 aber anscheinend ein Dorn im Auge, denn auf Veranlassung von oben wurde eine **Abstimmung für oder gegen die achtstündige Schicht** vorgenommen. Diese Abstimmung ergab 22 Stimmen für 8 Stunden und 19 Stimmen für 12 Stunden.

Auf Betreiben des menschenfreundlichen Fabrikdirektors wurde eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, an der auch das Kontorpersonal, Chauffeur, Gärtner usw. teilnahmen. Nun endlich war das Ergebnis für den Direktor Dr. Otto so, wie er es wünschte und wollte. **Es stimmten 18 Arbeiter und Angestellte für 8 Stunden und 57 für 12 Stunden.** Die Belegschaft, die dadurch höheren Lohn zu erzielen glaubt, hat sich ihr Sklaventum selbst bescheinigt und sich selbst geohrfeigt. Der Begriff der Solidarität mit den Erwerbslosen und Arbeitsuchenden ist ihnen noch fremd. Der Direktor freute sich natürlich und äußerte nach der ersten Abstimmung, daß er 19 getreue Leute habe, auf die er sich verlassen könnte, daß er die anderen 22 aber sich merken würde.

Nur so weiter, Fabrikproleten und Kollegen der Zuckerfabrik Gottgau! Die Peitsche, zunächst die Hungerpeitsche, wird Euch doch vielleicht noch auf den richtigen Weg bringen!

Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik F. A. Oehler, Zeitz

Je mehr Reklame eine Firma macht, desto mehr werden die Proleten dort ausgebeutet! Das trifft auch bei der Oehlerschen Fabrik zu. Man macht vor allen Dingen darüber, daß **ja keine aufgeklärten Arbeiter in den Betrieb kommen,** und wenn sie doch da sind, dann wendet man die schäbigsten Mittel an, um diese Arbeiter wieder aus der Bude hinauszubefördern. Man läßt dann **die Spitzel- und Denunziantengarde,** die sich Herr Gluße herangezüchtet hat, „arbeiten", und Gründe lassen sich schließlich immer finden.

Ein Opfer dieser Garde wurde sogar auch **das Betriebsratsmitglied und Arbeiterratsvorsitzende Ueberschur,** der der Firma schon längst ein Dorn im Auge ist, weil er es verstand, immer noch die kleinen Vorteile, die auf Grund des Betriebsrätegesetzes entstehen, für die Arbeiter auszunutzen. Oehlmann und Frau Valtix übernahmen die traurige Rolle der Denunzianten. **Es wurde ein anonymer Brief** an Herrn Gluße geschrieben und die Arbeiter, nebenbei bemerkt noch **Schwerkriegsbeschädigter,** wurde auf die Straße geworfen. Der übrige Betriebsrat verfaßte und der Kollege mußte sich sein Recht anderweitig suchen. Die saubere Firma wurde beim **Gewerbegericht verklagt** und hier mußte zugegeben werden, daß **Ueberschur ohne jeden Grund entlassen** worden war. Herr Gluße erklärte, eingestellt würde der Mann nicht wieder, lieber würde die Firma bezahlen! Geld spielt ja keine Rolle, die **Proleten müssen es ja doch aufbringen!**

Herr Gluße bot sich sogar an, den Kollegen Ueberschur bei einer anderen Firma sofort wieder einzustellen und die Sache wurde dementsprechend geschoben. Herr Gluße zahlte und der Kollege Ueberschur wurde bei einer anderen Firma untergebracht. Würde **die Belegschaft aktiver** sein, würde vor allem das Gewerkschaftsverhältnis besser sein, dann würde man der Belegschaft nicht derartiges bieten können.

Wie es in dem Betrieb auf Grund der schlechten Organisationsverhältnisse aussieht, sollen noch kurz folgende Beispiele zeigen: Eines Tages trugen **drei Arbeiterinnen** Schokolade in die Ausgabestelle. Sie hatten einige Pralinen mitgenommen, um ihren hungrigen Magen etwas zu füllen. Die Kolleginnen, die einige Tage vorher für den Verband agitiert hatten, wurden von der Direktrice mit **Argusaugen beobachtet und sofort entlassen,** weil sie es **gewagt hatten,** während der Arbeitszeit Pralinen **zu lutschen.**

Es gab eine Zeit, wo Herr Gluße der Belegschaft zur **verbot, Frühstück einzukaufen.** Lange konnte er dieses Verbot aber nicht aufrechterhalten. In der Abteilung Eis spielt sich dieser Vorarbeiter auf, der nebenbei mit Tabak, Zigarren und Zigaretten handelt, obwohl bei Oehlers das Rauchen verboten ist. Einige ihm verhaßte Arbeiterinnen hat er solange gequält, bis sie freiwillig den Betrieb verließen. Bei anderen Mädchen kann er auch anders. Da wird stundenlang geplaudert in der Männerstube und die anderen Kolleginnen können dann mit ihrem Blech voll Form draußen vor der Tür warten.

Die schönste Abteilung ist wohl der **Klappersaal bei Herrn Ott.** Dieser gute Mann begrüßt frühmorgens um 6 Uhr die Proleten mit „Ochsen", „faulen Schweinen" usw. und treibt sie schimmer an als das Vieh. Es fehlt bloß noch, daß Herr Ott sich mit einer Peitsche bewaffnet. **Was früher in 9 Stunden gemacht wurde, muß jetzt in 8 Stunden genau so fertig werden.** In dieser Abteilung befindet sich auch die berühmte Valtix, die wohl täglich eine Kollegin beim Meister oder Direktor denunziert.

Selbst **Kriminalbeamte** hetzt Herr Gluße auf die Arbeiter und versucht ihnen ihre Ehre abzuschneiden. Eines Tages mußten drei Arbeiterinnen eine Ladung Rohmaterial am Güterbahnhof ausladen. Als sie die Tore öffneten, grinste ihnen der „Retter" entgegen. Ein Wizbold hatte den berühmten Mann mit Kreide an die Wand gemalt. Ein Lagerist von der Firma hatte nichts Eiligeres zu tun, als die drei Frauen bei der Firma zu denunzieren. Kriminalbeamte wurden in Bewegung gesetzt, um den drei Arbeiterinnen eventuell einen Prozeß wegen Hochverrats zu machen. Schließlich fand man einen anderen Grund: Einige Tage darauf wurde eine Ladung Zucker verladen. Die drei Arbeiterinnen waren dabei beschäftigt. Da aus einem Sack etwas Zucker herausgelaufen war, kehrten sie den Zucker zusammen und wollten ihn mit nach Hause nehmen. Der „Geheime" meldete das und **die Arbeiterinnen wurden auf die Straße geworfen.**

Für heute sollen diese Beispiele genügen. Die Belegschaft muß sich **aufraffen** und den Indifferentismus abwerfen, denn nur durch eine straffe Organisation können wir diese Spitzel und Denunzianten beseitigen.

Gegen die Grubenbarone — Für Enteignung der Betriebe!

Die kommunistische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Zu der Zeit, wo der Ohlauschuß des Preußischen Landtages auf seiner Besichtigungsreise durch die östlichen Grenzgebiete, das furchtbare Elend der oberschlesischen und der Waldenburger Berg- und Hüttenarbeiter sieht, geht durch die Presse die Meldung, daß die Grubenherren im Waldenburg-Neuroder Kohlenrevier am 5. Oktober **30 000 Bergarbeitern gekündigt** haben. Die Kündigung ist erfolgt, weil das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch gefällt hat, der den Bergarbeitern des Waldenburg-Neuroder Reviers auf ihre Hungerlöhne eine Zulage von 7 Prozent gewährt hat. Die Grubenherren weigern sich, den Schiedsspruch anzuerkennen. Sollte die Entlassung der 30 000 Berg- und Hüttenarbeiter zur Tatsache werden, so wird das schon bestehende Elend der Arbeiterschaft des Waldenburg-Neuroder Reviers ins unermeßliche gesteigert, Handel und Gewerbe werden schwere Schädigungen erfahren, die Gemeinden werden durch Steuerausfälle und soziale Hilfsmaßnahmen schwere Lasten zu tragen haben.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu beauftragen, zum Schutze der Berg- und Hüttenarbeiter, der Gemeinden und der gewerblichen Kreise im Waldenburg-Neuroder Kohlenrevier folgende Maßnahmen zu treffen:

1. **Auf die Reichsregierung schleunigst und nachdrücklichst einzuwirken, daß sie die Grubenherren des Waldenburg-Neuroder Reviers zur Anerkennung des Schiedsspruchs, zur Zahlung der Lohnerhöhung und zur Zurücknahme der Kündigungen veranlaßt.**
2. **Für den Fall, daß sich die Grubenherren weigern, den Schiedsspruch anzuerkennen und die Kündigungen zurückzunehmen, Vorsorge zu treffen, damit beim Eintritt der Betriebsstillegungen die Enteignung der Betriebe und ihre Weiterführung durch den Staat erfolgen kann.**
3. **Den Kreisen und Gemeinden des Waldenburg-Neuroder Gebiets ausreichende Mittel zuzuführen, damit sie für den Fall der Betriebsstillegungen die notwendigen Hilfsmaßnahmen — Erwerbslosenzuschüsse, Speisungen usw. — durchführen können.**

Lohnkampf bei der Weltfirma Räther in Zeitz

Bei der Firma Raether geht wieder einmal die berüchtigte Schere um, um an den **Akkordsätzen zu kürzen.** Vor kurzem wurde damit in der Schleiferei angefangen, aber die Geschlossenheit der Belegschaft, die sofort die Arbeit niederlegte, ließ die Absicht nicht zur Tat werden.

Heute, da nun kein Tarif besteht (Verhandlungen sind im Gange), stößt die Firma von neuem vor. Ohne die Belegschaft der Metallschleiferei zu informieren, hingen am Sonnabend neue Lohnsätze aus. Wiederum stand die Schleiferei still. Auch diesmal **standen die Stahlhelmer und Hirsch-Dunckerschen mit den freigewerkschaftlichen Metallarbeitern in einer Reihe.** Eine Kommission wurde bei dem Direktor Träger vorstellig. Doch dieser erklärte, die Akkordsätze könnten nicht wieder erhöht werden, da die Firma mit der Konkurrenz der Firma Reichstein-Brandenburg zu kämpfen habe. Die Verhandlungen scheiterten, und der Direktor, genannt „der scharfe Max", erschien nun selbst in der Schleiferei, um die Belegschaft zu provozieren. Er forderte alle auf, wenn sie sich nicht sofort an die Arbeit machten, nach Hause zu gehen. Die Kollegen erkannten das als Provokation und übten weiter passive Resistenz. Der Betriebsleiter Riek, ein getreuer Diener seines Herrn Direktors, teilte daraufhin mit, daß **zur nächsten Lohnperiode die neuen Lohnsätze in Kraft treten.** Die Kollegen werden fest zu ihren Forderungen stehen und sich nicht übertölpeln lassen.

Herrliche Zustände bei der Firma Speditions-Verein

Mittelelbische Hafen- und Lagerhaus-A.-G. Torgau

In dem genannten Hafenbetrieb ist mit sehr wenigen Ausnahmen die ganze Belegschaft im Deutschen Verkehrsbund organisiert. Es besteht daher auch ein Tarifvertrag. Die Firma versucht, **diesen Tarifvertrag auf alle mögliche Weise zu umgehen** und hat dazu allem Anschein nach einen besonderen Unterhändler. Auch in der vorigen Woche war der Unterhändler wieder in Tätigkeit getreten. Bei seinen Durchmärschen durch den ganzen Betrieb hielt der Adjutant öfter diesen und jenen Kollegen an, rief ihn in eine Ecke und fragte ihn, ob er am Sonntag Zeit hätte, dann sollte er doch kommen, um Krähne zu streichen. Ein Teil der gefragten Kollegen sagte zu, teils aus Mitleid, teils aus Angst. **Bezahlt wurde aber nur ein Viertel des tariflichen Prozentsatzes.**

Kollegen des Hafenbetriebs Torgau! Laßt Euch nicht von solchen Unterhändlern beeinflussen oder zum Tarifbrecher machen! Weist jede Sonntagsarbeit zurück und erkämpft Euch **Löhne, die auch bei achtstündiger täglicher Arbeitszeit ausreichen!** Daß einer von denen, die am Sonntag unter Tarif gearbeitet haben, sich als roter Frontkämpfer und „Klassenkampf"-Leser ausgeben kann, ist besonders bedauerlich.

Betrug am Lohn der Kesselwärter und Fabrikarbeiter bei den Riebeck-Montan-Werken

Grube Credner

Wie überall, so wird auch auf Grube Credner seit dem 1. Januar 1924 **zwölf Stunden** geschuftet. Wenn aber nun jemand glaubt, daß auch ein dementsprechender Lohn gezahlt würde, der irrt sich gewaltig. Vor kurzem machten die Fabrikarbeiter, Kesselwärter und Pumpenwärter die Betriebsführer darauf aufmerksam, daß laut Tarif dort wo 12 Stunden gearbeitet werden, auch zwölf Stunden bezahlt werden müssen. Doch blieb diese Forderung ohne Erfolg. Die einzelnen Zahlungen sind folgende:

				Lohnklassen
Kesselwärter	bei 12stündiger	Arbeitszeit	4,89 Mk.	E 6
Presser	„ „	„	4,96 „	E 5
Naß- und Trockendienst	„ „	„	4,89 „	E 6
Schleifer, Maschinenwärter	„ „	„	5,37 „	E 1
Pumpenwärter unter Tage	„ „	„	4,76 „	E 7

Für diese Bettelpfennige müssen wir **von früh 6 bis abends 6 Uhr und von 6 Uhr abends bis früh 6 Uhr** an unseren Maschinen bzw. Kesseln ohne Ablösung stehen. Da die Beschwerden beim Betriebsführer nicht zogen, gingen die Kollegen zum Betriebsrat. Der Betriebsrat verhandelte unter Anwesenheit eines Vertreters der Gewerkschaften außer anderen Punkten auch über diesen Tarifbruch. Nach vielem Hin und Her erhielt dann der Betriebsrat folgendes interessante Schriftstück, das uns durch den Betriebsrat vorgelesen wurde:

„An den Betriebsrat der Grube Credner!

Auf das Gesuch mehrerer Arbeiter im Kesselhaus und der Brikettfabrik um eine Entlohnung nach Tarif, bemerken wir folgendes:

Wie mit einzelnen Vertretern der Betriebe besprochen, ist die Eingruppierung in die betreffenden Klassen des Tarifvertrages überall richtig durchgeführt. Die Mehrzahl der betreffenden Arbeiterklassen wird sogar in einer höheren Gruppe entlohnt als ihnen tariflich zusteht. Im einzelnen ist das Bild folgendes:

	Soll entlohnt werden:	Werden entlohnt
Kesselwärter (mittl. Kesselhaus)	E 7	E 6
Presser	E 5	E 5
Naßdienst und Trockendienst	E 7	E 6
Handwerker	E 8	E 6
Schleifer und Maschinenwärter	E 5—E 4	E 1

Bei dieser Sachlage können wir nicht verstehen, wie die betreffenden Arbeiter glauben, im Lohn am schlechtesten zu stehen. Hinsichtlich der Pausen gilt der Schiedsspruch über das Arbeitszeitabkommen vom 29. Dezember 1924. Hiernach ist in durchgehenden Betrieben bei zwölfstündiger Schicht für Frühstück und Mittag je **eine halbe Stunde ununterbrochene Pause vorgesehen.** Bei den in Frage kommenden Arbeitsarten lassen sich diese halbstündigen Pausen durch Vertretung der einzelnen Arbeiter untereinander ohne weiteres durchführen, wie es überall in ähnlichen Betrieben erfolgt. Die Einzelheiten hierüber werden seitens des Betriebsführers geregelt werden. Wir sind also nicht in der Lage, Verbesserungen in der Entlohnung vorzunehmen. gez. Elbert."

Hieraus können die Kollegen schon sehen, wie mit uns umgesprungen wird. Weder Ablösungen noch Entschädigungen werden gezahlt. Es muß unbedingt durch den Betriebsrat gefordert werden, daß jeder einzelne Kollege zu seinem Recht kommt.

Es ist aber Pflicht, daß sich **jeder Kollege, ob jung oder alt, sofort in der freien Gewerkschaft organisiert,** damit er auch Vertretung hat, wenn er sein Recht fordert. Es ist eine ganz erbärmliche Frechheit, die Leute über zehn Stunden zu beschäftigen und keinen Pfennig Lohn mehr zu zahlen. Wenn die Herren von der Grubenverwaltung sich mal 12 Stunden hinstellen müßten in Hitze und Staub, was sie dann wohl zu den paar Pfennigen Lohn bei der jetzigen Teuerung sagen würden!

Achtung, Arbeiter vom Kraftwerk Zschornewitz!

Am Freitag, dem 16. Oktober, abends 6 Uhr, findet eine öffentliche Belegschaftsversammlung statt, die zu dem in unaufgeforderter Weise vorbindlich erklärten Hohnschiedsspruch Stellung nimmt, und in der über neue Verhandlungen vom Betriebsrat selbst in Berlin berichtet wird.

Seid restlos zur Stelle! Berichtet der Arbeiterschaft im Bezirk über Eure Maßnahmen sofort im „Klassenkampf".

Berichtigung

Die **Reichsbahndirektion Halle** sendet unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Richtigstellung ein:

Auf den Artikel „Ein Eisenbahner tötlich verunglückt", in Nr. 218, Beilage Seite 1 vom 3. Oktober 1925 Ihres Blattes erwidern wir, daß die Angaben über das Verhalten des Rangiermeisters unzutreffend sind.

Unwahr ist, daß der Rangiermeister die Bergung des Rangierers Günther durch die Worte verzögert hat: „Ach was, erst machen wir den Zug noch fertig". Der betreffende Beamte hat die ihm in den Mund gelegte Aeußerung nicht getan. Auch war zur besagten Zeit ein Zug nicht fertiggestellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Achtung, Parteigenossinnen und -genossen!

Am Freitag, dem 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" (Burgstraße) eine

Mitgliederversammlung

der Ortsgruppe Halle statt.

Tagesordnung:

1. Der Brief der Exekutive.
2. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung muß auch das letzte Mitglied der Partei zu dieser Versammlung erscheinen.

Mitgliedsbuch der Partei ist zur Kontrolle vorzulegen.

K.-L. Halle-Merseburg, Ortsgruppe Halle.

An alle Ortsgruppen der Partei!

Am Sonntag, dem 10. Oktober, finden folgende **Unterbezirkskonferenzen** statt:

in Falkenberg im „Gesellschaftshaus", vormittags 9 Uhr;
in Merseburg in der „Funkenburg" vormittags 10 Uhr;
in Eisleben im „Volkshaus", vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung:

1. Der Brief der Exekutive;
2. Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz;
3. Stellungnahme zur Kreis- und Provinzial-Landtagswahl;
4. Verschiedenes.

Die Ortsgruppen haben Anweisungen erhalten, auf welcher Grundlage die Wahl der Delegierten zur Unterbezirkskonferenz vorgenommen werden soll. Die Delegierten sind verpflichtet, das rückständige Material, wie Registrier-Fragebogen, Monatsabrechnungen usw., mitzubringen. Alle Ortsgruppen müssen durch ihre gewählten Delegierten auf diesen Unterbezirkskonferenzen vertreten sein. Außerdem können auch Genossen teilnehmen, die nicht Delegierte sind.

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Für die Unterbezirke Saalkreis, Weißenfels-Zeitz-Naumburg und Wittenberg-Bitterfeld-Delitzsch finden die Konferenzen am Sonntag, dem 25. Oktober, statt.

Zu den Provinziallandtagswahlen

Die „soziale Fürsorge" der Provinz

Mancher Wähler sagt: „Es genügt ja, wenn ich mein Wahlrecht zum Reichstag und Landtag ausgeübt habe." Er begründet diese Einstellung damit, daß die Kreis- und Provinzparlamente ja doch an die Beschlüsse und Gesetze gebunden sind und sich somit die Wahl erübrige. Wie liegen die Dinge? Wenn auch in der oben angeführten Begründung ein Teil Berechtigung steckt, so kommt es aber doch darauf an, die Gesetze und Beschlüsse zur Anwendung und Durchführung zu bringen. Für heute sei das Kapitel **soziale Fürsorge,** welches für die werktätige Bevölkerung gewiß von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung ist, ein Grund kritischer Betrachtungen vom Standpunkt der klassenbewußten Arbeiterschaft aus.

Die kapitalistische Gesellschaft stößt rücksichtslos und brutal die Arbeiterklasse in das äußerste Elend. In **Provinzheimen** sind zu einem Teil die Opfer dieser rohesten Ausbeutung untergebracht. Man mag anfangen, einen Blick ins Jugendheim oder auch ins Altersheim zu werfen — überall ergibt sich dasselbe Bild. Hier seien einige konkrete Tatsachen angeführt. Zunächst zum **Kriegshinterbliebenenheim in Annaburg.** Obwohl ich zugeben muß, daß sich der dortige Pfleger Mühe gibt, den kleinen Kindern den Aufenthalt in dem Heim so erträglich wie möglich zu machen, so muß ich doch immer an den Ausspruch einer kleinen Zeitzerin denken, die auf eine Frage meinerseits, wie es ihr gefiele, antwortete: „Mir geht es im Essen und Schlafen besser als zu Hause, aber es fehlt meine Mutter." So geht man also mit Proletenkindern um, deren Vater im Kriege sein Leben für das Großkapital lassen mußte, und deren Mutter der schweren Fabrikarbeit während des Krieges erlag.

Sehen wir uns die Opfer in der **Osterburger „Erziehungsanstalt"** an. In ihr befinden sich Zöglinge männlichen und weiblichen Geschlechts. Gewöhnlich werden sie im Laufe der Zeit von der „Erziehungsanstalt" in private „Erziehung" gegeben. Wenngleich sich auch durch die fortwährende Kritik der Kommunisten in dieser Beziehung etwas gebessert hat, so geschieht es doch auch noch heute in nicht wenigen Fällen, daß die Zöglinge Leuten in die Hände gegeben werden, von denen sie nur als **Ausbeutungsobjekte** angesehen werden. Die Feder sträubt sich, das Elend wiederzugeben, welches ich in **Uchtspringe** gesehen habe. Durch Unterernährung und grenzenlose Not zur Verzweiflung getrieben, verbringen die Insassen ihr Leben entweder völlig teilnahmslos oder in kaum mit anzusehenden Tobsuchtsanfällen.

Ein weiteres Zeichen, wie die „Fürsorge" in Wirklichkeit aussieht, ist das **Kinderheim in Wilhelmshof.** In diesem Heim sind tuberkulose und andere kranke Kinder zu acht- bis zehnwöchigen Kuren untergebracht. Zwar erholen sich in diesem Heim die Kinder für den Augenblick, aber von einer Heilung für die Dauer kann keine Rede sein.

Ein besonderes Kapitel ist das **„Arbeitshaus" in Groß-Salze.** Alle Insassen sind typische Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Aus dem Gespräch mit einem Insassen dieses Arbeitshauses stellte ich fest, daß er sechs Monate arbeitslos gewesen war und sich daher ein kleines Eigentumsvergehen hatte zuschulden kommen lassen. **Die Arbeitsverhältnisse in der Anstalt spotten jeder Beschreibung.** Jeder Insasse hat sein Pensum zu erledigen. Schafft er dieses Pensum nicht, dann „hilft" man nach. Der strenge Unteroffizier, der in seinem ganzen Leben noch keine produktive Arbeit geleistet hat, ist Alleinherrscher im „Arbeitshaus". Ich traute meinen Ohren nicht, als ich in der Mattenmacherei einen Mann antraf, der bereits über achtzig Jahre alt war und noch immer in den elenden stinkigen Räumen für das bischen Essen und ein paar Pfennige arbeitete. Wenn Ihr Wähler einmal in diese Bude hineinsehen könntet, dann würden Euch bestimmt verschiedene Gedanken kommen. Neben dieser „Korrektionsanstalt" befindet sich ein **Alters- und Siechenheim.** Dort sind zum größten Teil die Inflationsopfer untergebracht. Verärgert und abgestumpft, jeder Teilnahme bar, leben sie in diesen Räumen. Erst nach diesem Drängen geht man jetzt dazu über, die Anstalt aus einer Kaserne wirklich zu einem Heim für die alten Leute zu machen.

Wähler des werktätigen Volkes, merkt Euch, daß Ihr wählen müßt, um dieses Elend nach Möglichkeit zu lindern. Es ganz zu beseitigen, dazu langt allerdings der Stimmzettel nicht. **Schon im vergangenen Provinziallandtag beantragten wir Kommunisten, ein modernes Heim für Siechs zu bauen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.** Im Gegenteil machte man Verträge mit der **Pfeifferschen Anstalt,** um die Leute dort unterzubringen. Auf diese Weise versucht man **auch noch aus diesen Opfern Profite herauszuschinden.** Die Wählen zu den Provinzial- und Kreistagen müssen ein Bekenntnis der klassenbewußten Arbeiter gegen dieses System werden. **Am 29. November muß jeder seine Stimme für die kommunistische Liste abgeben!**

A. Holzweißig.

Die Polizei schreitet nicht gegen einen Schwindler ein

Er schröpft ja nur Proleten

Uns wird geschrieben:

Seit Wochen treibt ein Schwindler namens Richard Konne, Schwemme 2, Hof 1 Treppe, in der Stadt sein Unwesen. Er redet leichtgläubigen Leuten vor, daß sie bei ihm billig Möbel aller Art gegen Abzahlung kaufen können. Auch macht er Wohnungsmangelnden Versprechungen, ihnen eine Wohnung zu beschaffen, wobei er, um mehr Glaubwürdigkeit zu gewinnen, eine Wohnungsbescheinigung vorlegt, die zwar echt, doch durch Schwindel erworben ist, denn tatsächlich ist er nicht im Besitze einer leeren Wohnung. In beiden Fällen seiner Schwindeleien läßt er sich Anzahlungen machen. So hat er unter anderem eine Frau um ihr letztes Geld gebracht. Nachdem dieselbe vom Hausvirt erfahren hatte, daß sie nicht die erste ist, die sich betrogen fühlt, begab sie sich zur Kriminalpolizei und erstattete Anzeige. **Jedoch denkt diese nicht im geringsten daran, diesen Arme-Leute-Betrüger festzunehmen.** Zu ihrer Entschuldigung gibt sie an, nicht mehr **der „geringen" Summe** (es handelt sich um 22 Mark) zur Verhaftung schreiten zu können, **obwohl zirka 20 Fälle ihr schon bekannt sind.**

Soll denn erst die ganze Stadt von diesem Betrüger betrogen werden, ehe zur Festnahme geschritten werden kann? Im Interesse der allgemeinen Sicherheit, wofür die hallische Kriminalpolizei anscheinend kein Verständnis besitzt, sei nicht nur vor dem Schwindler gewarnt, ich bitte auch alle Geschädigten, die noch keine Anzeige erstattet haben, dieselbe sofort zu machen.

Gleichfalls möchte ich in der Stadt auf die Kinder dieses Schwindlers hinweisen — es handelt sich um ein 5- bis 6jähriges Mädchen und einen 13- bis 14jährigen Knaben —, die vom Vater in seinem „Berufe" angehalten werden. So muß der Knabe die Geschädigten aufsuchen, sie von einem zum andern Tage vertrösten, und das Mädchen steht „Schmiere", daß, wenn jemand kommt, der saubere Vater rechtzeitig verduften kann. Man möge sich fragen, **was aus diesen Kindern werden wird, wenn hier nicht rechtzeitig eingegriffen wird?**

Am Sonntag

vormittags 10 Uhr, findet im großen Saale des „Volkspark" als Schlußkundgebung des IX. Verbandskongresses der Komm. Jugend Deutschlands ein aus politisch-satirischen Aufführungen bestehender

Roter Rummel

statt, den Berliner Jugendgenossen veranstalten und der in Berlin und anderen Orten mit großem Erfolg aufgeführt wurde. Das hallische Proletariat erscheint in Massen zu dieser Veranstaltung

im Volkspark

Die „Allgemeine Zeitung" macht sich dreckig

Mit welcher Unverfrorenheit die „Allgemeine Zeitung" zugibt, daß ihre Freunde Arbeiter mißhandeln, geht aus einem Bericht von gestern hervor. Dort heißt es:

„. . . Der Fremde war stinker. Er packte im Nu die beiden Strolche an der Brust und rannte sie mit den Köpfen zusammen, daß es nur so krachte. Mit Jiu-Jitsugriff warf er sodann den einen der Kerle gegen einen Holzkasten, der der Straßenreinigung zur Aufbewahrung von Sand dient. Gleichzeitig erhielt der zweite einen Fußtritt in die Hinterfront, daß er in die Gegend des Mühlbergs flog. Der Fremde klopfte dann in aller Ruhe seinen Anzug ab: „Mit den Kerls habe ich mich dreckig gemacht" und ging zur Elektrischen, um zur Bahn zu fahren, während die Frontkämpfer sich mühsam wieder aufrafften."

Hätten rote Frontkämpfer einen Stahlhelmer oder vielleicht den Schmierfinken aus der „Allgemeinen Zeitung" so zugerichtet, dann würde das Geschrei über die diesen Schwerverletzten von neuem losgehen. Vielleicht befaßt sich die Polizei nun einmal damit, den jiujitsugewandten Herrn, der ein Fleischer aus Naumburg sein soll und dessen Namen die „AZ." sicher kennt, festzustellen. Aber die Polizei des Herrn Oexle, die nur lauwarme Berichte abfassen kann, will sich wohl mit solchen „Kleinigkeiten" nicht „dreckig" machen, wie es im Leopold-Schlächter-Jargon heißt.

Sie hat ja auch noch aus der Vergangenheit her viel zu tun. So muß sie zum Beispiel noch die Säure-Attentäter vom 1. Mai suchen, von denen der Duesterbergsche Schwindelbericht allerdings keine Silbe erwähnt.

Wie wir an anderer Stelle bekanntgeben, hat übrigens Regierungspräsident Grützner Strafantrag gegen Duesterberg gestellt.

Eine unverschämte Schikane eines Fahrdienstleiters

Vom Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Zeitz, wird uns zu seiner Fahrt zum Jungs-Spartakus-Tag in Halle geschrieben:

Eine große Frechheit leistete sich ein Fahrdienstleiter von Weißenfels. Wir waren, von Zeitz kommend, in Weißenfels ausgestiegen. Diesem Herrn hatten es wahrscheinlich unsere Pioniertücher und unsere rote Fahne angetan. Daher versuchte er, uns eins auszuwischen. Der Zug nach Halle war eingefahren, und wir wollten einsteigen. In den hinteren Wagen des Zuges war kein Platz mehr. Schon kam ein Schaffner und schickte uns nach vorn. Wir mußten aber erleben, daß es gar nicht möglich war, vorn einzusteigen.

Wir gingen nun wieder zurück und hatten einen Wagen gefunden, wo wir uns hineindrücken konnten. Einige Kinder waren schon auf den Stufen, da plötzlich fuhr der Zug fort. Mit Mühe konnte der Leiter zwei Kinder fassen, sonst wären sie unter die Räder gekommen und vom fahrenden Zuge zermalmt worden.

Dem Fahrdienstleiter kommt es wahrscheinlich auf ein paar Menschenleben weniger nicht an. Wir mußten feststellen, daß der größte Teil der Wagentüren noch auffstand. Dennoch hat er einen großen Dienstfehler begangen. Er hat sich überhaupt nicht überzeugt, ob der Zug in Ordnung war. Wir werden uns natürlich an einer anderen Stelle mit diesem Herrn befassen.

Unsere Genossen ließen sich aber das nicht verdrießen. Kaum waren wir in einen anderen Zug eingestiegen, da ertönten gleich unsere Kampflieder hinaus auf den Bahnsteig. Mit Freuden konnten wir feststellen, daß vollgefressene Spießer auf dem Bahnsteig grün wurden vor Aerger, weil unser Zug nicht gleich abfuhr. Wir werden uns natürlich durch solche Schikanen nicht einschüchtern lassen und werden Seite an Seite mit unseren älteren Genossen in der Kommunistischen Jugend und Partei kämpfen, bis wir andere Zustände geschaffen haben, bei denen wir solche Elemente für immer unschädlich machen können.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe [illegible]

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Besucht die Versammlungen, in denen die mitteldeutschen Delegierten den Bericht über Rußland geben:

Mit dem Thema:

Was haben wir in Rußland gehört und gesehen?

findet am Sonnabend, dem 17. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" zu Können eine **Rußlandbericht-Versammlung** statt.

Referent: Kollege Lüttich.

Auch der Letzte muß in dieser Versammlung erscheinen. Hört die Wahrheit über Sowjet-Rußland!

Einheitskomitee für die Rußland-Delegation
für den Bezirk Halle-Merseburg.

* **Berichtigung.** Der Stahlhelmer Karl Kummer, der in der Gommergasse eine rote Fahne heruntergerissen hat, wohnt nicht Gommergasse Nr. 5, sondern Nr. 10.

* **Achtung, Invaliden!** Unser Kartoffelverkauf findet Freitag, den 16. Oktober, von früh 8 Uhr an auf dem Güterbahnhof statt. Säcke und Geld sind mitzubringen.

Zentralverband der Invaliden, Witwen und Waisen, Ortsgr. Halle.

* **JAG. Der Erich Weinert-Abend** findet nicht am 16. Oktober, sondern am Dienstag, dem 3. November, bestimmt statt. Karten haben ihre Gültigkeit.

Der Arbeiterklasse eigene Sender und Sendergesellschaften!

Ein Brief des Staatssekretärs Bredow an den AMR.

Die Leitung des **Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands** war sich von Anfang an darüber klar, daß sie ihre Aufgabe der Ausnutzung des Rundfunks nur **in engster Gemeinschaft mit allen proletarischen Organisationen** lösen kann. **Das Programm der Rundfunkgesellschaft ist — wie schon oft von uns betont — das Programm der zusammenbrechenden bürgerlichen Kultur.** Jeder Versuch, die Kultur der Arbeiter durch den Rundfunksender zu verbreiten, wird ganz unmöglich oder sehr stark beschränkt. So hat in diesem Sommer die Oberpostdirektion in **Frankfurt a. M.** den Vertrag, den sie mit der Leitung der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade abgeschlossen hatte, um propagandistisch vor und während dieser Arbeiter-Olympiade zu wirken, gebrochen und sich geweigert, Bekanntmachungen durch den Rundfunk zu geben mit dem Vorwand, daß die 1. Arbeiter-Olympiade eine **„Parteisache"** sei. Man versucht organisatorisch mit staatlichen Machtmitteln die gesamte Arbeiterkulturbewegung unmöglich zu machen.

Am 6. September, während die Eisenbahnerschaft in Lohnverhandlungen stand, benutzte der Eisenbahndirektor Homberger den Rundfunk, um die Oeffentlichkeit gegen die Lohnforderungen der Eisenbahner mobil zu machen. Ebenso wurde vor einiger Zeit der Rundfunk zugunsten der Regierungspolitik zu einem Vortrag für Steuern und Zölle benutzt. Das darf sich die Arbeiterschaft nicht länger gefallen lassen.

Viel schlimmer und krasser in der Auswirkung jedoch ist die Beeinflussung, die im Radiowesen auf Herz und Hirn der Proletariermassen täglich und stündlich durch die bürgerliche Ideologie, Liedertexte und Musik losgelassen wird und besonders in der heranwachsenden proletarischen Jugend ihre starken Spuren hinterlassen soll.

Ueber ein Jahr kämpft die junge proletarische Organisation, der Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands, um die behördliche Anerkennung durch das Reichspostministerium. Geheim gefaßte Beschlüsse der bürgerlichen Radioklubs haben die Anerkennung bisher hintertrieben, und das deutsche Funkkartell tat alles, um den Einfluß der Arbeiterkreise im Rundfunk systematisch zu unterbinden.

Dem 1. Vorsitzenden des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands, e. V., Berlin O 54, Petersburger Straße 39, ging folgender Brief zu:

„Im Zusammenhang mit dem gleichzeitig abgehenden amtlichen Schreiben teile ich Ihnen mit, daß vom 1. September die bisher vorgesehene Stempelung von Rundfunkempfängern sowie die Ablegung einer Prüfung aufgehoben ist. Es ist also jeder berechtigt, sich einen Empfangsapparat — gleichviel welcher Ausführung — selbst zu bauen. Damit fällt auch in Verbindung mit der Audien-Versuchserlaubnis der Begriff „Anerkannter Verein" fort. Gleichzeitig wird die Frage der Versuchssender neu geregelt, die sehr schwierig ist, da man auf der einen Seite die Anzahl der Vereine nicht beschränken kann und auf der anderen Seite die Zahl der Sender nichts ins Ungemessene wachsen lassen möchte. **Jedenfalls können Sie sicher darauf rechnen, daß der Arbeiter-Radio-Klub einen oder mehrere Sender bekommt.** Die Bedingungen werden jetzt ausgearbeitet.

Wie Ihnen bekannt sein wird, hat kürzlich im Reichstag ein **Vertreter der Kommunistischen Partei erwähnt, daß der jetzige Rundfunk nicht genügend auf die Psyche des Arbeiters Rücksicht nimmt und in Verbindung damit verlangt, daß die Arbeiter-Radio-Klubs mit eigenen Sendern einen eigenen Rundfunk verbreiten.** Dieser Gedanke ist durchaus verständlich und naheliegend, aber seiner Verwirklichung stehen eine Reihe technischer und anderer Schwierigkeiten gegenüber. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Programme besonders der Arbeiterbevölkerung etwas bieten sollen und habe z. B. in Frankfurt, gelegentlich der Eröffnung der dortigen Funk-Hochschule, angeregt, besondere Vorträge für die werktätige Bevölkerung einzurichten und diese nicht durch Akademiker, sondern durch tüchtige Praktiker aus den in Frage kommenden Kreisen und Berufen halten zu lassen. Ich glaube, daß dieser Gedanke überall durchgeführt werden muß, und daß besondere Stunden für Programme vorbehalten werden müssen, die den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechen.

In Kürze wird die Reichsregierung gemeinschaftlich mit den Länderregierungen den Rundfunkgesellschaften einen **Kulturbeirat** beigeben, der beratzige Dinge zu entscheiden haben wird. Bei diesem Kulturbeirat würden dann die Vertreter der Arbeiterkreise und die Arbeiter-Radio-Klubs ihre Programm-Wünsche durchzusetzen haben."

gez.: Dr. Bredow.

Sogar die Punkte dieses Briefes werden jedoch durch Gesetzgebung, durch den Druck der bürgerlichen Radio-Klubs und der Industrie zunichte gemacht werden, wenn nicht alle proletarischen Kräfte möglichst straff zusammengefaßt ihre Kräfte einsetzen, um zu erkämpfen, was heute, da das Funkrecht nicht in Paragraphen gezwängt ist, noch leichter zu erringen sein wird. Parlamentarisch muß von den proletarischen Organisationen dahin gewirkt werden, dem neuen Telegraphengesetz den Charakter zu geben, der ihm nur eigen sein dürfte: **Dem arbeitenden Volke!**

Eine andere wichtige Aufgabe ergibt sich für alle proletarischen Organisationen, die Arbeiter-Radio-Bewegung nicht als einzelne Organisation anzusehen, sondern zur Sache der Gesamtarbeiterklasse zu machen. Gewerkschafter, Parteimitglieder, Kultur-, Sport- und Naturfreunde, die Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung ist in dem jetzigen Moment **dringender als je!**

Ueberall muß die Stimme der Werktätigen sich erheben, um zu verhindern, daß der Rundfunk zu einem Monopol der bürgerlichen Klasse wird und in seiner Tendenz sich gegen die Masse des werktätigen Volkes richtet. Darum muß das Proletariat sich eigene Rundfunksender errichten! Dies wird in Gemeinschaft mit der proletarischen Funkhörerorganisation, des Arbeiter-Radio-Klubs, den Gewerkschaften und Arbeiter-Bildungsinstituten erfolgen müssen.

Theater und Konzerte

Hans J. Rehfisch, der Dichter der Komödie „Nickel und die 36 Gerechten", die am kommenden Sonntag im Stadttheater zur Uraufführung gelangt, ist zu den Proben eingetroffen und wird auch der Uraufführung am Sonntag beiwohnen. Eine große Anzahl Berliner Zeitungen wird durch eigene Berichterstatter vertreten sein, so daß ein besonders interessanter Theaterabend zu erwarten ist.

Richard Strauß' „Intermezzo". Die Proben zu der am 20. Oktober stattfindenden Erstaufführung des „Intermezzo" unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band und szenischer Leitung des Oberspielleiters Aug. W. Kessler sind in vollem Gange. Selten dürfte eine Inszenierung solche künstlerischen wie technischen Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Volksbühne. Die nächsten Spieltage: Für Spielgemeinde A am 17. und B am 24. Oktober „Das Glöckchen des Eremiten", für Gemeinde C am 16. Oktober „Nickel und die 36 Gerechten" (Uraufführung), für Gemeinde J am 26. Oktober „Tannhäuser". Anfang 7 Uhr. Für Gemeinde D und E wird der Spieltag noch bekanntgegeben. Für das zweite Sinfoniekonzert am 25. Oktober ist die zweite Rate zu zahlen. Für das 1. Gastspiel des Mitteldeutschen Landestheaters am 17. Oktober, abends 7½ Uhr, im Thalia-Theater sind noch Karten zu 1 Mk. in der Geschäftsstelle erhältlich. Zu der Vorstellung „Die Masjadere" am 21. Oktober werden für unsere Mitglieder zu den bekannten Vorzugspreisen Karten abgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0006

Schützen-Manöver

In der Gegend von Teuchern machten die Schützenvereine aus der Umgegend „Manöver". Das Unternehmen endete mit einer endlosen Sauerei der nationalen Schützenbrüder, die erst andern mittags torkelnd nach Hause zogen.

Laßt, Leser, Euch vermelden,
Was in Teuchern kürzlich passiert.
Als die Schützenbrüderhelden
Eines Sonntags manövriert.

Ihr Plan war: Angriff auf Teuchern
Ihr Ziel: Eroberung der Stadt,
Das „rote Pack" auszurüchern,
Das dort die Mehrheit hat.

Doch hatten sie bald vergessen
Ihren strategischen Plan.
Das Ende war Saufen und Fressen —
Sonst hat man nichts getan.

Man stolperte durch die Fluren
Eine Stunde in Sehnsucht nach Bier,
Grog, Kognakrunden und Huren,
Nach Pokern und Siebzehn und Vier.

Dies haben die Schützen betrieben
Bis zum Rachhausegehn.
Von Sonntag abend um sieben
Bis Montag morgen um zehn.

Die letzten hat man getroffen
So nachmittags um vier,
Sternhagelweiterbesoffen,
Und immer noch schrien sie nach Bier.

Die größte Schützenkanone.
Die fand man auf dem Mist,
Zusammen mit seinem Sohne,
Von Hunden angepißt.

Als jemand „Pfui" meinte,
„Schämst Du Dich nicht, Du Schwein?"
Da rief er: „Hoch der vereinte
Zeitz-Teucherner Schützenverein!"

Stichlinskst.

Roter Tag in Riesa i. Sa.

Reichsbanner-Arbeiter treten ein in die rote Front

Am Sonntag fand in Riesa i. Sa. ein **Roter Tag** statt. Eingeleitet wurde dieser Tag am Sonnabend mit einem Fackelzug, der eine gute Beteiligung aufwies. Sehr interessant war es, als der eindrucksvolle Zug das Lauchhammerwerk passierte. Sofort waren alle Fenster mit Nachtschichtarbeitern besetzt, die den Zug mit kräftigen „Rot-Front"-Rufen begrüßten.

Schon in den frühen Vormittagsstunden des Sonntags kamen Delegationen aus allen Himmelsrichtungen teils zu Fuß, teils mit der Bahn. Mittags ½1 Uhr kamen dann aus allen Ecken der Stadt teils starke Kolonnen mit roten Fahnen nach dem Sammelplatz. Hier wurde ein Demonstrationszug formiert, der sich kurz nach 1 Uhr in Bewegung setzte. An dem Zuge beteiligten sich 1000 Mann, größtenteils uniformierte rote Frontkämpfer. Weiter beteiligte sich eine große Anzahl Frauen und Mädchen mit roten Kopftüchern an dem roten Aufmarsch. 26 Fahnen, darunter zwei russische, wurden mitgeführt. In guter Ordnung ging es durch die Straßen. Die Einwohner legten für den Zug großes Interesse an den Tag. Auf den Bürgersteigen und an allen Ecken standen die Einwohner, so daß die Gesamtteilnehmerzahl auf etwa 3000 anstieg.

Auf dem Albert-Platz nahmen alle Teilnehmer Aufstellung. Dortselbst wurden Ansprachen von Vertretern der KPD. und der Gauleitung des RFB. gehalten. Nach den Ansprachen vollzog sich etwas, was wohl so manchem beinahe Tränen in die Augen brachte:

Ein Reichsbanner-Kamerad ergriff das Wort und erklärte, daß auch die Reichsbanner-Arbeiter scharfe Gegner der Reaktion seien. Er und einige seiner Kameraden sähen ein, daß die Reaktion nur durch eine geschlossene rote Front zu bezwingen sei. Er schwur durch Händedruck, von jetzt an mit in der roten Front zu kämpfen.

Bei der Verbrüderung waren auch verschiedene Photographen anwesend, die diesen eindrucksvollen Akt im Bild festhielten.

Darauf formierte sich von neuem ein gewaltiger Zug, voran ein roter Frontkämpfer zu Pferde. Als erste marschierten die acht übergetretenen Reichsbanner-Kameraden. Ihnen folgte eine starke Frontkämpferkapelle aus Leipzig. Außerdem waren zwei starke Spielmannszüge anwesend. Der Zug marschierte nach dem nahegelegenen Gröda. Nach etwa 2½stündigem Marsche löste sich der Zug auf. Zu Störungen kam es nicht, obwohl zu gleicher Zeit der Riesaer Kavallerieverein sein 25jähriges Jubiläum beging. Diese „Helden" verschoben ihren Umzug um eine Stunde. Die Polizei war eifrig bemüht, die Straßen freizuhalten.

Der Rote Tag in Riesa war zweifellos ein Auftakt für die Arbeiterbewegung und bildete für manchen den Ansporn, die rote Front vergrößern zu helfen. Zu bemerken ist noch, daß gerade hier das Reichsbanner und die Sozialdemokratie vorherrschend sind. Aber eins steht fest: In der Stadt Riesa wird auch diese Gruppe bald ausgedient haben. Dafür gibt die Gewähr die Verbrüderungsszene. Das klassenbewußte Proletariat reiht sich ein in die rote Front.

---

* **Achtung, Quartiergeber für den JGB.-Tag!** Die Genossin Gertrud Müller, Berlin, hat in ihrem Quartier einen Koffer liegengelassen, da sie sofort nach der Bahn mußte. Wir ersuchen den Genossen, wo die Genossin G. M. geschlafen hat, seine Adresse in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 4, oder den Koffer daselbst abzugeben.

* **Wiebachs Schuhwarenhaus darf laut Polizeiverbot Luftballons nicht verschenken.**

Ammendorf

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr: Funktionärsitzung. Die Funktionäre treffen sich um 8 Uhr im „Burgschlößchen".

Aus der Jugendbewegung

Quartiere

Es fehlen noch eine Anzahl Quartiere zum Verbandskongreß. Alle diejenigen, welche sich noch nicht in die Quartierlisten eingetragen haben, aber zugesagt haben, müssen sich die Genossen selbst vom „Volkspart" abholen und werden gebeten, sich im Laufe des Tages bis abends 10 Uhr dortselbst zu melden.

Bezirksleitung der KJVD. Halle-Merseburg.

*

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Donnerstag, nach Arbeitsschluß sofort nach dem „Volkspark" kommen. Melden im Rauchzimmer.

Abends im „Volkspark" Eröffnung des Reichskongresses. Jeder Genosse hat unbedingt zu erscheinen, da die Delegierten in die Quartiere gebracht werden müssen.

Freitag und Sonnabend abend, während der Tagung des Reichskongresses, müssen die Genossen ebenfalls erscheinen. Arbeitslose müssen sich jeden Vormittag 8 Uhr im „Volkspark" einfinden.

*

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Ammendorf

Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Post" eine sehr wichtige **Mitgliederversammlung** statt. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, hat jedes Mitglied pünktlich zu erscheinen.

Das uneheliche Kind in Deutschland

Von Martha Arendsee

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt vorgelegt. Die geächtete Stellung, die das uneheliche Kind und die uneheliche Mutter in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen, ist ein Zeichen für die tiefstehende Moral dieser Gesellschaft. Die verstorbene Zentrumsabgeordnete Frau Dransfeld hat noch im vorigen Jahr anläßlich einer Debatte über die Beamtinnen als uneheliche Mütter wörtlich erklärt:

„Es muß das Volksempfinden erhalten bleiben, das in der unehelichen Mutterschaft einen Makel sieht."

In diesem Sinne verfahren diese Leute denn auch bei ihrer „Fürsorge" in den Jugend- und Wohlfahrtsämtern, die sie heute mit Hilfe der Sozialdemokratie durch ihre Pfaffen und Wohlfahrtsdamen beherrschen.

Es sind ja in den meisten Fällen **Proletarierinnen**, die die Leiden der unehelichen Mutterschaft erdulden müssen. Ist der Vater Proletarier, so sind es in den meisten Fällen wirtschaftliche Schwierigkeiten, die bei Eintritt der Schwangerschaft eine Eheschließung verhindern: **Wohnungselend, Fehlen des Hausrats, Erwerbslosigkeit.** Dazu kommt das **Eheverbot für die Schupo und Reichswehr**, das keine geringe Zahl unehelicher Mütter zur Folge hat.

Anders liegen aber meist die Verhältnisse, wenn der Vater ein Bourgeois oder gar Arbeitgeber ist. Durch Versprechungen oder unter Mißbrauch des Dranges einer jungen Proletarierin, nur einmal an den Herrlichkeiten teilzunehmen, die die heutige Gesellschaft den Besitzenden bietet, macht er das Mädchen sich gefügig, um es dann seinem Schicksal zu überlassen.

Die heutige Gesetzgebung ist dazu da, diesen Vater aus der Bourgeoisie zu schützen, nicht aber sein Kind und die Mutter, und so soll es auch bleiben.

Nach Artikel 121 der Verfassung sollen den unehelichen Kindern durch Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung geschaffen werden, wie den ehelichen Kindern. Der neue Gesetzentwurf lehrt das Gegenteil.

Die uneheliche Mutter hat nach wie vor das Recht und die Pflicht, für das Kind zu sorgen,

zur Vertretung des Kindes ist sie wie bisher nicht berechtigt.

Die elterliche Gewalt kann der Mutter oder auch dem Vater auf Antrag vom Vormundschaftsgericht verliehen werden. Nach dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz führen die Jugendämter die Vormundschaft über die unehelichen Kinder von Amts wegen aus. Der Anspruch der Mutter an den Vater besteht auf Ersatz der Kosten der Entbindung und der Kosten des Unterhalts für 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung und falls infolge Schwangerschaft oder Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden. Bisher brauchte nur der Unterhalt für 6 Wochen gezahlt zu werden.

Die Stadt Berlin hat den gewöhnlichen Betrag, den eine Mutter ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Kosten bisher verlangen konnte, auf 124 Mark festgelegt: 40 Mark für Entbindung und 84 Mark für 6 Wochen Unterhalt. Außerdem ist neu aufgenommen ein Anspruch der Mutter, den Ersatz eines Vermögensschadens infolge Schwangerschaft oder Entbindung zu fordern, „soweit Vermögens-, Erwerbsverhältnisse und Billigkeit des Vaters und der Mutter den Anspruch rechtfertigen (!)".

Die Bestimmungen über die Vaterschaft waren bisher so, daß bei Schaffung eines Zeugen, der angab, in der fraglichen Zeit mit der Mutter ebenfalls Geschlechtsverkehr gehabt zu haben, eine Unterhaltspflicht für keinen bestand. Nach dem neuen Gesetz soll folgende Regelung eintreten:

1. die Anerkennung der Vaterschaft durch den Betreffenden besitzt und durch rechtskräftige Entscheidung des Vormundschaftsgerichts;
2. bei Ungewißheit der Vaterschaft, weil mehrere mit der Mutter in der fraglichen Zeit geschlechtlich verkehrt haben, tritt Unterhaltspflicht ohne Anerkennung der Vaterschaft ein. Mehrere verpflichtete Männer haften als Gesamtschuldner.

Eine anerkannte Vaterschaft kann angefochten werden, wenn sich herausstellt, daß die Mutter in der Empfängniszeit auch noch mit anderen verkehrt hat.

An der Unterhaltspflicht soll auch grundsätzlich nichts geändert werden, sie soll weiter nur bis zum 16. Lebensjahr gehen. Das Maß des Unterhalts soll sich wie bisher nach der Lebensstellung der Mutter richten. Zugunsten des Kindes sollen auch die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse des Vaters in Betracht gezogen werden, „soweit dies im Hinblick auf seine sonstigen Unterhaltsverpflichtungen, bei angemessener Berücksichtigung seiner übrigen Verbindlichkeiten der Billigkeit entspricht." Neu aufgenommen ist eine Haftung der Eltern des Vaters. Bisher können die Eltern eines Sprößlings aus reichem Hause, der selbst kein Einkommen hat, nicht zur Zahlung verpflichtet werden. In vielen Fällen sind Hausangestellte als Opfer solcher Herren mit ihren Kindern ohne jede Unterstützung geblieben.

Beibehalten soll werden das Recht des Vaters, sich seiner Verpflichtung durch Zahlung einer Abfindungssumme für das Kind zu entledigen. Durch dieses System sind viele uneheliche Mütter mit ihren Kindern betrogen worden, besonders in den Zeiten der Inflation. Nach dem neuen Gesetzentwurf soll in diesen Fällen das Kind bis zum 16. Lebensjahr eine Zusatzrente bis zur Höhe des „notdürftigen Unterhalts" verlangen können. Ueber den Anspruch entscheidet das Vormundschaftsgericht. Auch für ihn ist wieder Kapitalabfindung möglich.

Nicht anerkannt ist das

Erbrecht des unehelichen Kindes,

denn damit würde ja die „Heiligkeit der bürgerlichen Familie" in Gefahr kommen. Das uneheliche Kind soll nach dem Tode des Vaters lediglich einen Anspruch auf Unterhalt an den Erben haben, wie vorher gegenüber dem Vater. Die Erben können das uneheliche Kind mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes mit dem Betrag abfinden, der dem Kinde als Pflichteil gebühren würde, wenn es ehelich wäre.

Daß nach alledem auch weiter das uneheliche Kind den Familiennamen der Mutter trägt, sei nur noch erwähnt.

Das Gesetz paßt so ganz in den Rahmen der Hindenburg-Republik hinein. Der Besitz muß geschont werden, mag das Kind zugrunde gehen. Ist schon die Lage des Proletarierkindes im allgemeinen traurig, so die des unehelichen Kindes im besonderen. Das tritt besonders bei der Säuglingssterblichkeit in Erscheinung:

	ehelich	unehelich
1915	13,9 Prozent	22,1 Prozent
1923	12 Prozent	23,6 Prozent

Es sterben also im ersten Lebensjahr mehr als doppelt so viele uneheliche als eheliche Kinder. Im Durchschnitt verliert jede vierte uneheliche Mutter ihr Kind im ersten Lebensjahr. Und diese Gesellschaft wagt noch immer Frauen ins Zuchthaus zu stecken, die neues Leben nicht gebären wollen, um es dann umkommen zu lassen?

Rußland, das als einziges Land die Schandparagraphen beseitigt, hat auch das Unrecht gegenüber dem unehelichen Kind aufgehoben. Die Frau hat die völlige Gleichberechtigung mit dem Manne auch in der Ehe. Die Registrierung der Ehen und die Wahl des Namens ist ein Akt gegenseitiger Uebereinkunft, ir die der Staat nicht hineinredet. In der Unterhaltungspflicht der Eltern gegenüber den Kindern gibt es keinen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen. Alle Kinder stehen im Mittelpunkt einer umfassenden Fürsorge des Sowjetstaates.

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Freitag von 6 bis 7 Uhr haben alle Genossen, die noch Material haben, dieses in der Produktiv-Genossenschaft abzurechnen. Ferner haben alle Kassierer die Oktober-Zeitung für ihre Mitglieder abzuholen.

Neues aus aller Welt

Zusammenstoß zwischen Automobil und Schnellzug

Toronto. In der Nähe der Stadt ist ein Expreßzug mit einem Automobil, in dem sich zwei Familien befanden, zusammengestoßen. Obwohl der Zug sofort bremste, wurden alle Insassen des Automobils mit Ausnahme eines vierjährigen Kindes, im ganzen sechs Personen, getötet.

Ein eigentümlicher Unglücksfall

Ein wegen eines Kieferbruches behandelter Patient kam in London dadurch ums Leben, daß während der Narkose die Aether- und Sauerstoffmischung, die zur Narkose verwendet wurde, in Hals und Mund explodierte. Die Explosion ist auf den Versuch zurückzuführen, die Zähne mit einer Heißluft-Dusche zu trocknen.

Die Dreimillionenstadt Chicago

Nach der letzten Zählung beträgt die Einwohnerzahl Chicagos rund drei Millionen.

Arbeiter-Sport

Arbeitersportkartell Halle

Tagesordnung für die nächste Sportkartellsitzung am 20. Oktober, pünktlich um 8 Uhr, „Goldene Kette":

1. Eingänge;
2. Vortrag über „Jugendpflege, Jugendgesetzgebung";
3. Werbeabend am 13. November;
4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Sitzung wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Sportvereine Halle-Kröllwitz

Am Sonntag, dem 18. Oktober, findet um 3 Uhr im Stadion als Abschluß der Runde in Gruppe 1. das interessanteste Treffen des Tages zwischen

Kröllwitz 1. und Giebichenstein 1.

Natürlich. Die letzten Resultate beider Vereine dürfen für einen spannenden Kampf, bracte es doch Giebichenstein fertig, die spielstarke Fichte-Mannschaft in der 2. Runde zu schlagen. Wenn sich Kröllwitz in diesem Spiele durchsetzen will, dann werden sie wohl ihr ganzes technisches Können daransetzen müssen, da auch Giebichenstein die Punkte für sich buchen will. Daher ist dem Anhängern des Arbeitersportes ein spannender Kampf geboten. Darum auf nach dem Stadion. 12 Uhr treffen sich die beiden Spitzenreiter der 3. Klasse: **Kröllwitz 2. gegen Reideburg 2.** Auch hier wird es einen harten Kampf geben. Der Sieger in diesem Spiele trifft den Zweiten Gruppenmeister mit nach Hause nehmen.

Treffpunkt 11 Uhr bei Weinrich. Zu der am Sonnabend stattfindenden Versammlung müssen sämtliche Mitglieder erscheinen.

SSC. Bitterfeld 06. Spiele zum Sonntag, dem 18. Oktober: **Bitterfeld 1.** spielt um 3 Uhr auf dem Gaubanger gegen Köthig 1. mit Wernicke, Schauerhammer, Wiering, Ulrich, Unfold, Ullrich, Siedlaczek, Jäger, Schubert, Meyer, Meisel. **Bitterfeld Jugend** spielt um 1½ Uhr auf dem Gaubanger gegen Wörmlitz Jugend in alter Aufstellung. Linienrichter bei der Jugend Stolle und Brendel, bei der 1. Brendel und Mätzig. Platzkassierer sind Schaudatz und Ulrich Richard. Bitterfeld 2. spielt um 3 Uhr in Brachstedt. Treffpunkt 10 Uhr Hauptbahnhof mit Denkemitz, Blome, Marx, Werner, Schubert, Schöne, Paufeld, Schilf, Meyer, Neumann, Illing. **Bitterfeld 3.** spielt um 2 Uhr in Gaubanger. Treffpunkt 10 Uhr Hauptbahnhof mit Mähe, Hitschke, Fuhrer, Kanner, Müller, Veitz 1., Bandel, Lenkowitz, Friedemann, Bland, Veitz 2. Erfatz Mäthe.

Sportfreunde. Sonntag, 18. Oktober, spielt die 1. Elf gegen **Asania Nietleben** 1. um 3 Uhr in Nietleben. Treffpunkt 1 Uhr Heidestieder Bahnhof. Die Mannschaft spielt in alter Aufstellung wie gegen Wittenberg. Das weitere findet am Dienstag, dem 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Hotel Stadt Dresden" eine wichtige Vorstands- und Mannschaftssitzung statt.

SpC. Sportuni 67. 2. Mannschaft spielt zum Serienspiel nach Nietleben. Treffpunkt ½12 Uhr Heidestieder Bahnhof. 3. Mannschaft trifft sich ½12 Uhr am Ende der Hindenburg-Brücke zum Spiel gegen Diemitz. Jugend spielt ebenfalls in Diemitz. Treffpunkt 9 Uhr Hindenburg-Brücke. Die Handballer treffen sich um 1 Uhr bei Thomas zum Spiel gegen Fichte. Die Damen treffen sich um 9 Uhr bei Thomas zum Spiel gegen Kröllwitz.

Nietlebener Fußballklub Asania 09. Spiele für Sonntag, den 18. Oktober: Asania 1. — Sportbrüder 1. um 3 Uhr Asania-Platz. Asania 1. spielt wie folgt: Küster, Schlieder, Siebecke, Gasdorf, Schütz, Macken, Gähler, K. Weiß, Böhme, Friedrich, Meier, Nolten. Asania 2. — Sportfreund 2. um ½2 Uhr Asania-Platz spielt wie folgt: Seibecke, Schütz, Schneider, Beilhardt, Fritzmann, Ahstendorf, Ulrich, Müller, Oberreich, Augustin, Lichtenstein. Asania Jugend — Aumendorf Jugend um 11 Uhr Asania-Platz wie folgt: Thiele, Müller, Frauenhof, Steinbach, Schaaf, Eisenreich, Siebecke, Fritzsche, Jahn, Schütz, Pobiens. Asania 1. Herren Handball gegen Minerva 1. um 11 Uhr Minerva-Platz spielt wie folgt: W. Köhler, Halland, Berges, Ulrich, Siebecke, Hartmann, Kersten, Wiedemann, K. Köhler, Dittmar, Lehmann. Sportgemeinde B. Kiel leitet das Spiel NSC. Jugend — Minerva Jugend um ½2 Uhr Leipzig. Sportgenosse Otto Pfeifer das Spiel Kröllwitz 3. — Fortuna 3. 12 Uhr Stadion. — Asania 2. — Sportbrüder 1. um 3 Uhr Asania-Platz.

Nietlebener Fußballklub Asania. Berichtigung. Asania Jugend schlug Bruckdorf Jugend mit 3:2, nicht, wie irrtümlich gemeldet, umgekehrt.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz, Abteilung Fußball. Spiele für Sonntag: 10 Uhr Jugend — Sportklub Jugend in folgender Aufstellung: Keims, Walter Thielide 1, Hagemann 2, Hohmann, Fr. Schütze, Löwenberg, Schubert, Konrad, Kunze, Walter Thielide 4, Fritz Köser. Ersatz Klemm. Diemitz 1. Tutzenia 1. Aufstellung: Willy Hermann 2. K. Schiedewitz, Arndt, Mache, Paul Hermann 1. Kitten, Pohle, Zimmermann 1. Wille, Gittel. Spielanfang ½1 Uhr. Diemitz 2. gegen Giebichenstein 2. Aufstellung: Willy Zimmermann 3. Grahl, Weihner, Alter Thielide 2, Müller, O. Thielide 3, O. Schütze, Werner, Hoffmann, G. Hagemann, Köser. Linienrichter Gärtner, Schmidt. Spielanfang 2 Uhr. Diemitz 3. — Sportlust 3. Aufstellung: Hennide, Albert Zimmermann 3, Schlüter, Reinel, Nennig, M. Schiedewitz, Meyer, K. Schütze, Arendt, Schumann, Müller. Spielanfang ¼4 Uhr. Sämtliche Spiele in Diemitz. Wer sich Freitag abend bei Spielverhinderung nicht meldet, wird bestraft.

Sportklub „Adler" von 1903, Bitz. Am Sonntag, dem 18. Oktober, stehen sich im Serienhandballspiel Othello 1. und Adler 1. um 10 Uhr auf dem Jahnplatz gegenüber. Um 1 Uhr spielt auf dem Sportklubplatz Othello Jugend — Adler Jugend. Freitag abend 8 Uhr Mannschaftssitzung sämtlicher Handballer im Gr. Restaurant. Wer unentschuldigt fehlt, kann nicht aufgestellt werden. Jeden Mittwoch und Sonnabend Uebungsstunde in der Turnhalle der Luisenschule. Anmeldungen von Sportinteressenten können in jeder Uebungsstunde erfolgen.

BC. Giebichenstein. Die 1. und 2. Mannschaft spielt am Sonntag, 18. Oktober, auf dem Stadion gegen Kröllwitz 1. und 2., und zwar die 2. Mannschaft um ½2 Uhr, die 1. Mannschaft um 3 Uhr. Beide Mannschaften treffen sich eine halbe Stunde vor dem Spiel (Stadion). Die 3. Mannschaft spielt in Diemitz gegen Diemitz 2. nachmittags 2 Uhr. Treffpunkt 12 Uhr „Grüner Hof". Die Jugend und Sportler rinnen tragen in Schleuditz gegen FC. Eintracht Gesellschaftsspiel in Fußball und Handball aus. Treffpunkt sowie alles Nähere zur Fahrt in der Mannschaftssitzung am Sonnabend, dem 17. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Erscheinen ist unbedingt Pflicht, andernfalls Bestrafung erfolgt. — Wir weisen nochmals auf die am Freitag stattfindenden Trainingsstunden in der Turnhalle der Klosterschule hin. Beginn 8 Uhr abends.

Germania-Heilensee konnte am Dienstag gegen 09 den ersten Serienkampf mit 21:5 Punkten für sich entscheiden.

Die Kämpfe waren von Anfang bis zu Ende sehr scharf und doch fair. Die Leitung lag in den guten Händen der Sportgenossen Seifert (Achilles), Sommer (Atlas) und Mehrbold (Adler). Der spannendste Kampf des Abends war der zwischen Haukl (Heilensee) und Giebelstorf (09). Nach dem Gegegen verspricht Giebelstorf ein wertvoller Haukl zu werden.

Im Schwergewicht entäußerte Lehmann (Heilensee) stark. Er reicht bei weitem nicht an seinen Kraftgenossen Heisel heran.

In den anderen Kämpfen gab jeder sein bestes her, und die demnächst folgenden Serienkämpfe versprechen sehr interessant zu werden. Nachstehend folgende Aufstellung:

1. Fliegengewicht. Spanier (Germania-Heilensee) 1. Gang: Sieg in 3 Minuten, 2. Gang: Unentschieden gegen Lorenz (09).
2. Bantamgewicht. Haukl (G.-H.) 1. Gang: Sieg 4 Minuten, 2. Gang: Sieg 6 Minuten gegen Giebelstorf (09).
3. Federgewicht. Meye (G.-H.) 1. Gang: Sieg 5½ Min., 2. Gang: Sieg 3 Min. gegen Barth.
4. Leichtgewicht. Kleine (G.-H.) 1. Gang: Sieg 2.15 Min., 2. Gang: Unentschieden gegen Jalob (09).
5. Weltmittelgewicht. Sachse (G.-H.) 1. Gang: Sieg 3.35 Min., 2. Gang: Sieg 2.40 Min. gegen Kupfer (09).
6. Schwermittelgewicht. K. Pfeiffer (G.-H.) 1. Gang: Sieg 42 Sek., 2. Gang: Sieg 5.45 Min. gegen Jenning (09).
7. Schwergewicht. Lehmann (G.-H.) 1. Gang: Niederlage in 4½ Min., 2. Gang: Unentschieden gegen Heisel (09).

Handball

Sonntag, den 18. Oktober, Diemitz 1. — Turnverein Nietleben um 11 bis 12 Uhr in Diemitz. Dies dem Schiedsrichter zur Kenntnis. Unkleidelokal Gesellschaftshaus.

Verantwortlich: Max Lademann, Giesleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroß, Halle, Leipzigerstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0007

ufa

Ufa-Theater Leipziger Straße

Ab morgen, Freitag, den 16. Oktober:

Nur 4 Tage!

Das große Doppelprogramm (12 Akte)

Ralphs galante Abenteuer

6 Akte aus dem Großstadtleben mit **Adolphe Menjou**

Diesem famosen Charakterdarsteller verdanken wir seit der „Ehe im Kreise" schon manche vergnügliche Stunde. Auch hier wieder entzückt er durch sein weltmännisch-überlegenes Spiel und durch seine stets pointenreichen Einfälle.

3335

Die Juwelen der Romanoffs

Der große Sensationsfilm in 6 Akten.

Rußland in den Tagen der Revolution. Die kaiserliche Familie im Exil. Hungersnot und Teuerung in den Landdistrikten. Mord und Plünderung in den Städten. Prinz Boris Romanoff beschließt, den geretteten Familienschmuck nach Yokohama zu bringen. So beginnt die ungemein spannende Handlung dieses großen Filmes, der an Stoff, Handlung und Sensationen dem Publikum allerhand Neues und Hervorragendes bieten wird.

Beginn: Sonntags 3.30 Uhr, Werktags 4 Uhr.

Ufa-Theater Alte Promenade

Ab morgen, Freitag, den 16. Oktober:

Der neue Ufa-Großfilm:

Eifersucht

Wie das Leben, so ist dieses Meisterwerk des Regisseurs Karl Grune. Pendelnd zwischen Lachen und Schmerz, zwischen dumpfer Tribüne und lächelnder Ironie werden hier die Menschen vom Schicksal durcheinandergeschüttelt. Wie komisch — und wie tragisch ist das alles! Die Darstellung gibt Höhepunkte reifsten Erlebens

Lya de Putti

ist die entzückendste Ehefrau, die man sich denken kann

Werner Krauß

der Gatte des Spieles, ist ebenso belustigend wie erschütternd

Georg Alexander

jeder Zoll ein Philosoph, kühl und sehr vornehm: der Freund des Hauses

Dazu ein lustiges Beiprogramm

Beginn: Sonntags 3 Uhr, Werktags 4 Uhr

In beiden Theatern: Ufa-Wochenschau Nr. 5

Ein Blick

in unsere Verkaufsräume und Läger wird Sie überzeugen, daß unser seit über 25 Jahren bestehendes Kreditunternehmen sowohl hinsichtlich der billigen Preise als auch der großen Auswahl an der Spitze marschiert. Wir legen besonderen Wert darauf, nur Waren zu liefern, die gutes Tragen gewährleisten

Ganz geringe Anzahlung

Für Herbst und Winter

Herren-Winter-Anzüge . . Mk. 85,— 73,— 65,— Anzahlung 25,— bis 12,— Mk. **38,—**

Herren-Winter-Paletots Mk. 95,— 82,— 69,— Anzahlung 28,— bis 15,— Mk. **53,—**

Damen-Winter-Mäntel

Damen-Jacken Kostüme Kleider

in größter Auswahl zu billigen Preisen

Sportjacken für Damen und Herren

Spielend leichte Abzahlung

Aus unserer Abteilung Manufaktur-Waren:

Fertig-Bettbezüge i. Damast, Stangenleinen, Linon u. Satin, Inletts Wäsche für Herren u. Damen, Tischtücher, Schlafdecken, Steppdecken

Unsere Bilder-Abteilung

ist sehr reichhaltig, verlangen Sie gratis und franko Prospekte

Ohne jede Anzahlung

liefern wir an unsere alten Kunden, die ihr Konto beglichen haben

3382 Ungenierter Eingang Kleiner Sandberg!

Carl Klingler

Halle a. S., Leipzigerstr. 11, 1. Etage

Kein Laden — Eingang Kl. Sandberg

Vertretung für Merseburg und Umgebung: Hugo Dies, Merseburg, Annenstr. 14

Warum

kaufen Sie nicht bei uns

auf Teilzahlung?

Wir liefern zu leichten Zahlungsbedingungen:

Teppiche, Bettvorleger

Steppdecken, Diwandecken

Große Auswahl — Billige Preise

Wochenrate 3 Mark 3330

Eichmann & Co.

Große Ulrichstraße 51

Eingang Schulstraße

Auf Kredit von **1 Mark!** wöchentlicher Teilzahlung an fertige elegante

Herren-Damen- u. Kinder-Garderobe

Manufaktur-Waren, Kleiderstoffe, Lein.- u. Baumwollwaren

Leib- u. Bettwäsche, Gardinen

Schuhwaren

fert. Federbetten

Möbel, Spiegel

Polsterwaren

.. Bilder ..

Carl Rasemann

Alte Promenade 35 I. (an d. Hauptpost)

Kredit auch nach auswärts

Damen-Mäntel

stehen in riesiger Auswahl und jeder Stoffart für Sie bereit, die Preise sind mit

Mk. **14**50 **23**50 **29**50 **32**50 usw.

so niedrig gehalten, daß Sie gegen Barzahlung unter Umständen dafür noch mehr bezahlen, als bei uns auf **Teilzahlung** mit einer Anzahlung:

Waren bis 25 ℳ 5 ℳ Anzahlung — **Waren bis 50 ℳ** 10 ℳ Anzahlung — **Waren bis 75 ℳ** 15 ℳ Anzahlung

Außerdem riesiges Lager in:

Herren-Anzügen, Ulstern, Schuhen, Pelzen Kleidern, Wäschegegenständen jeder Art

Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb

Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 4, I. Etage

Bitterfeld, Burgstraße 5, Laden

3347

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Einkochtöpfe in allen Größen und Preislagen

Billiges

Porzellan

Abendbrotteller, weiß, echt Porzellan	15 ₰
Eierbecher, echt Porzellan	10 ₰
Kaffeekanne für 6 Personen, echt Porzellan	95 ₰
Butterglocke mit Stulpdeckel, echt Porzellan	55 ₰
Leuchter, echt Porzellan	35 ₰
Menage, 3 teilig mit Löffel, echt Porzellan	50 ₰
Tasse mit Unterteller, echt Porzellan	18 ₰
Speiseteller, weiß, tief und flach, echt Porz.	35 ₰
Kaffeeservice, für 6 Personen, echt Porzellan	2,45

Goldrandgeschirr echt Porz.

Abendbrotteller mit Goldrand	45 ₰
Eierbecher, echt Porzellan, mit Goldrand	20 ₰
Bratenplatte, echt Porzellan, mit Goldrand	1,65
Salatschüssel, echt Porzellan, mit Goldrand	75 ₰
Echt Porzellan-Tasse, m. Goldrand, Schalenform	45 ₰
Speiseteller, tief und flach	50 ₰
Butterglocke, mit Goldrand, echt Porzellan	1,65
Sauciere, mit Goldrand, echt Porzellan	4,95

Bemaltes Porzellan

Tasse, Schalenform, echt Porzellan	20 ₰
Kaffeeservice, 5 teilig, echt Porzellan	1,95
Hühnerteller, schön bunt, echt Porzellan	50 ₰
Schalentasse mit Unterteller und Kante	45 ₰
Kinderservice, 5 teilig, echt Porzellan	1,45
Geleedose, echt Porzellan, bunt	95 ₰
Kaffeeservice, reich dekoriert, für 6 Personen	3,95
Speiseservice, 23 teilig, mit Kante	26,50

Einkochgläser eng und weit von 25 Pf. an

Einkochapparat „Gefria" komplett m. Thermometer u. Gebrauchsanweisung 3,95

Steinweg 45 **Sobel** Gr. Ulrichstr. 9

Reilstraße 1

3334

Dippenhorsen 1,65

Konsum- u. Produktiv-Verein zu Zeitz

GmbH.

Manufakturwarenabtlg.: Zeitz, Michaelisstirchhof

Täglich Eingang in Winterwaren

Wir empfehlen:

Bettücher, weiß u. bunt, Wolldecken

Normalwäsche

wollene Tücher, wollene Schals

Herren- und Damenwesten

Futter-Unterhosen, Untertaillen

Sportjacken

wollene Strümpfe und Socken

Kinder-Unterwäsche

Barchenthemden, weiß und bunt

Handschuhe

1665 **Inletts**

Bettzeuge, Damaste, Stangenleinen

Bettfedern

Reformhosen, Schlupfhosen

Barchentröcke und -Hosen

Filzschuhwaren

Lederjacken

M. Winkler

Glauchaer Str. 27

Preise nur für Freitag

Gr. Ulrichstr. 58

Goldbarsch ohne Kopf ℳ	35 ₰
Grüne Heringe ... ℳ	35 ₰
Schellfisch ohne Kopf ℳ	50 ₰
Kabeljau ohne Kopf ℳ	50 ₰
Karbonaden, braten. ℳ	70 ₰

Ferner täglich frische

Räucherwaren

in großer Auswahl besonders preiswert 3348

ff. geräucherte Flußaale

Sehr billig:

2 ℔ Dose **Bratheringe** ca. 10 bis 12 Fische

2 ℔ Dose **Rollmops** und **Bismarckheringe**

95 ₰

Zuverlässiger

Zeitungsträger

für **Kemberg** per 1. Nov. gesucht

Meldungen beim Genossen **Karl Galander, Kemberg,** Burgstraße 20

Trauerbriefe und -Karten

liefert **sofort** die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14

Fernruf: 1045, 1047, 2251

Statt Karten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme durch Wort, Schrift und Blumenspenden, beim Hinscheiden unseres geliebten, unvergeßlichen Entschlafenen, sagen wir allen Bekannten, Freunden und Kollegen **herzlichen Dank** für das letzte Geleit

Besonders danken wir dem Gastwirtsverein für den erhebenden Gesang und Herrn Borgmann für seine zu Herzen gehenden Worte, sowie auch für die Ansprache des Vorsitzenden vom Zimmererverband, Herrn Förster 3324

Im Namen der Hinterbliebenen

Halle, Krausenstr. 4, den 14. Oktober 1925

Frau Olga Stützer, geb. **Losse**

Wir verschenken Luftballons

3336 **Jedes Kind erhält** beim Einkauf von einer Dose Gloria-Schuhpaste **einen Luftballon gratis**

Herr.-Rindboxstiefel spitze Form, weiß gedoppelt **9**50

Damen-Halbschuhe spitze Form, mit und ohne Lackkappe **4**95

Herr.-Rindboxstiefel Doppelsohle weiß gedoppelt **10**50

Damen-Halbschuhe spitze und breite Form **6**75

Wiebach SCHUHWARENHAUS

NUR KLEINE ULRICHSTRASSE 11/12

Schaftstiefel . **16**95

Gamaschen . . **8**95

Rindl. Arbeitsschuhe 44/46 **8**25

Arbeitsschuhe

40/46 **6,25**

36/39 **5**95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0008

Warum war die Spaltung von Halle notwendig?

Von Peter Maslowski

Der „Klassenkampf" hat gestern einen Artikel des Genossen Schoenlank veröffentlicht, in dem die Ansicht vertreten ist, daß die Spaltung von Halle nicht nur unnötig gewesen wäre, sondern sogar die revolutionäre Entwicklung des deutschen Proletariats aufgehalten hätte. Zwar steht der Genosse Schoenlank mit dieser seiner Ansicht in der Kommunistischen Partei völlig isoliert da, dennoch ist es sehr lehrreich, auf diese Frage der Notwendigkeit bzw. der Nichtnotwendigkeit der hallischen Spaltung einzugehen.

Gerade heute vor fünf Jahren, am 15. Oktober 1920, ist gewesen, wo sich eine der wichtigsten Entscheidungen nicht nur in der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, sondern der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung abgespielt hat; die Unabhängige Sozialdemokratie spaltete sich, und ihre Mehrheit, bestehend aus den Arbeitermassen, ging zur KPD. und zur Kommunistischen Internationale, während die Minderheit, vorwiegend aus Parlamentariern und den bisherigen sogenannten Führern bestehend, den Weg beschritt, der sie wieder in den Armen von Noske landen ließ. Der Genosse Schoenlank sieht in diesem für die Arbeiterbewegung welthistorischen Vorgang nichts anderes als einen mechanischen Vorgang, der hätte genau so verhindert werden können, wie man ihn künstlich herbeigeführt habe.

Das ist die allerschlimmste und allergeschärfteste Verkennung der tatsächlichen Vorgänge vor, in und nach Halle.

Wie war damals die Situation?

Die besten Arbeiterelemente in Deutschland verstanden sehr wohl den gewaltigen Unterschied zwischen der bürgerlichen formalen Demokratie und den revolutionären Methoden der Diktatur des Proletariats, sie begriffen sehr gut den gewaltigen Unterschied zwischen dem verwesenden Leichnam der 2. Internationale und der neu aufgestiegenen 3. Kommunistischen Internationale. Aber das Verhängnis war, daß die Massen des deutschen Proletariats, die den richtigen Weg Lenins gehen wollten, nicht die Führung eines Spartakus-Bundes hatten, die allein den konsequenten Weg der proletarischen Revolution vorzeichnete, sondern die Führung jener Crispien und Dittmann, die zwar in Worten, in der revolutionären Phrase ihren Anhängern Konzessionen machten, im Grunde genommen aber nach wie vor Gegner jeder wirklichen revolutionären Aktion waren. Warum dem so war, ist klar: Die Bourgeoisie erkannte in ihrem Klasseninstinkt richtig, daß ihr die größte Gefahr nicht von der plötzlich gewaltig aufgeschossenen USP. drohte, sondern von dem kleinen unscheinbaren Spartakus-Bund, von Liebknecht und Luxemburg. Darum ließ sie die legale Entwicklung der USP. zu einer Massenpartei zu, während sie ihren Kettenhund Noske vor allem auf die Spartakisten losließ und diese in die Illegalität mit ihrer Erschwerung der Massengewinnung drängte. Mit welch einem blutigen Terror das geschah, ist bekannt und braucht nicht wiederholt zu werden.

Es bot also sich innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren 1918, 1919 und 1920 das traurige Bild, daß auf der einen Seite eine gute Führung, nämlich der kleine Spartakus-Bund, nicht die seiner revolutionären Theorie entsprechenden Massen hatte, und daß auf der anderen Seite die revolutionären Massen in ihrem richtigen Wollen von der USP.-Führung im Stich gelassen wurden. Der tiefere Sinn von Halle ist in erster Linie der, daß die revolutionäre Theorie mit der revolutionären Praxis vereinigt wurde. Der Zusammenschluß von Spartakus-Bund und linker USP. war der restlos historische Vorgang, daß sich zwei Dinge, die unbedingt zueinander gehören, in einer Einheit trafen.

Das soll ein mechanischer Vorgang gewesen sein? Schon aus dem Grunde kann das nicht der Fall sein, weil ja die in eine kommunistische Partei strömenden Massen bis zum Spaltungsparteitag von Halle durchaus nicht getrennt marschiert sind. Schon während des Krieges wurden die großen Streiks gegen den imperialistischen Krieg von Spartakisten und Unabhängigen in vorbildlicher Einheitlichkeit durchgeführt. Und in den Kämpfen von 1918, 1919 und 1920, ob in Berlin oder Mitteldeutschland, ob in München oder im Ruhrgebiet, standen Spartakisten und Unabhängige Schulter an Schulter auf der Barrikade gegen die Konterrevolution. Diese gemeinsame revolutionäre Praxis mußte über kurz oder lang auch ihren organisatorischen Ausdruck finden in Form einer einheitlichen Partei. Das war ein durchaus historisch notwendiger, nicht künstlich-mechanischer Vorgang.

Des Mechanische war im Gegenteil bei den Crispien und Dittmann vorhanden, die die Vereinigung der unabhängigen Massen mit dem Spartakus-Bund verhindern wollten, durch einen künstlichen, völlig an den Haaren herbeigezogenen Gegensatz. Diese wirklich schlechten Geschichtemacher begriffen es nicht, daß alle Hetze gegen den Spartakus-Bund glatt zu Boden fallen muß, in dem Augenblick, wo tatsächlich die Mitgliedschaft des Spartakus-Bundes und der USP. in gemeinsamem Kampfe zusammenstand und also sich praktisch sehr genau kannte. Und es war wiederum nur ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, wenn diese damaligen unabhängigen Führer die Massen ihrer Partei glaubten durch die bloße revolutionäre Phrase auf die Dauer abspeisen zu können. Die Zweideutigkeit der USP. ist es gewesen, an der sie historisch zerschellen mußte.

Und die USP. war dank ihrer rechten Führung die personifizierte Zweideutigkeit! Jeder wird sich noch erinnern, wie man auf dem Leipziger Parteitag vom Jahre 1919 ein Revolutionsprogramm aufstellte, das außer der berüchtigten „Verankerung der Räte in die Verfassung" durchaus den Eindruck eines kommunistischen Programms machen sollte und auch machte. Selbstverständlich war sogar Hilferding für die Diktatur des Proletariats! Das zu derselben Zeit, wo dieser selbe Hilferding auf demselben Parteitag so schlecht die Geschichte kannte, daß er in der Frage des Anschlusses an Moskau riet, diesen nicht zu vollziehen, weil Sowjet-Rußland ja doch bald am Ende sei. Man dürfe nicht den USP.-Nachen an ein sinkendes Schiff ketten! Und dann erst Kautsky! Zu derselben Zeit, wo die unabhängigen Massen sich für die Diktatur des Proletariats entschieden, wurden seine Pamphlete gegen die Sowjetmacht von allen Weißgardisten gegen die russischen Arbeiter und Bauern und gegen die Weltrevolution ausgenutzt. Daß man diesen Theoretiker der damaligen USP. — und der heutigen gesamten SPD. — verleugnete, tut an sich nichts zur Sache. Nicht der Phraseur Crispien hat die USP. gemeistert, sondern Kautsky hat über die USP. gesiegt!

Die Spaltung von Halle war aber vor allem aus dem Grunde schon nichts Mechanisches, nichts von oben herab Diktiertes, sondern etwas, was aus einer Massenbewegung heraus entstand, weil ja die Crispien und Dittmann nach dem Leipziger Parteitag nicht etwa freiwillig nach Moskau gingen, und auch nicht nach Moskau eilten, weil sie von den Bolschewiki eingeladen wurden, sondern deswegen, weil die eigenen Mitgliedermassen sie dorthin prügelten. Es war nur ein historisch genialer Blick, wenn Lenin damals, gerade weil die Crispien und Dittmann in Moskau erschienen, haarscharf die Gegensätze herausarbeitete und jene berühmten 21 Bedingungen stellte, die dann auch wirklich das gebracht haben, was sie bringen sollten, nämlich die Loslösung der revolutionären Massen der USP. von ihren konterrevolutionären Führern.

So war die Spaltung von Halle einer der wichtigsten, vor allem aber notwendigsten Schritte zur Kommunistischen Internationale, zu jener einheitlichen straff zentralisierten Weltpartei, die gerade in unserem Zeitalter die Vorbedingung des Sieges des Proletariats ist.

Es genügt, festzustellen, daß die Dittmänner und Crispiene nicht bei ihrer so stolz proklamierten „Selbständigkeit" blieben, daß sie, die sich „dem Diktat von Moskau nicht beugen" wollten, sich dann sehr wohl freiwillig vor Noske verbeugt haben, um den historisch richtigen Kern der Spaltung bewiesen zu haben. Diese Leute gingen ihren westeuropäisch-demokratischen Weg hinein in den Sumpf der SPD., hinein in die Koalition mit der Bourgeoisie, sie unterwarfen sich nicht dem Diktat von Moskau, aber dem von Stinnes, Seeckt und Dawes, um sich schließlich jetzt in Locarno dem Diktat der englischen Imperialisten zu beugen. Es ist durchaus kein Zufall, daß Crispien und Dittmann heute auf dem rechten Flügel der SPD. stehen!

Der Spaltungsparteitag in Halle hat so das historische Verdienst, bewiesen zu haben, daß es nur ein Diesseits oder Jenseits der Barrikaden gibt. Heute darüber zu flennen, daß in Halle eine klare Scheidung vollzogen wurde, bedeutet, die Grundbegriffe der Dialektik, die Grundbegriffe der Geschichte, die Grundbegriffe von der Rolle einer revolutionären Partei nicht verstanden zu haben.

Fred Bramley, ein Vorkämpfer der Gewerkschaftseinheit

Der verstorbene Genosse Fred Bramley hat in den letzten Jahren in der englischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung eine so hervorragende Rolle gespielt, daß sein Name jedem Arbeiter geläufig geworden ist. Kaum 50 Jahre alt, war er einer der angesehensten Führer der englischen Gewerkschaftsbewegung. Sein Tod, der aller Wahrscheinlichkeit nach durch Ueberspannung seiner körperlichen Kräfte und Ueberarbeit im Dienste des Proletariats eintrat, ist ein sehr großer Verlust für alle ehrlichen Arbeiter, die es mit der Sache der internationalen Kampffront der Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie ernst meinen. Bramley gehörte zu denjenigen führenden Männern im Lager der Gewerkschafter, die es mit dieser Kampffront wirklich ernst gemeint haben. Seine ganze Tätigkeit in den letzten Jahren war ein einziger ehrlicher Kampf für die Herstellung dieser internationalen gewerkschaftlichen Einheit.

Sein Werdegang ist der eines typischen Arbeiterführers. Seit vielen Jahren war er aktiver Mitarbeiter verschiedener politischer und gewerkschaftlicher Organisationen. Selbst Möbeltischler, wurde er bald zum Organisationssekretär des Möbelarbeiter-Verbandes. 1917 kommt er schon als stellvertretender Sekretär des englischen Gewerkschaftskongresses an die Spitze der englischen Gewerkschaftsbewegung. Seit 1923 war er Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsrates und ist auch als solcher gestorben. Sein Name wurde in der internationalen Arbeiterbewegung besonders bekannt, als er im Auftrag des englischen Gewerkschaftskongresses sich als Sekretär der englischen Gewerkschaftsdelegation an ihrer Studienreise nach der Sowjetunion beteiligte und als solcher an der Organisierung dieser Studienreise sowie an der Herausgabe des heißumstrittenen Rußland-Berichtes der englischen Gewerkschaften den regsten Anteil nahm.

Das politische Testament Fred Bramleys

Gleichzeitig mit der traurigen Nachricht über das Ableben Fred Bramleys erreichte uns das Oktoberheft der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity" („Gewerkschaftseinheit"), das als Hauptstück die Rede Fred Bramleys enthält, die er als Generalsekretär des englischen Gewerkschaftskongresses auf dem letzten englischen Gewerkschaftskongreß in Scarborough gehalten hat. Die Zeitschrift setzt vor die Rede folgende Vorbemerkung: „Wir sind ermächtigt, unseren Lesern den ersten vollständigen Bericht von der historischen Rede Fred Bramleys auf dem Gewerkschaftskongreß zu geben... Die elektrisierende Wirkung dieser machtvollen und glänzende Rede war eine beutwürdige und war einer der Hauptfaktoren, der vom Kongreß seine einstimmige und begeisterte Zustimmung zur Politik des Generalrats für die Einheit erwirkt hat.

*

Fred Bramley führte auf dem Kongreß u. a. folgendes aus:

Was die Verhandlungen in Amsterdam anbelangen, so finden Sie den Bericht darüber im gedruckten Hauptbericht und einen Spezialbericht in Ihren Mappen. Ich wünsche nur den Hauptpunkt herauszukristallisieren und zu sagen, daß die Differenz zwischen uns und den anderen Sektionen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die an Amsterdam angeschlossen sind, darin besteht, daß wir über die Politik und die Methoden, die zur Behandlung eines sehr ernsten Problems notwendig sind, verschiedener Meinung sind.

Wir waren bestrebt, die russische Gewerkschaftsbewegung in die internationale Bewegung einzugliedern.

Auf diesem Wege gab es Schwierigkeiten. Die russische Gewerkschaftsbewegung hat der Internationalen Exekutive die Einberufung einer Konferenz vorgeschlagen, wo diese speziellen Schwierigkeiten vor ihrem Eintritt in die Amsterdamer Internationale diskutiert werden sollen. Wie Sie aber aus dem Bericht sehen, ist die Meinung der Amsterdamer Exekutive die, daß erst der Eintritt stattzufinden hat und daß vor diesem Eintritt keinerlei Konferenzen abgehalten werden können. **Unserer Meinung nach ist das eine absolut unrichtige Politik, und unsere Aktion in Amsterdam ist eine Aktion, die gegen diese Politik eine direkte Opposition machte.** Wir haben mit unserer Meinung augenblicklich in Amsterdam eine Niederlage erlitten. Wir erwarten aber, daß Sie unsere Politik gutheißen, die darin besteht, **auch weiter in der Zukunft einen Druck in der Richtung auszuüben, die wir als die richtige Politik anerkannt haben.**

Wir sagten in der internationalen Bewegung und sagten dasselbe in der britischen Bewegung, daß im Verhältnis zu den Regierungen unsere Politik

eine Politik des „Hände weg von Rußland"

ist. Wir sagen auch, daß unsere Politik eine Hände-weg-von-England-Politik ist.

Sie werden im Bericht auch finden, daß wir mit den Vertretern der russischen Gewerkschaftsbewegung eine Konferenz gehabt haben. Wir unterbreiten Ihnen in diesem Bericht die britischen Erklärungen auf dieser Konferenz und, was noch wichtiger ist, das Resultat dieser Konferenz in der Form von Vorschlägen in bezug auf gegenseitige Hilfe zwischen der russischen und der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Ich möchte noch in einigen Minuten auseinandersetzen, wie ich unsere politische Richtung verstehe, was unser ideologischer Standpunkt ist und aus welchen Quellen wir den Anstoß zu diesen Fragen erhalten haben. In unserem Bericht, der durch die englischen Gewerkschaften durch Annahme bestätigt wurde, ich meine jetzt den

Bericht über unseren Besuch in Rußland,

gaben wir eine vollkommene und ausführliche Darlegung der Resultate unserer Untersuchung. Wir verkauften in England 10 000 Exemplare von diesem Bericht. Ich kann nebenbei sagen, daß die Presse so sehr darauf erpicht war, unseren Bericht zu erhalten, noch bevor er offiziell publiziert war, daß sogar zwei sehr prominente und respektable Zeitungen in unserem Lande Teile des Berichtes sich noch vor der Publikation verschafften und die Verlagsgesetze unseres Landes überschritten, indem sie die Konklusionen unseres Berichtes ohne unsere Erlaubnis abdruckten.

Was unsere allgemeine Politik und unsere geistige Einstellung anbetrifft, mit der wir, die Delegation in Rußland, arbeiteten und in der wir in allen Hauptfragen einer Meinung waren, will ich sagen, daß wir in allen unseren Handlungen von dem Gesichtspunkt ausgingen, daß wir die Probleme Rußlands im Vergleich zu den ökonomischen und sozialen Verhältnissen und zur vergangenen Geschichte Rußlands betrachten müssen. Gestatten Sie mir, Ihre Aufmerksamkeit auf eine sehr wichtige Tatsache zu lenken, nämlich auf folgendes:

Die russische Revolution war in der ganzen bisherigen Geschichte die erste Revolution, die sich den Sturz der wirtschaftlichen Ausbeutung zum Ziele gesetzt hat und dieses Ziel auch verwirklichte. Sie war also der erste große Versuch der Arbeiterklasse, im nationalen Maßstabe zu herrschen. Diesem selben Ziel haben wir unter bestimmten Voraussetzungen und von einem bestimmten Gesichtspunkt in den Resolutionen unserer Gewerkschaftskongresse bereits vor Jahren Ausdruck verliehen.

Rußland ist eine sozialistische Republik

und ich will Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß es ausschließlich diese wirtschaftliche Umwälzung in Rußland war, die von allen besitzenden und ausbeutenden Klassen Europas ohne Unterschied der Rassen allgemein verdammt wird.

Der russische Versuch, und was daraus entstand, hat die bedeutsame Tatsache demonstriert, daß Sie Könige töpfen, Herrscherfamilien vertreiben, Ihre Herrscher einkerkern dürfen, wie das, z. B. in Oesterreich und in Deutschland der Fall war; Sie können Weltkriege entfachen, die zur allgemeinen Zerstörung, Ruin und Wirrwarr führen. Nach all den wird Ihnen vergeben und Sie werden in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen. Sie können Ihre politischen Einrichtungen ändern wie sie wollen. All das wird vergeben. Wenn Sie es aber wagen, die Interessen der Großgrundbesitzer eines Landes zu stören und die Ausbeutung der Lohnempfänger abzuschaffen, die Fabrikausbeuter zu verjagen und Schluß zu machen mit den Privilegien, mit dem Eigentum und der Macht, die eine Minderheit des Landes mißbraucht, dann müssen Sie sich darauf gefaßt machen, was Rußland heute erlebt: Isolierung, Boykott und internationale Verfolgung (durch die Ausbeuterklasse).

Rußland ist in unseren Augen eine Arbeiternation. Sein Wirtschaftssystem ist durch die Organisation der Arbeiterklasse Rußlands beherrscht. Wir betrachten es als unsere Pflicht, auf der Seite der russischen Arbeiterklasse zu stehen.

Wir haben im Sinne der erklärten politischen Richtung der englischen Arbeiterbewegung gehandelt, sowohl in politischer als auch in gewerkschaftlicher Hinsicht. Wie könnten wir zwei verschiedene Politiken haben, eine in bezug auf unsere Forderung auf wirtschaftliche und diplomatische Anerkennung Rußlands durch die englische Regierung, und eine andere, die darauf hinauslaufen würde, daß wir aus unserer eigenen internationalen Bewegung dasjenige Land ausschließen würden, für dessen Anerkennung wir eintreten.

*

Als Ergebnis dieser Rede wurde der Bericht des Generalrats einstimmig gutgeheißen und folgender Beschluß durch Akklamation einstimmig gefaßt: „Der Kongreß heißt die Bemühungen des Generalrats zur Herstellung der internationalen Einheit gut und fordert den zu wählenden Generalrat auf, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um das Zustandekommen einer weltumspannenden Einheit der Gewerkschaftsbewegung durch eine allumfassende Internationale der Gewerkschaften zu verwirklichen."

Citrine Nachfolger Bramleys

(Eig. Drahtm.) London, 15. Oktober.

Der zweite Sekretär des Generalrates der Trade Unions, Citrine, der mit Tomski nach Rußland gereist ist, um dort die wirtschaftliche Lage zu studieren, ist telegraphisch nach England zurückgerufen, um die Nachfolgerschaft Bramleys anzutreten. Citrine hat bereits während der Krankheit Bramleys die Funktion des Generalsekretärs der Trade Unions bekleidet und wird diesen Posten behalten bis zur endgültigen Ernennung des Generalsekretärs durch den nächstjährigen Kongreß.

Die Erwerbslosen des Ruhrgebiets sammeln sich zum Kampf

Folgt ihrem Beispiel!

Das Bestreben der deutschen Unternehmer geht dahin, die Arbeiterklasse so mürbe zu machen, daß sie ihr die Bedingungen diktieren kann, die sie stellen muß, um die Dawes-Tribute zu bezahlen und auch noch selbst dabei Profite zu machen. Sie sperrt aus, sie versucht die Löhne herabzusetzen, sie verbündet sich mit den staatlichen „unabhängigen" Schlichtern, sie entläßt Tausende und Zehntausende von Arbeitern, damit diese große industrielle Reservearmee eingesetzt werden kann, wenn es gilt, die heute noch Arbeitenden den Wünschen der Unternehmer willfährig zu machen.

Die Arbeitslosen setzen sich dagegen zur Wehr. Der Bezirkserwerbslosenrat des Ruhrgebietes beruft zum 18. Oktober eine Erwerbslosenkonferenz für das ganze Ruhrgebiet nach Essen ein, wo Vertreter der Ortsausschüsse des ADGB., Betriebsräte, Kommunalvertreter und Vertreter der Erwerbslosen zusammenkommen sollen, um Maßnahmen zu beraten. Der Erwerbslosenausschuß sagt darüber:

„Erwerbslose Kameraden haben sich an die Regierung gewandt. Die Regierung ist aber nicht gewillt, in irgendeiner Form den Forderungen der Erwerbslosen Rechnung zu tragen. Gehandelt aber muß werden.

In dieser Situation werden wir uns an die gesamte Arbeiterschaft des Ruhrgebietes wenden. Wir tun es aus dem Grunde, weil die Frage der Erwerbslosigkeit keine Frage der Erwerbslosen ist, sondern das gesamte Proleariat interessiert, denn was heute uns passiert, kann morgen jedem Klassengenossen passieren.

Wir rufen den Arbeitern in Schacht und Hütte zu: Denkt daran, wenn Ihr 8 bis 12 Stunden geschuftet habt, daß Abertausende von Arbeitern arbeitslos sind und nicht wissen, womit sie Frauen und Kinder ernähren sollen.

Seid Euch klar darüber, daß dieses ein Grund sein muß, energisch den Kampf für die Sieben- bzw. Achtstundenschicht zu führen.

Darüber hinaus aber rufen wir den Kommunalvertretern und Ortsausschüssen des ADGB. zu: Unterstützt unsere gerechten Forderungen. Helft uns kämpfen für ausreichende Lebensmöglichkeit ...

„Was wir wollen, ist vor allen Dingen Arbeit. Erst wenn man sie uns nicht gibt, dann verlangen wir, daß man auf andere Art und Weise die Lebensmöglichkeit uns garantiert, wie es in den Hamborner Forderungen niedergelegt ist ..."

... „Was wir wollen auf unserer Konferenz?

Wir wollen den begonnenen Kampf um unser Recht auf Arbeit besprechen und weitere Maßnahmen beschließen. Wir erwarten, daß auch die Gewerkschaften, Betriebsräte und Kommunalvertretungen kommen, um mit ihnen darüber zu beraten, wie wir Arbeit bekommen können. Es sind daher alle eingeladen, die willens sind, uns in unserem Kampf zu unterstützen.

Auch der letzte Arbeiter muß sich darüber klar sein, daß er

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0009

seine ganze Kraft für die Forderungen der Erwerbslosen einsetzen muß.

Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets muß eine geschlossene Front bilden zum einheitlichen Kampf für die Erfüllung der gerechten Forderungen ihrer Klassengenossen."

Der Aufruf des Essener Erwerbslosenrates beweist, daß die Arbeitslosen sich zum Kampf zu sammeln beginnen. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird seine arbeitslosen Klassengenossen in ihrem Kampf unterstützen, denn **ihr Kampf ist auch sein Kampf.**

Die Erwerbslosenkonferenz der Erwerbslosen im Ruhrgebiet ist **ein Aufruf.** Er zeigt, daß die Arbeitslosen kämpfen wollen. Es liegt an der gesamten Arbeiterschaft, ob der Kampf erfolgreich sein wird.

Abwehrmaßnahmen des Ruhrproletariats gegen den Konzentrationsprozeß an der Ruhr

Betriebsrätekonferenz der 50 wichtigsten Betriebe

Essen, 13. Oktober. Die Arbeiterschaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist durch den gewaltigen **neuen Konzentrationsprozeß des Kapitals,** der sich zurzeit in der Montanindustrie vollzieht, einer Reihe neuer schwerer Gefahren ausgesetzt. Aus diesem Grunde hat die KPD. für den gestrigen Sonntag eine **Konferenz der Betriebsräte und Funktionäre** aus den in Frage kommenden Betrieben einberufen, die in ihrem ganzen Verlauf zeigte, daß der fortgeschrittenste Teil des Proletariats in Rheinland-Westfalen die ihm drohenden Gefahren aus der Trustbildung wohl erkannt hat. **Ueber 50 verschiedene Werke** und Anlagen, die in den Montantrust verschmolzen werden sollen, waren vertreten. Die Versammelten wandten sich in einem Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft und an die Gewerkschaften. Für die Arbeiterschaft muß das werden der Sammelruf, um einheitlich und geschlossen den Kampf aufzunehmen und die Gewerkschaften durch Taten vorwärts zu treiben. Eine Reihe praktischer Aufgaben wurde beschlossen und ein Ausschuß gewählt, der die weitere Bewegung leiten und kontrollieren soll. Die Konferenz war ein voller Erfolg und sie muß werden der Ausgangspunkt für das feste **Bündnis der Metall- und Bergarbeiter** und aller großen Verbände, insbesondere der Eisenbahner und Verkehrsarbeiter. Auch der Kampf der Erwerbslosen in Rheinland-Westfalen um Arbeit wurde in den Mittelpunkt der Beratungen der Konferenz gestellt, in der Richtung, daß in Zukunft die noch in Arbeit Stehenden und die von der Arbeit Betriebenen gemeinsam kämpfen sollen.

Die Dawes-Bahn baut weiter Beamtenrechte ab

Die Dawes-Bahn ist drauf und dran, die unteren Beamtengruppen ihrer Rechte zu berauben und sie in das Arbeiterverhältnis zu überführen. Vor kurzer Zeit ist eine **Verfügung** erlassen worden, daß sämtliche Rangierbeamten wieder ins **Arbeiterverhältnis** zurückübertführt werden sollen, da der Rangierdienst angeblich kein Beamtendienst ist. In verschiedenen Direktionsbezirken ist man dabei, die Bahnwärter- und Schrankenwärterposten in Agenturen zu verwandeln, die dort tätigen Beamten sollen also auf Privatvertrag beschäftigt und dadurch ihrer Rechte beraubt werden. Weiterhin werden Versuche gemacht, Beförderungen von Beamten davon abhängig zu machen, daß sie auf die unkündbare Anstellung verzichten. Der Zweck dieser Maßnahme ist vollständig klar. Durch die Umwandlung in Kündigungsbeamte will die Verwaltung jederzeit die Gelegenheit haben, die betreffenden Beamten auf die Straße zu setzen. **Das bedeutet die Fortsetzung des angeblich eingestellten Personalabbaus mit anderen Mitteln.** Weiterhin will man ein Gefühl der Unsicherheit erzeugen und dadurch einen Druck auf das Personal ausüben.

Wie der Kampf gegen die Stahlhelmer aussieht

Haussuchung im „Klassenkampf"

Wir hatten Herrn Oexle aufgefordert, sich einmal das Bureau des „Stahlhelms" in der Magdeburger Straße anzusehen und die dort Angestellten von den geplanten Ueberfall auf den „Klassenkampf" zu unterrichten. Statt dessen erschienen heute vormittag beinahe ein halbes Dutzend Herren aus der Abteilung Dubiel in dem „Klassenkampf"-Gebäude und nahmen eine Haussuchung vor. Sie hätten, bemerkten sie, schon einen Möbelwagen mitgebracht, um die Geheimdokumente alle wegzufahren.

Bei Redaktionsschluß dauert das Intermezzo noch an. Der Möbelwagen aber wird leer zum Polizeipräsidium zurückfahren müssen.

Neues aus aller Welt

So sieht die deutsche Republik aus

Durch die bürgerliche Presse Sachsens ging folgende Notiz:

„Während der Heizperiode werden in allen Abteilungen 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen Fußteppiche eingelegt. Weiter werden die Abteile 2. und 3. Klasse der Personenwagen auf den nachstehenden Strecken des Erzgebirges mit Kokosfußdecken versehen: Werdau-Annaberg, Zwickau-Oelsnitz u. a." — Das sieht der deutschen Republik ähnlich: Proleten, Kriegsbeschädigte, Krüppel usw., die meist nur vierter Klasse fahren, können sich die Füße erfrieren!

Wozu der Krieg gut war

Der Vatikan beschäftigt, wie man jetzt erfährt, ein Personal von 2000 Angestellten. Das Budget für 1925 zeigt abermals eine Steigerung um 20 Prozent, die jährlichen Ausgaben betragen 500 000 Pfund. Seit dem Kriege haben sich die Einnahmen des Heiligen Stuhles wesentlich erhöht, da die Sammlungen in der ganzen Welt, namentlich in Amerika, bedeutend höher ausgefallen sind. In der Vergangenheit zeigte das Budget des Vatikans regelmäßig ein Defizit, in diesem Jahre ist mit einem bedeutenden Ueberschuß zu rechnen. — Gut, daß es einen Krieg gegeben hat, der nicht überall in Bolschewismus umgeschlagen ist. Wie schrecklich wäre es, wenn z. B. in Amerika statt dem frommen Kapitalismus der heidnische Bolschewismus herrschen würde. Da wäre es aus mit dem Ueberschuß und der Papst müßte abdanken. Die Folgen wären unübersehbar.

Der Akkumulator in der Westentasche

Aus Moskau wird gemeldet, daß es dem Ademiker A. F. Joffe gelungen ist, eines der wichtigsten Probleme der Weltwissenschaft zu lösen. Er soll bei seinen Experimenten die größte Kondensierung der elektrischen Energie im kleinsten Volumen erreicht haben. Ein nach seiner Methode hergestellter Akkumulator kann in einer Westentasche ruhig untergebracht werden und dabei die Energie enthalten, die notwendig ist, um das stärkste Automobil für die Dauer von zehn Tagen mit Energie zu speisen.

„Schädelechte Teutonen"

Das „Deutsche Tageblatt" ist ein echt teutonisch-völkisches Organ. Das „Deutsche Tageblatt" schreibt dieser Tage über das Auftreten des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kaufhold im Preußen-Landtag folgendes wunderschönen Säge:

„Hurtig mit Donnergepolter der schädelechte grimme Dr. Kaufhold . . ."

Was ist schädelecht? Der nicht-teutonische „Laie" vermutet in diesem Wort einen Begriff der antisemitisch-germanisch-teutonisch-völkisch-national-rassisch-deutschen Tageblatt-„Theorie". Aber weit gefehlt! Das Wörterbuch der Weidmannssprache klärt uns auf: „Schädelecht dient zur Bezeichnung eines Geweihs, das organisch aus dem Schädel gewachsen und nicht erst nachträglich auf einen fremden Schädel aufgesetzt ist."

Zu den Selbstmorden in der thüringischen Landespolizei

TU. meldet:

Weimar, 13. Oktober. In der Landtagssitzung wurde von Regierungsseite Aufschluß über die vom 1. November 1924 bis 1. Juli 1925 vorgekommenen Selbstmorde von fünf Polizeibeamten gegeben. In allen Fällen sind die Gründe rein persönlicher, nicht dienstlicher Natur gewesen. — Wer's glaubt, wird selig. Es ist schon allzu bekannt, daß die Selbstmordepidemie in der Schupo nur in der schlechten Entlohnung der „unteren" Beamten und der schlechten Behandlung durch die monarchistischen Offiziere der Schutzpolizei ihren Grund hat. An dieser Tatsache ändern auch alle pathetischen Erklärungen der Regierung nichts.

Ein wilhelminischer Korvettenkapitän als Kokainschmuggler

In Straßburg wurde ein ehemaliger deutscher Korvettenkapitän Mayer unter dem Verdacht des Kokainschmuggels verhaftet. Er soll in letzter Zeit ständig zwischen Berlin und Straßburg hin- und hergereist sein und größere Kokainmengen aus Frankreich nach Deutschland importiert haben.

Der erste Schnee in Neuyork

Im Staate Neuyork fiel der erste Schnee. Man kann sich nicht erinnern, jemals einen so kalten Oktobertag erlebt zu haben.

Opfer der Arbeit

Altenessen. Auf der Zechenanlage Helene verunglückten innerhalb dreier Tage der vergangenen Woche fünf Kumpels tödlich, sieben wurden an diesen drei Tagen schwer verletzt.

Zur Parteidiskussion

„Die Internationale", Heft 9

ist soeben erschienen. Artikel von Sinowjew (Brief an den Frankfurter Parteitag), von Heinz Neumann „Der neue Kurs der KPD."; Max Hammer: „Die freien Gewerkschaften in Breslau und unsere Aufgaben"; M. Albrecht: „Bemerkungen zu den Organisationsfragen in der KPD."; Paul Frölich, Ernst Meyer und Karl Becker: „Zur Politik und Taktik der Partei" — Beilagen zum Brief an den Berliner Parteitag, befassen sich mit der Diskussion in der Partei. Außerdem enthält das Heft Artikel zum Heidelberger Parteitag der SPD., zur Sachsenpolitik und Taktik gegenüber der linken SPD., zu den Wahlen in der Tschechoslowakei und den neuen kapitalistischen Gruppierungen in Deutschland.

Das äußerst reichhaltige Heft gehört in die Hand jedes Genossen, der sich mit den Problemen der Partei und der revolutionären Bewegung beschäftigt.

Preis des Heftes 50 Pfg. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen, durch die Literaturobleute oder durch Bestellung bei der Post (in die Postzeitungsliste eingetragen).

Henko

Bei hartem Wasser

ist Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda unentbehrlich. Henko macht das Wasser weich wie Regenwasser, verhindert die Entstehung von Kalkflecken und spart viel Seife.

3325

Burg-Theater
Ab heute, Donnerstag:
Das
Findelkind
8-Akter
Hochdramat. Drama
Außerdem:
Beiprogramm

Bettfedern
gewaschen, füllfertig, 1a Qual., grau Pfd. 1,40 Mk.; 3,—, 4,50 halbweiß, Pfd. 4.— Mk. schneeweiß, **geschlissen** Pfd. Mk. 6.— bis 10,—, schneeweiße Halbdaunen Pfd. Mk. 9,— u. 10,—. Ab 5 Pfd. portofrei per Nachnahme.
Inletis federdicht, in allen Preislagen — Lagerbesuch lohnt —
Kress & Co., Bettfedern-Versand **Plauerhöhe 4.**

Kartoffeln
Thür. hochf. gelbl. Industrie, sowie andere Sorten zum Einkellern für den Winterbedarf empfiehlt frei haus und ab Lager. Kochproben stehen zur Verfügung. 3349
Karl Lorbeer, Kartoffelhandlg.
Thomasiusstr. 43 Tel. 1912

Sanitas-Bad
in den neuen Räumen 1596
Gr. Steinstr. 15, pt. Eingang Mittelstr. neben Bornschein
Täglich für Damen und Herren geöffnet

Warum so billig?
Weil Sie direkt von der Fabrik kaufen. Bequeme Teilzahlung, sofortig: Ausbändigung **Bettstellen, Auflege- und Drahtmatratzen jeder Größe, Chaiselongues, Kinderbetten, Wäsche, Kleiderschränke, kompl. Schlafzimmer, Küchen** äußerst billig. 1565
Fabrikniederlage: **Zeitz, Jüdenstr. 2**
Vertreter: Th. Janosch

WERBEDRUCKE
ZEITSCHRIFTEN
PLAKATE-KARTEN
ROTATIONSDRUCK
WERKE-LIEFERT
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
EGmbH., Halle, Lerchenfeldstrasse 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Jeden Freitag **Schlachtfest**
Von 9 Uhr an: 286
Wellfleisch m. Sauerkraut
B. Kühlewind, Schweizerstr. 28

Wer glotzenglas leer. Zimm. ob? Ok. a. Bert.

Achtung! Diese Woche junges, zartes fettes **Mastfleisch**
Schmer, Rouladen Fett, Mettwurst Zervelatwurst, und ff. Wurst empfiehlt 1627
Dir Nachf., Zeitz, Scharrenstr.

Prima **Mastfleisch**
Zervelatwurst und alles andere
Täglich warme Wurst
Max Frommelt
1628 Zeitz
Parzellenstr. 15
Telephon 397

Morgen, Sonnabend auf dem Wochenmarkt in Zeitz **frischen Seefisch**
Stand Berthold
Max Günther
Rasberg

Partei-Schriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlg.

Schulbücher empfehlen die **Volksbuchhandlungen**

Verlag Junge Garde
Berlin O 17 Kaiserstr. 7
Während der Tagung des kommunistischen
Jugendverbandes
im „Volkspark"
verkaufen wir
Jugendliteratur
Parteiliteratur
Russenkittel

Gewerkschaftshaus für Weißenfels u. Umg. eGmbH.
Sonnabend, den 24. Oktober, abends 7 Uhr im Hotel „Monopol"
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über den Stand der Verhandlungen.
2. Beschlußfassung über Mietsvertrag.
3. Verschiedenes. [1656
Der Aufsichtsrat:
F. Plötner

Bekanntmachung
Der diesjährige Gallusmarkt finde am 18., 19. und 20. d. M. statt.
Der Krammarkt wird an diesen Tagen auf dem Marktplatz, **der Viehmarkt nur am 19. Oktober d. J. auf der Wiese abgehalten.**
Beg. des Auftriebes f. Schweine: 6 Uhr, des Verkaufs: 7 Uhr.
Beg. des Auftriebes für Pferde: 7 Uhr, des Verkaufs: 8 Uhr.
Eingang und Antrieb zum Marktplatz darf nur von der Andenstraße stattfinden. 3339
Eisleben, den 12. Oktober 1925.
Die Polizeiverwaltung
gez. Clauß

Bekanntmachung
Die Pächter städtischer Feldparzellen, welche diese auch für das Jahr 1926 beibehalten wollen, werden zur Vermeidung einer anderweiten Verpachtung ersucht, sich in der Zeit vom 20. bis 24. d. M. in den Vormittagsstunden im Stadtsekretariat zu melden.
Teuchern, den 14. Oktober 1925.
Der Magistrat 1658

Werbt für d. Klassenkampf

Meine schicken Fassons
Meine unerreichte Billigkeit
Meine
unübertr. Leistungsfähigkeit
in eleganten
Herren-, Damen-, Knaben-
Mänteln
Joppen :: **Anzüge** :: Hosen
Schuhwaren
in jeder Ausführung und Preislage finden Sie in meinem neuen **Zweiggeschäft**
Donaliesstraße 1
Max Gaudes
Zeitz 1664
Lagerverkauf: Leipziger Straße 39 findet unverändert statt

Lungenkranke
Ortsgruppe Zeitz
Sonntag, den 18. Oktober, nachmittags 2 Uhr
Monatsversammlung
in der Schuhmacherherberge. Neuanmeldungen werden entgegengenommen Gäste willkommen 1662
Der Vorstand

Achtung! Raucher!
Trotz Zollerhöhung gebe noch Zigarren von 6 ₰ an, Zigarettenabat von 20 ₰ und einen Aufpollen Zigarren zum Einkaufspreis ab. Bei Allen-Segna gebe ich 10 % Rabatt (Restposten ausgeschlossen)
*3230
E. Uhlemann, Nürnberg a. I.

WALHALLA
Direktion Wolf Siegel Tel. 8365
Heute letzter Tag
des erfolgreich. Programms
der ersten Oktoberhälfte
Ab morgen, Freitag, den 16. Okt.:
Kurzes Gastspiel
des berühmten italienisch. Verwandlungsschauspielers
Nicola Lupo
Außerdem eine Anzahl auserlesener Kunststücke
Anf. 8 Uhr Vorverk. ab 11 Uhr auch Sonntag.
Eintrittskarten sind stets 3 Tage im Voraus erhältlich

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Für den Norden die
Eröffnung
3343 der dritten
Goldenen Sieben
am Freitag, dem 16. Oktober
Dessauer Str. 2b
gegenüber d. Straßenbahn-Depot
Offerieren:
Gem. Zucker 1 Pfund nur **32 ₰**
Kakao garantiert rein 1-Pfund-Paket **48 ₰**
Schokolade . . 100-g-Tafel **18 ₰**
Kakao (Mohr) ¼-Pfd.-Paket **15 ₰**
Bonbon versch. Sorten, ¼ Pfd. **15 ₰**
Kokosflocken . . . ¼ Pfd. **15 ₰**
Pfefferminz-Brust . ¼ Pfd. **15 ₰**
Stiefelbonbon m. Schok., 3 Stck **10 ₰**
Milch i. Dos. oh. Zucker, Dose **38 ₰**
Milch i. Dos. m. Zucker, Dose **46 ₰**
Zündhölzer . . . 1 Paket **20 ₰**
Talamtstr. 7, Steinweg 30
Dessauer Straße 2b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251015-18/fragment/page=0010